

stet wurden.
heuer Mann
kriatet. Seine
e. Bis zum
auf, und am
ndorf. Der
Dauer ge-
bung hat er
einen nach
igen Tagen
gen seit ein-
sem Schwie-
rit von der
nem Rhein-
der hat sich
er wurde
em Schwie-
ht unglück-
Frau soll
ermordete
von ihrem
Stellung.
schaft wie-
wohnhaftie
denein sie
sleicht be-
durch die

der ver-
Robert
besonders
in Namen
dte Er-
esgrün ist
meisters
geworden.
in grohen
ster eine
stillerer
scheinbar

en: Die
lohnung
ein aus-
ung ge-
sässlers
wieder
enten
slüchte
in daher
nicht
ualität
vorsätz-
brachten.
Das
wende-
ich nom
ch nom
tis s-
cht, in-
nung
Renn-
h das
treute
wurde
sindet,
Reichs-
fassen-
säpler,
eutlich
hatte
mehr.
neuen
n er-
durch
m zu
ähn-
h in
erheb-
Schu-
cht;
enige
der
noten
ein-

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

und
handels-Zeitung
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

108. Jahrgang

Bezugspreise: *Die Leipziger und Vororte durch unsere Träger
monatlich 1.20 M., Fortsetzung 5.70 M., bei der Zeitungshalle, außer
Siedlern und Auslandsteilen monatlich 1.00 M., außerhalb 3 M.
Durch die Post innerhalb Deutschiands und der österreichischen Postanstalten
monatlich 1.50 M., vierzehnteljährl. 5.70 M., Sonnen- und Feiertagsausgabe
Durch den Leipziger Tagesschiff erreichbar zweimal Monat, Sonnen- und Feiertagsausgabe
In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird
die Abonnemente noch um Abend das Erscheinen 1.20 M. bezahlt.
Bezirkler Redaktion: In den Zeiten 17, Jenastrasse - Anschluß: Telefon Nr. 667.*

Anzeigenpreise: *für Inserate aus Leipzig und Umgebung bis
1000 Zeichen 20 P., Reklamen 1.20 M., Familien- u. kleine Anzeigen 60
Pfennige nur 20 P., Inserate von Schülern im amtlichen Teil des Beitrages
10 P., Geschäftsanzeigen mit Platzbedarf im Preisreihenfolge. Reklame nach
Kontakt. Beilagegebühr: Zeitungsaufdruck 1.20 M. das Kontingent ausfällt. Postgebühren.
Anzeigen-Rahmen: Johanniskirche, bei sämtlichen Filialen des Leipziger
Tageblatts und allen anderen Expeditionen des Inns und Auslands.
Geschäftsstelle für Berlin u. die Provinzenburg: Direktion Walter Blaag,
Berlin W. 10, Margarethenstraße 6. **Jensprech-Anschluß:** Löhne 2272.*

Redaktion und Geschäftsstelle: Johanniskirche Nr. 6. • Jensprech-Anschluß Nr. 2272, 2273 und 2274.

Nr. 38.

Donnerstag, den 22. Januar.

1914.

Das Wichtigste.

Die Gestaltung des "Partisan" in
Leipzig findet Sonntag, 22. März, statt.
(S. Kunst und Wissenschaft).

* In der Zweiten Kammer wurden am Mittwoch die Anträge der bürgerlichen Parteien zur Reform des Beamtenrechts besprochen. Die Regierung, von deren Seite drei Minister in die Erörterung eingriffen, erklärte wie vor zwei Jahren, daß sie ein dringendes Bedürfnis zu dieser Reform nicht anuerennen vermöge (Siehe Ber.).

* Im Reichstag wurde am Mittwoch die zweite Sitzung des Staats des Reichsamts des Innern fortgesetzt. (Siehe Ber.).

* Halbamtlich wird eine Darstellung über die Besitzungen der deutschen Militärmision in der Türkei gegeben, durch die die jüngst erfolgten Angriffe abgewehrt werden sollen. (Siehe Ber.).

* Im Krupp-Prozeß wurden die Angeklagten zum Teil freigesprochen, zum Teil zu verhältnismäßig kurzen Strafen verurteilt. (Siehe Ber.).

* Die Londoner Kohlenträger und Fuhrleute sind in Stärke von 7-10000 Mann in den Ausstand getreten, um einen höheren Lohn zu erwirken.

* Die Leiche des verstorbenen Generals Picquart wurde am Mittwoch von Amiens nach Paris übergeführt. (S. Ausl.).

* Der griechische Ministerpräsident Venizelos hatte gestern eine längere Unterredung mit Sir Edward Grey. (S. Ausl.).

* Ein Freiwilliges Radfahrerkorps beschäftigt der Deutsche Radsport-Verband dem Heer zur Verfügung zu stellen. (S. Sp. u. Sp.)

Preußen und das Reich.

Bon Dr. Max Kuhn - Leipzig.

Die Angriffe auf den Reichstag und auf nicht-preußische, aber durch und durch nationale Reichsangehörige, die wir in den letzten Tagen erlebt haben, fordern naturngemäß zu Erwiderungen heraus. Unsere Erwiderung, zu der wir uns als Anhänger des Liberalismus und Kraft der Vergangenheit unserer Partei als der Hüterin des Reichsgebäudes einfach verpflichtet halten, wollen wir jedoch nicht aus den Ereignissen des Preußenstaates aufbauen, durch die zurzeit das Ereignis der Bayern erregt wird. Für diese genügt die einfache Feststellung, daß sie so unglücklich wie nur möglich waren.

Wenn wir zu den Angriffen Stellung nehmen, so gilt es vor allem, die Tatsache festzuhalten, daß die Angriffen ausschließlich Angehörige der konservativen Partei sind, und daß diese Partei die volle Verantwortung für den Schaden trägt, der jetzt im Reich durch den Preußenstaat angerichtet worden ist und noch werden wird. Im übrigen mögen uns zwei Fragen leiten. Welcher Art ist das Preußenstaat, das die Konserivation in Gefahr jehen? Welche Bedeutung für das Reich hat ein Preußen, in dem sich konserватiv Preußen und allgemein deutschen Interessen zum Trost aufrechterhalten soll?

Zunächst wäre es leicht nachzuweisen, daß es ein Preußenstaat im idealen Sinn schlechthin nicht gibt. Das preußische Volk ist weder auf Grund gemeinsamer Abstammung noch auf Grund seines geistigen Wesens eine Einheit. Rheinländer und Ostpreußen, Schlesier und Schleswig-Holsteiner sind zweitstel. Tatsächlich ist in der Praxis Preußen ein einheitlicher Begriff, und auch das Preußenstaat als solches tritt lebendig in die Erscheinung. Es zeigt sich von seiner besten Seite in der Ordnung und Dauerkeit seiner Verwaltung und in dem straffen Geiste seiner Heeresmacht. Es wäre jedoch falsch, darin heute noch eine preußische Besonderheit zu erblicken. Auch die anderen Bundesstaaten können aus dem Vorhandensein einer wohlgeordneten Verwaltung und straffer Disziplin in ihren heeresfertigkeiten hinschauen. Was nun das Volk, nicht den Staat anlangt, so soll dem Preußenstaat gern sein ehemaliger Fleiß, seine Ausdauer und zugleich sein großer wirtschaftlicher Erfolg anerkannt werden. Aber auch dabei handelt es sich nicht um ein preußisches Spezialatum, sondern um eine allgemeindeutsche Erscheinung. Das neue Deutschland ist in Preußen lebendig wie in den anderen Bundesstaaten auch.

Daneben aber gibt es in der Tat wesentlich preußische Eigentümlichkeiten. Zwischen ihnen und den analogen Verhältnissen im Reich und den übrigen Bundesstaaten besteht ein Widerspruch. Und es zeigt sich, daß für das Fortbestehen der Eigentümlichkeiten Preußen nur der Teil des preußischen Volkes eintritt, der mit seiner ganzen politischen Bedeutung von der Erhaltung der bisherigen Zustände abhängt: das preußische Justizamt! So hat sich auch in diesen Tagen nicht etwa das preußische Volk als Ganzes, sondern über alle Parteiunterschiede hinweg, zur Verteidigung der preußischen Eigenarten erhoben, sondern allein der preußische Konserivation. Nicht Preußen schlechthin, sondern sein Preußen will er verteidigen.

Was nun dieses Preußen ist, das tritt am deutlichsten in die Erscheinung in der preußischen Staatsaufsicht und hinsichtlich dieser in der Konstruktion der preußischen Volksvertretung. Bismarck gab dem Reichstag das demokratische aller Wahlrechte, weil er damit die deutsche Nationalität gewinnen wollte. Das Wahlrecht mußte natürlich je länger je mehr als moderner Wahlrecht, wie es Bismarck bezeichnete, fühlbar machen. Denn dasselbe preußische Volk, das sich bei Reichstagswahlen des geheimen, direkten und gleichen Wahlrechts bedient, muß sich bei Landtagswahlen mit dem öffentlichen, indirekten und in drei Klassen abgesetzten Wahlrecht begnügen. Bei der grundlegenden Bedeutung nun, die das Wahlrecht an sich für Staaten und Völker hat — man kann ruhig sagen, daß Staat und Zivilisation der Völker davon abhängen —, ist es natürlich, daß sich im Laufe der Jahre die Frage des preußischen Wahlrechts zu einer allgemeindeutschen Frage entwickelt hat. Es ist das einfach eine Wirkung des Schwerpunktswesens Preußens, von dem ja der Antrag York von Warternburg hierfür gesprochen hat. Das zeigt sich in mehrfacher Weise.

Einmal ist Tatsache, daß die anderen Bundesstaaten fast ohne Ausnahme ihre Wahlrechte im demokratischen Sinn ausgebaut haben. Wenn sie auch nicht zum Reichstagswahlrecht übergingen, so kann doch bei ihnen von einer politischen Entwicklung großer Bevölkerungsstreit nicht gesprochen werden, wie sie eben in Preußen noch tatsächlich vorhanden ist.

Damit macht sich Preußen als der Reaktionär unter den Bundesstaaten geltend.

Sodann ist es, wie schon es bei dem Wehrbeitrag und der Vermögenszuwachssteuer, nicht zu vermeiden, daß der „demokratische“ Reichstag im Verein mit dem Bundesrat Gesetze schafft, die in ihrer konsequenter Durchführung ständig in preußische Geiselnahmen eingreifen. Wir brauchen uns nur die jütlam bekannten Steuerveranlagungsmethoden im agrarischen Preußen zu vergegenwärtigen, denen jetzt auf dem Umweg über das Reich ein Ende gemacht werden soll. Es ist traurig, aber doch wahr, daß das Aufstreben der preußischen Konservativen zurückgeführt werden muß auf einen weber vom nationalen noch föderalen Standpunkt auf verteidigende den brutalen Staateregoismus. 1900, bei der Erbanschlüsse, da waren die heiligen Familienbande in Gefahr. Jetzt, beim Wehrbeitrag und seiner Nachfolgerin, der Vermögenszuwachssteuer, ist Preußen in Gefahr. Die preußische Konservativen nennen man, die Kronen in Geldbeutel meint man. Aber nein — nicht Preußen ist in Gefahr, nur die traditionelle und vorteilhafte Verteilungskette einer Klasse von sogenannten Edelmetzenden ist in Gefahr. Es ist kein bloß äußerliches Zusammenstreben, daß der Preußenstummel gerade jetzt losbricht, wo es gilt, die Vermögensdeklaration für den Wehrbeitrag einzurichten. In der Tat, der „demokratische“ Reichstag von 1912 hat preußische Eigenart an der schwerpunktseitigen Stelle verlegt.

So tritt also in einer Nachfrage, wie der das Wahlrecht, geradezu wie in der Frage neuzeitlicher Geschichte, die preußische Eigenart nicht als Vorbild für andere Bundesstaaten oder Reichsangehörige in die Erscheinung. Es muß einmal gezeigt werden, daß solches Preußen keine Gegenrede erweist, ja daß es in den Augen aller sozialistischen, freieheitlichen und nationalen Elementen einfach keine Schonung verdient. Der Sachse Heinrich von Treitschke würde wohl heute keinen Anlaß finden, sich die so im Preußen mit Begeisterung an die Freiheit zu werfen. Die großdeutsche Schwärme in Sachsen, die 1866 und später ein Aufsehen des Wittinerlandes in Preußen begrüßt hätten, werden bald nicht wieder austreten.

Wollten wir noch auf die Kulturaufsicht eingehen, wie sie im Geiste der preußischen Staatslichkeit, in den Gewissensbedürfnissen liberaler Theologen, in dem Kampf gegen Judentum und Traubautage getreten ist, es würde uns zu weit führen. Nur annehmen wollen wir damit, daß auch in Kulturstoffen das reaktionäre Preußen von heute seine moralischen Erwerbungen in Deutschland machen kann. Seine Wirkungen auf das Reich sind anderer Art. Das führt uns zu der zweiten Frage nach der Bedeutung eines Preußen, in dem konservative Preußen den allgemeindeutschen Interessen zum Trost aufrechterhalten werden soll.

Wenige heute 110 Sozialdemokraten im Reichstag sitzen und es scheint, als würden wir nie mit dem vierten Stand einen Ausgleich herbeiführen können, so tritt das Preußen der Konservativen davon mit der Hauptrolle. Je eisiger der Herrenstandpunkt dem Befehl nach einem besseren Wahlrecht entgegengestellt wird, desto glühender wird die Verdächtigung der politischen Entwickelten. Daraus zieht die preußische Sozialdemokratie ihre Kraft. Aber auch die ganze deutsche sozialdemokratische Bewegung gewinnt dabei. Ihre lebte und größte Zunahme verdankt sie wesentlich dem eigenständigen Politik des preußischen Konservativen der Finanzreform von 1909.

Wir wissen alle, daß Deutschlands politische Gesundung davon abhängt, ob die Sozialdemokratie mit Reich und Kaiser zum Ausgleich kommt oder nicht. Das ist einfach das deutsche Problem. Schon wir aber, daß unter dem Preußen konservative Ausprägung eine Überwindung der Sozialdemokratie unmöglich ist: dann wird das konservative Preußen selbst das deutsche Problem.

Darum kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß die reaktionären Mächte in Preußen der allgemeindeutschen Entwicklung zufügen müssen. Ob das geschicht und wann das geschieht, das ist die kritische Frage. Herrenhaus und Preußen lagen: nemals! Aber damit erzielen sie lediglich ihre völlige Isolation. Selbst das Judentum wendet sich von den

Konservativen ab. Wir werden wohl demüthig im Reichstag Gelegenheit haben, wie im Sommer bei der Vermögenszuwachssteuer und wie am 4. Dezember 1913 die Konservativen wieder „auf einsamer Insel“ zu leben. Bei solchen Parlamentsverhältnissen läßt sich so leicht ein Kämpferkrieg nicht wiederholen. Eher liegt es im Verein der Möglichkeit, daß diejenigen Vorgänge mehr als alles Bisherige dem Ministerpräsidenten und der Krone Preußens den Weg zeigen, den sie gehen müssen, wenn Preußen und zugleich Deutschland innerlich gelunden sollen. An seinem Anfang steht die Wahlrechtsreform für Preußen.

Sollte dieser Gedanke fürs erste noch zu optimistisch sein, so ist doch ein anderes Resultat gewiß. Auch der deutsche Liberalismus wird Kraft aus den Angriffen des Junkertums schöpfen. Diese haben den Abgrund gezeigt, zu dem der preußische Konservatismus hintrieb: zu einer Untergründung des Reichsgedankens, zur Verfeindung der deutschen Staaten untereinander, zur dauernden Verhinderung des inneren Friedens unter den verschiedenen Volksgruppen. Um so gefährlicher wird ihm der deutsche Liberalismus entgegen treten. Um so klarer ist seine Aufgabe: Kampf gegen jede eigenständige Klassenpolitik, nenne sie sich konservativ oder sozialdemokatisch, preußisch oder international!

Die deutsche Militärmision in der Türkei.

Ein offizieller Nachkriegsversuch.

Ein aus Berlin datierter Artikel der „Kölnerischen Zeitung“ beschäftigt sich mit der deutschen Militärmision.

Einleitend wird betont, daß die Mission nicht ein Gedanke der deutschen Politik, sondern ein Wunsch der Presse war, was ein Bild auf die Entstehungsgeschichte beweise: „Im Mai 1913 erfuhr der großherzogliche Mahmud Scheich von den deutschen Botschaftern Frhr. v. Wangenheim, der deutschen Regierung die Bitte um Entlassung eines deutschen Generals nach der Türkei zu unterbreiten. Der General sollte mit weitreichenden Befugnissen in allen militärischen Fragen ausgestattet werden, an der Spitze der deutschen Reformen in der türkischen Armee sichern. Auch Wünsche dieses Wunsches liege überhaupt nicht vor. Der beantragte sei jedoch des Spionagegeheimnis wegen des bestreitbaren Verdachts nicht geeignet.“

Die Befreiung der Tropen gegen T. H. Schmidt und H. Weißerlich ist der offizielle Nachkriegsversuch. Der Gedanke, daß der deutsche General Befugnisse habe, die nicht abnehmen könne, in erster Linie deshalb nicht, weil er sonst sofort von anderer Seite angenommen werden würde, und man bezeichnete dem Nachfolger des zwischen ermordeten Großherzogs Mahmud Scheich von Wangenheim, den General Viman als für die von den Türken gestellte Aufgabe besonders geeignet. Die Frage der diesem General zu erziehenden Machtbegrenzung wurde von den leitenden türkischen Kreisen mit großem Interesse behandelt, und zwar namentlich mit Rücksicht darauf, daß es den früheren Intrikanten an der notwendigen Autorität für ihre Arbeit mangelt. Von Berlin aus ist die Frage der Kommandowalt des Generals Viman von Anfang an nicht als solche unseres Prestiges oder unserer politischen Geltung bedacht worden, sondern nach dem Nachfolger des zwischen ermordeten Großherzogs Mahmud Scheich von Wangenheim, den General Viman als für die von den Türken gestellte Aufgabe besonders geeignet. Die Frage der diesem General zu erziehenden Machtbegrenzung wurde von den leitenden türkischen Kreisen mit großem Interesse behandelt, und zwar namentlich mit Rücksicht darauf, daß es den früheren Intrikanten an der notwendigen Autorität für ihre Arbeit mangelt. Von Berlin aus ist die Frage der Kommandowalt des Generals Viman von Anfang an nicht als solche unseres Prestiges oder unserer politischen Geltung bedacht worden, sondern nach dem Nachfolger des zwischen ermordeten Großherzogs Mahmud Scheich von Wangenheim, den General Viman als für die von den Türken gestellte Aufgabe besonders geeignet.

Weiter heißt es: „Im Laufe des September wurde für die Tätigkeit des deutschen Militärmision ein Platz aufgestellt, mit dem die türkische Regierung vor allen Dingen den Zweck der Sicherung der notwendigen Kontinuität der Reformarbeit verfolgte. Der Vertrag sollte fünf Jahre gelten. Politisch Gesichtspunkte traten bei den Verhandlungen keinen Augenblick vor. Von Berlin aus ist die Frage der Kommandowalt des Generals Viman von Anfang an nicht als solche unseres Prestiges oder unserer politischen Geltung bedacht worden, sondern nach dem Nachfolger des zwischen ermordeten Großherzogs Mahmud Scheich von Wangenheim, den General Viman als für die von den Türken gestellte Aufgabe besonders geeignet.“

Bei der Anwendung des russischen Ministerpräsidenten in Berlin im November, fügt das Blatt fort, wurde die Frage der Militärmision zwischen ihm und den deutschen Staatsmännern eingehend erörtert. Eine eingehende Prüfung der russischen Wünsche wurde nach Hallenser Konsulat der Kommandowalt oder Befreiung des Amtes des Generals von Konstantinopel vorgenommen. Die Frage der Befreiung des Amtes des Generals von Konstantinopel oder Smyrna erörtert wurde, ob sich eine Verlegung des Sitzes der Mission nach Adrianopel oder Smyrna ermöglichen lasse. Nach der bisherigen Prüfung scheint es so weit abgeschlossen, daß eine Verlegung der Bedingungen für die Tätigkeit der Mission nicht mehr möglich ist; jedoch werde der Chef der Mission nochmals an Ort und Stelle prüfen, ob sich eine Verlegung des Sitzes der Mission nach Adrianopel oder Smyrna ermöglichen lasse. Nach der bisherigen Prüfung scheint es so weit abgeschlossen, daß eine Verlegung der Bedingungen für die Tätigkeit der Mission nicht mehr möglich ist; jedoch werde der Chef der Mission nochmals an Ort und Stelle prüfen, ob sich eine Verlegung des Sitzes der Mission nach Adrianopel oder Smyrna ermöglichen lasse.

Der Artikel erwähnt dann die Ernennung des Generals Viman zum Korpsskommandeur, den Schritt der Macht des Triplexente, die Ablehnung einer offiziellen Antwort und das Eintreffen der Mission am 14. Dezember und betont: General Viman stellte sich von Anfang an unter Auskunft jedes politischen Gesichtspunktes, wie es ganz selbstverständliche ist, auf den rein militärischen Standpunkt. Durch die Verjährung

der oberen Kommandostellen wurde der Alters- und Rangunterschied ein zu erheblicher, um gegen Limans Verbänden in der Stellung eines Korpsskommandeurs nicht starke Verteilung zu erwecken.

Die Rangfrage land mit der Ernennung Simans zum General der Kavallerie und die Beförderung in die ranghöhere Stufe eines Maréchaux des türkischen Armes ihren Abschluß. Gleichzeitig wurden ihm Inspektionsbefugnisse übertragen, nicht nur wegen der Rang erhöhung, sondern weil man es für zweckmäßig hielt, ihm freie Inspektionsbefugnisse zu geben.

Der Artikel schließt: „Aus dieser historischen Belehrung der Angelegenheit geht hervor, daß diese für Deutschland niemals eine Preistrage, sondern stets eine zweckmäßige Frage, vorliegend innerer türkischer Natur, gewesen ist. Das ergibt sich einmal, daß es durchaus unverhältnismäßig wäre, wenn sich aus dieser Angelegenheit, die für uns vom politischen Standpunkt durchaus nicht von beträchtlicher Bedeutung ist, wegen etwaiger, wenn auch unberechtigter Wünsche Anglands, eine Verständigung zwischen uns und England ergeben hätte. Zum anderen geht aber auch hervor, daß es durchaus unrichtig ist, wenn einige deutsche Blätter sich jetzt auch wieder durch die Haltung der standhaften Presse dahin beeinflussen lassen, von einem Fiascat der deutschen Politik zu sprechen. Für den unbesangenen Beurteilung liegt dazu nicht der mindeste Anlaß vor.“

Die Berufungsverhandlung im ersten Krupp-Prozeß.

Berlin, 21. Januar.

Im Tilly-Prozeß begannen gegen 12½ Uhr mittags die Plaudereien. Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Tschirzky, bemerkte, es liege zweifellos erheblicher militärischer Unrechtsvorfall vor, wodurch

seinen der Angeklagten angenommen worden, da die Angeklagten nicht hätten annehmen können, daß die von ihnen mitgeteilten Dinge einer fremden Macht übermittelt werden könnten. Tatsächlich sei auch derartiger Schaden nicht entstanden und hätte nicht entstehen können, da die Firma Krupp dafür gesorgt habe, daß die Nachrichten nicht zur Kenntnis unbefugter kamen. Der Gerichtshof habe den Angeklagten mildernde Umstände zugestanden und hier einen minder schweren Fall angenommen. Dabei sei die bisherige gute Führung der Angeklagten und ihre Unerschienlichkeit beradtsichtig worden, so daß die Angeklagten unüberredet gehandelt und ursprünglich nicht den Vorwurf wegen des Vertrags von Amtsgeheimnissen schuldig gemacht hätten. Deshalb habe der Gerichtshof von jedem Ehrenstrafen Abstand genommen. Bei dem Angeklagten Weisser sei nicht mit Sicherheit nachgewiesen worden, daß er wirklich Verrat von Amtsgeheimnissen begangen habe, deswegen habe er auch nicht wegen passiver Bestrafung bestraft werden können. Er sei infolgedessen von Strafe und Kosten freigesprochen worden.

Politische Uebersicht

Borna-Pegau.

Nachdem der reichsparteiliche Abgeordnete von Liebert sein Mandat für den Wahlkreis Borna-Pegau niedergelegt hat, wird demnächst der Wahlkampf einziehen. Die Rechtsparteien haben in ihrer Ankündigung der neuen Kandidatur von Liebert die Bemerkung entstehen lassen, daß diese Kandidatur auch bei einem Teile der Nationalliberalen Unterstützung finde. Sie schreibt:

"Dass die nationalliberale Partei, der bei der allgemeinen Wahl von 1912 nur 100 Stimmen zur Stichwahl fehlten, wieder einen Kandidaten aufstellen würde, war der Offenlichkeit und daher auch dem Verein reichs- und königstreuer Wähler seit dem Dezember vorangegangenen Jahres bekannt. Gleichwohl nimmt er jetzt seine Wahlung für den einen der bürgerlichen Kandidaten und somit gegen den andern. Damit hat er den Boden der Partitur, auf dem er stehen muß, will er seinen Namen mit Zug und Recht führen, verlegt. Diese Tatsache sollte alle nationalliberalen Männer, die noch dem Verein reichs- und königstreuer Wähler und seinen Ortsgruppen angehören, Anlass geben, diesen Schluß zu ziehen und an deren Stelle nationalliberale Freunde überall da zu gründen, wo diese noch nicht bestehen."

Die formelle Aufführung des nationalliberalen Kandidaten wird erfolgen, sobald das Plenum des Reichstages geprägt hat. Dann werden alle nationalliberalen Organisationen des Wahlkreises und ihre Anhänger, mögen sie in einzelnen Fragen mehr links oder mehr rechts stehen, für den nationalliberalen Kandidaten geschlossen eintreten. Die Schlussbemerkung in der Mitteilung des Lieberth-Wahlkomites ist also objektiv durchaus unrichtig. Sie ist außerordentlich irreführend, und sie soll das auch wohl sein. Sie gehört zu jenen Kampfmitteln, die unterliegen sollten aus zweierlei Gründen; zunächst aus Gründen der politischen Reinlichkeit und dann im Interesse des Verhältnisses der bürgerlichen Parteien zueinander, das durch solche Mittel gefüllt und vergiftet werden muß. Die nationalliberale Partei leidet aus diesen beiden Gründen das Vorgerufen des Lieberth-Wahlkomites um so mehr, als die nationalliberale Partei selbst den Wahlkampf zwar mit allem Ernst und Nachdruck, aber auch mit voller Sachlichkeit zu führen gedenkt."

Eine durchsichtige Uebung.

Die "Sächsische Nationalliberale Korrespondenz" schreibt:

"Wir berichten, daß wir in der Laufsch Nationalliberale und Fortschritts ein auf Anerkennung des

lebhaften Bevölkerungsverbandes beruhendes Wahlkommunikation abgeschlossen, wonach den Nationalliberalen der 2. und 3. ländliche Landtagswahlkreis, den Fortschritten der 1. und 4. ländliche Landtagswahlkreis zufällt. Ferner wird nach dem Wahlkommunikation im 2. ländlichen Landtagswahlkreis der nationalliberale Kandidat bereits von den Fortschritten unterstützt. Die Wiederwahlkommunikation, gegen die sich das Abkommen richtet, steht im 1. und 2. ländlichen Wahlkreise der Sozialdemokraten, im 3. und 4. ländlichen Wahlkreise die Konservativen.

In der liberalen Presse wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dieses Abkommen des Fortschritts für ein allgemeines liberales Wahlkommunikation für das ganze Sachsenland kein mögliche. Ein solches allgemeines liberales Wahlkommunikation müßte sich in seinen Wirkungen über das ganze Land hinwohl bei den Sozialdemokraten als auch bei den Konservativen sehr läßtbar machen. Grundlegend für beide Parteien, den liberalen Verständigungsbemühungen mögliche Schwierigkeiten zu bereiten. Die Sozialdemokraten stehen das, indem einer der liberalen offenbar ein Landtagsabgeordneter, ein vertrauliches Gespräch, das in der vergangenen Woche zwischen den Nationalliberalen und Fortschritten im Standeshaus verhandelt, befürchtete und, wenn auch mit vielen Unschärifkeiten, in die Presse drachte. Das war immerhin noch ziemlich harmlos. Ernsthafter schien jedoch die Konservativen zu Werke. Die "Leipziger Neuesten Nachrichten" ließen sich am Mittwoch, den 21. Januar, vor ihrer Dresdner Redaktion nachdrückliche Meldung seruieren:

"Wie wir hören, besteht auf konservativer Seite Gemeinschaft, für gewisse Wahlkreise ein Abkommen mit den Nationalliberalen zu treffen, und zwar kommen dafür namentlich solche Kreise in Frage, in denen es vornehmlich zu einer Stichwahl zwischen Konservativen und Nationalliberalen kommt wird. Der Ausschluß der konservativen Partei wird sich in der nächsten Zeit mit der hier einzuschlagenden Taktik beschäftigen und auch über eine eventuelle Verbindung mit der nationalliberalen Partei einen Beschluss herbeiführen.

Bei den Stichwahlen werden die Nationalliberalen ihre nationale Würde zu erfüllen wissen. Dazu bedarf es gar keiner Abmachung. Darüber hinaus aber — das wird man sich auch auf konservativer Seite sagen müssen — kann sich die nationalliberale Partei zu irgendwelchen Abmachungen mit den Konservativen nicht verstecken. Solche Abmachungen mit den Konservativen würden der politischen Situation in Sachen nicht entsprechen; sie würden in den Wahlgemeinden sowohl der Konservativen als auch der Nationalliberalen, wie die Dinge nun einmal liegen, eine Art Verdruss und Abneigung hervorrufen. Sie würden fernherin auch wenn sie sich auf einzelne Wahlkreise beziehenden sollten, mit dem von den liberalen Parteien angestrebten allgemeinen liberalen Wahlkommunikation nicht in Einklang zu bringen sein. Sie würden außerdem Verwirrung in die Reihen der liberalen Wähler hineinragen. Zumal die leichtere Wirkung wäre den Konservativen gewißlich genehm."

Nochmals der Fall Kraft in der bayerischen Abgeordnetenkammer.

München, 21. Januar.

In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten kamen die Ereignisse auf dem Preußentag in Berlin nochmals zur Sprache.

Abg. Dr. Günther (liberal) sagte, daß der Kriegsminister gestern eine Erklärung abgegeben habe, die den Wünschen des Hauses entspreche. Wenn Generalmajor von Kraft seine Rede auch nicht so gemeint habe, so müsse er, Redner, sich doch gegen den Geist und das Milieu wenden, aus dem heraus diese Auszerrungen gefallen seien. Es wäre nicht am Platze, das Preußentum auf eine ganz unnatürliche Höhe zu heben. Die bayerische Volksvertretung muß Front machen gegen den Geist, welcher uns der Vorstellung verleiht, die durch bayerisches und preußisches Blut erkämpft worden sind. (Lebh. Beifall.)

Abg. Kopp (liberal) erklärte, daß Generalmajor von Kraft nicht das Gefühl kennen gelernt habe, das die Truppen damals zu einander hegten. Wir alle haben uns damals gelobt, als Deutsche gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen.

Die Welt des Blinden.

Von Oskar Baum, Prag.

Solomo, der gefragt worden, bei wem er Weisheit erlernt habe, antwortete: Bei den Blinden, denn sie tun keinen Schritt, ohne den Grund, auf dem sie wandeln, unterzucht zu haben.

Wie gerings ist die allgemeine Meinung über den Blinden in der Welt! Bis auf den heutigen Tag geblieben, auch wenn man die respektive Ansicht dieses alten Weisen nicht zum Vergleich heranzieht!

Eine wohlbedachte Tafel und die Hoffnung auf eine Entschädigung im Jenseits, das seien die beiden einzigen uneingeschränkten Glücksfälle für ihn, deßwegen lebt man in aller Ernsthaftigkeit („Entre-augélos“), Prof. Javaille und Ludwig von Baylo: „Les emmards“. Oder man betrachtet seine Widerwärtigkeit von der andern Seite und hält ihn für weit glücklicher als den Vollstigmigen, wunschlos und zufrieden in seiner Einmauerung, ohne irgendwelche Fähigkeiten, nach deren Betätigung es ihn drängt.

Das ist es, was das Gebilde vom Blinden weckt, daran denkt er, wenn er ihm sieht, von ihm hört, bestensdaran daran. Und die Belehrten erinnern sich vielleicht, daß Schopenhauer das Auge, das Organ des Verstandes nennt und Fachleute, daß die Blindenergie festgestellt haben, es seien nur drei Prozent der Blinden von höherer Intelligenz. Bei dieser Statistik mag wohl nicht in Berechnung gezogen werden, daß das weitaus die größere Hälfte — es gibt über zwei Millionen auf der Welt — noch völlig ohne jede Schulbildung auskommen muß.

Einf. eine Generalagentin zum Direktor einer Blindenanstalt und dort ihn, für ihren erblindeten Gemahli eine anregende Beschäftigung ausfindig zu machen. Er riet, der alte Herr möchte doch auf einem präparierten Brett Schach spielen, die Punktstafeln lernen oder mit der so gekrönt konstruierten Tastatur des Rechentafels, die ihn gewiß interessieren würde, Mathematik treiben.

„Ja, ja“, meinte die Dame, „aber da würde er merken, daß er blind ist. Das geht doch nicht.“ Diese Angst vor dem Wort „Blind“ ist wohl der bezeichnendste Ausdruck für die Ansicht, die auch in den gebildetesten Kreisen allgemein über den Blinden verbreitet ist. Einen jammerhaften, hilflosen Menschen stellt man sich vor, der in seine Dunkelheit wie in ein Gefängnis eingeschlossen nur Klagen oder Bitten an die Außenwelt gelangen läßt, tröge und frustlos sein Leben hinschleppt, sich und seiner Umgebung zur Faß.

Und doch gab es im Kulturreich aller Völker Blinde genug, die sich zu den höchsten Stufen der Seele und des Geistes emporgehoben und durch

ihm möchte wünschen, daß dies immer so bleibe möglich und Sürenfriede so gründlich abgewichen werden, wie es diesmal geschehen ist.

Abg. Weiß (lond.) führt aus, die Rundgebung der Kammer, der sich auch der Kriegsminister eingeschlossen habe, sei auf Grund einer vorherigen Besprechung verdeckt, das deutsche Volk gegeneinander zu halten. Die preußischen Konservativen seien keine Paritätialisten, sondern Föderalisten. Sie hielten am Reichsgebundenen fest, aber sie wollten keinen Einheitsstaat. Der Zweck des Preußenkrieges sei, den zentralistischen Bestrebungen des Reichstages entgegenzutreten. (Lebh. Unruhe lins.)

Abg. Greitz, von Freiberg (litz.) protestiert gegen die Vorwürfe. Trocken seien die Bayern aber bereit, sich die Freude am Deutschen Reich als Bundesstaat nicht verbittern zu lassen.

Abg. von Böllmor (sag.) erklärt, daß sich die Sozialdemokraten dem Protest voll und ganz anschließen und die Unverschämtheiten, die von Berlin ausgegangen seien, zurückweisen.

Abg. Pfleumer (konf.) konstatiert, daß der Stationsvorsteher Bedch eine Ausführungen nur für keine Person gemacht habe. Im Namen eines Teiles seiner Fraktion möchte er erklären, daß sich mit den Ausführungen der übrigen Redner einverstanden erklärten.

Diese Feststellung des konserватiven Abgeordneten Pfleumer ist sehr bemerkenswert, denn sie läßt erkennen, daß die bairischen Konservativen in der Beurteilung der Preußenfrage geteilter Ansicht sind.

Befoldungserhöhungen für die Unterbeamten des Reichs.

Da feststeht, daß die Novelle zur preußischen Bevölkerungsordnung eine Aufhebung der Unterbeamten der Klassen 1 bis 5 der Befoldungserhöhung um 100 Mark bringen wird, d. h. wie man schreibt, auch anzunehmen sein, daß eine Aufhebung der entsprechenden Klassen der Reichsbeamten in Frage steht. Es wäre dies nur eine Folge des Gesetzes, daß das Reich und Preußen die Befoldungsaufstellungen nach einheitlichen Gesichtspunkten vornehmen wollen, wie denn auch die Aufhebung der preußischen Assistantengehälter auf den gleichen Vorgang im Reich zurückzuführen ist. Bei einer Aufhebung der Unterbeamtenklassen des Reiches würde aber Kasse 6 ausscheiden, da die Postschaffner angehören, die bereits am 1. Oktober 1913 eine Aufhebung erhalten haben. Es würde sich also nur um die Klassen 1 bis 4 handeln. Diese Klassen der Reichsbeamten bedenken sich in der Höhe der Gehaltsbezüge nur bei Kasse 1 mit den Preußen. Beide Unterklassen beziehen 1100 bis 1300 Mark Gehalt, während bei den übrigen das Endgehalt im Reich um 100 Mark geringer bemessen ist als in Preußen. Die Kasse 1 der Unterbeamten des Reichs umfaßt die Bahnwärter und Nachwächter der Reichseisenbahnen sowie die Nachwächter beim Kanalamt. Kasse 2 (1100 bis 1400 Mark) ist die bedeutendste, da ihr die Landbriefträger angehören, von denen es ca. 25 000 gibt, und deren Befoldungserhöhung wiederholter gewünscht wurde. Es folgt dann die Kasse 3a, der die Schaffner und Bremser der Reichseisenbahnen angehören, sowie die Kasse 3b, zu der Schirmständer, Postiers und Bahnstreckenschaffner der Reichseisenbahnen gerechnet werden, die Beide erhalten ein Gehalt von 1100 bis 1500 Mark. Zur Kasse 4a gehören die Kassenwärter, Kassenwärter bei den Bäckermeistern, Bäckermeister beim Brotbetrieb, Bäcker der Invalidenhäuser, Magazinwärter, Bäcker bei den Provinzialämtern und Bekleidungsämtern usw. Zur Kasse 4b endlich die Rottenschäfer, Weidensteller, Bogenwärter, Eisenbahngesellen der Reichseisenbahnen. Beide Klassen beginnen 1100 bis 1600 Mark Gehalt, das dem der Kasse 3 der preußischen Unterbeamten entspricht. Die vier Klassen umfaßt die Bahnwärter und Nachwächter der Reichseisenbahnen sowie die Nachwächter beim Kanalamt. Kasse 2 (1100 bis 1400 Mark) ist die bedeutendste, da ihr die Landbriefträger angehören, von denen es ca. 25 000 gibt, und deren Befoldungserhöhung wiederholter gewünscht wurde. Es folgt dann die Kasse 3a, der die Schaffner und Bremser der Reichseisenbahnen angehören, sowie die Kasse 3b, zu der Schirmständer, Postiers und Bahnstreckenschaffner der Reichseisenbahnen gerechnet werden, die von den Vertragsschäfern gemacht werden, berücksichtigt, daß die Kasse 4a gehörte. Diese Klassen der Reichsbeamten bedenken sich in der Höhe der Gehaltsbezüge nur bei Kasse 1 mit den Preußen. Beide Unterklassen beziehen 1100 bis 1300 Mark Gehalt, während bei den übrigen das Endgehalt im Reich um 100 Mark geringer bemessen ist als in Preußen. Die Kasse 1 der Unterbeamten des Reichs umfaßt die Bahnwärter und Nachwächter der Reichseisenbahnen sowie die Nachwächter beim Kanalamt. Kasse 2 (1100 bis 1400 Mark) ist die bedeutendste, da ihr die Landbriefträger angehören, von denen es ca. 25 000 gibt, und deren Befoldungserhöhung wiederholter gewünscht wurde. Es folgt dann die Kasse 3a, der die Schaffner und Bremser der Reichseisenbahnen angehören, sowie die Kasse 3b, zu der Schirmständer, Postiers und Bahnstreckenschaffner der Reichseisenbahnen gerechnet werden, die von den Vertragsschäfern gemacht werden, berücksichtigt, daß die Kasse 4a gehörte. Diese Klassen der Reichsbeamten bedenken sich in der Höhe der Gehaltsbezüge nur bei Kasse 1 mit den Preußen. Beide Unterklassen beziehen 1100 bis 1300 Mark Gehalt, während bei den übrigen das Endgehalt im Reich um 100 Mark geringer bemessen ist als in Preußen. Die Kasse 1 der Unterbeamten des Reichs umfaßt die Bahnwärter und Nachwächter der Reichseisenbahnen sowie die Nachwächter beim Kanalamt. Kasse 2 (1100 bis 1400 Mark) ist die bedeutendste, da ihr die Landbriefträger angehören, von denen es ca. 25 000 gibt, und deren Befoldungserhöhung wiederholter gewünscht wurde. Es folgt dann die Kasse 3a, der die Schaffner und Bremser der Reichseisenbahnen angehören, sowie die Kasse 3b, zu der Schirmständer, Postiers und Bahnstreckenschaffner der Reichseisenbahnen gerechnet werden, die von den Vertragsschäfern gemacht werden, berücksichtigt, daß die Kasse 4a gehörte. Diese Klassen der Reichsbeamten bedenken sich in der Höhe der Gehaltsbezüge nur bei Kasse 1 mit den Preußen. Beide Unterklassen beziehen 1100 bis 1300 Mark Gehalt, während bei den übrigen das Endgehalt im Reich um 100 Mark geringer bemessen ist als in Preußen. Die Kasse 1 der Unterbeamten des Reichs umfaßt die Bahnwärter und Nachwächter der Reichseisenbahnen sowie die Nachwächter beim Kanalamt. Kasse 2 (1100 bis 1400 Mark) ist die bedeutendste, da ihr die Landbriefträger angehören, von denen es ca. 25 000 gibt, und deren Befoldungserhöhung wiederholter gewünscht wurde. Es folgt dann die Kasse 3a, der die Schaffner und Bremser der Reichseisenbahnen angehören, sowie die Kasse 3b, zu der Schirmständer, Postiers und Bahnstreckenschaffner der Reichseisenbahnen gerechnet werden, die von den Vertragsschäfern gemacht werden, berücksichtigt, daß die Kasse 4a gehörte. Diese Klassen der Reichsbeamten bedenken sich in der Höhe der Gehaltsbezüge nur bei Kasse 1 mit den Preußen. Beide Unterklassen beziehen 1100 bis 1300 Mark Gehalt, während bei den übrigen das Endgehalt im Reich um 100 Mark geringer bemessen ist als in Preußen. Die Kasse 1 der Unterbeamten des Reichs umfaßt die Bahnwärter und Nachwächter der Reichseisenbahnen sowie die Nachwächter beim Kanalamt. Kasse 2 (1100 bis 1400 Mark) ist die bedeutendste, da ihr die Landbriefträger angehören, von denen es ca. 25 000 gibt, und deren Befoldungserhöhung wiederholter gewünscht wurde. Es folgt dann die Kasse 3a, der die Schaffner und Bremser der Reichseisenbahnen angehören, sowie die Kasse 3b, zu der Schirmständer, Postiers und Bahnstreckenschaffner der Reichseisenbahnen gerechnet werden, die von den Vertragsschäfern gemacht werden, berücksichtigt, daß die Kasse 4a gehörte. Diese Klassen der Reichsbeamten bedenken sich in der Höhe der Gehaltsbezüge nur bei Kasse 1 mit den Preußen. Beide Unterklassen beziehen 1100 bis 1300 Mark Gehalt, während bei den übrigen das Endgehalt im Reich um 100 Mark geringer bemessen ist als in Preußen. Die Kasse 1 der Unterbeamten des Reichs umfaßt die Bahnwärter und Nachwächter der Reichseisenbahnen sowie die Nachwächter beim Kanalamt. Kasse 2 (1100 bis 1400 Mark) ist die bedeutendste, da ihr die Landbriefträger angehören, von denen es ca. 25 000 gibt, und deren Befoldungserhöhung wiederholter gewünscht wurde. Es folgt dann die Kasse 3a, der die Schaffner und Bremser der Reichseisenbahnen angehören, sowie die Kasse 3b, zu der Schirmständer, Postiers und Bahnstreckenschaffner der Reichseisenbahnen gerechnet werden, die von den Vertragsschäfern gemacht werden, berücksichtigt, daß die Kasse 4a gehörte. Diese Klassen der Reichsbeamten bedenken sich in der Höhe der Gehaltsbezüge nur bei Kasse 1 mit den Preußen. Beide Unterklassen beziehen 1100 bis 1300 Mark Gehalt, während bei den übrigen das Endgehalt im Reich um 100 Mark geringer bemessen ist als in Preußen. Die Kasse 1 der Unterbeamten des Reichs umfaßt die Bahnwärter und Nachwächter der Reichseisenbahnen sowie die Nachwächter beim Kanalamt. Kasse 2 (1100 bis 1400 Mark) ist die bedeutendste, da ihr die Landbriefträger angehören, von denen es ca. 25 000 gibt, und deren Befoldungserhöhung wiederholter gewünscht wurde. Es folgt dann die Kasse 3a, der die Schaffner und Bremser der Reichseisenbahnen angehören, sowie die Kasse 3b, zu der Schirmständer, Postiers und Bahnstreckenschaffner der Reichseisenbahnen gerechnet werden, die von den Vertragsschäfern gemacht werden, berücksichtigt, daß die Kasse 4a gehörte. Diese Klassen der Reichsbeamten bedenken sich in der Höhe der Gehaltsbezüge nur bei Kasse 1 mit den Preußen. Beide Unterklassen beziehen 1100 bis 1300 Mark Gehalt, während bei den übrigen das Endgehalt im Reich um 100 Mark geringer bemessen ist als in Preußen. Die Kasse 1 der Unterbeamten des Reichs umfaßt die Bahnwärter und Nachwächter der Reichseisenbahnen sowie die Nachwächter beim Kanalamt. Kasse 2 (1100 bis 1400 Mark) ist die bedeutendste, da ihr die Landbriefträger angehören, von denen es ca. 25 000 gibt, und deren Befoldungserhöhung wiederholter gewünscht wurde. Es folgt dann die Kasse 3a, der die Schaffner und Bremser der Reichseisenbahnen angehören, sowie die Kasse 3b, zu der Schirmständer, Postiers und Bahnstreckenschaffner der Reichseisenbahnen gerechnet werden, die von den Vertragsschäfern gemacht werden, berücksichtigt, daß die Kasse 4a gehörte. Diese Klassen der Reichsbeamten bedenken sich in der Höhe der Gehaltsbezüge nur bei Kasse 1 mit den Preußen. Beide Unterklassen beziehen 1100 bis 1300 Mark Gehalt, während bei den übrigen das Endgehalt im Reich um 100 Mark geringer bemessen ist als in Preußen. Die Kasse 1 der Unterbeamten des Reichs umfaßt die Bahnwärter und Nachwächter der Reichseisenbahnen sowie die Nachwächter beim Kanalamt. Kasse 2 (1100 bis 1400 Mark) ist die bedeutendste, da ihr die Landbriefträger angehören, von denen es ca. 25 000 gibt, und deren Befoldungserhöhung wiederholter gewünscht wurde. Es folgt dann die Kasse 3a, der die Schaffner und Bremser der Reichseisenbahnen angehören, sowie die Kasse 3b, zu der Schirmständer, Postiers und Bahnstreckenschaffner der Reichseisenbahnen gerechnet werden, die von den Vertragsschäfern gemacht werden, berücksichtigt, daß die Kasse 4a gehörte. Diese Klassen der Reichsbeamten bedenken sich in der Höhe der Gehaltsbezüge nur bei Kasse 1 mit den Pre

Donnerstag, 22. Januar 1914.

der Unter-
gelangt,
assen. Sie
bleiben.

ongress

Oberregie-
reichen wird in
nationalen. Es ist
den Kon-
internatio-
nellen Ver-
hältnisse
en. Ein-
regierungen
altungsbere-
nd an die
esse. Die
von Sel-
benreisen,
Gewerbe,
Grund-
szenen und
angress hat
men. Die
geschieht
ter Aus-
s.außenseite
is Konser-
tionsland-
ofmann
Leipzig.
9 Uhr,
Tründlin-
g statt,
nsburg
Libera-
wird sichSonne-
findet im
deutschen
Verein-
liche Ver-
einigungs-
nn aus
nichtslands-
über und
sich eineeichstages
. Da es
verlässt —
vertrett,
zahl vor-
ag. Die
zung des
gebracht
siedzten
ardon be-
ihm aus-
geschafft-
nur die
zuer für
zu jensei-
einige
; diesen
erden den
Be-
durch
. Februar
Inhalten.
chärtung
und der
folgende
arbeit“
auf demFarben
er und
ch durch
it unter
nahmen
Reiter,
feit sich
Bögel,
he. An
herischeeinen!
flächen-
Bezieh-
Segeas
Reien
im Dus-
(die
wün-
nun muß
geleben
alinen
Blätter
landen,
und bei
Rund-
in Stad-
nur
and die
erden
ch nicht
das ge-
onders
er einer
dem er-
erfolgt
glaubt
n über
seben,
eines
aus-
genen
wirigen
te, die
Worte
nen:
Wun-
it bot
dt. ih-
. Ob
ander
raum,
ungs-
ts up

Lande" (Walter Ritter); "Deutsche Volkstrachten" (F. Julian); "Bauernwahlberatung im Kreise Schmallenberg" (Scheimat Dr. Hagen); "Vorbericht der ländlichen Krankenpflege durch Heilfertinnen" (General Flehert v. Bissing); Vortrag von Bollwiedermann. Mit der Hauptversammlung ist eine Ausschreibung ländlicher Jugendheime verbunden, und am 18. Februar findet auch der zweite Dorftagungstag statt, auf dem Pastor Kohn über die Dorftälerarbeit als Krone der ländlichen Heimatspflege sprechen wird.

* Die böhmisches Gesetzgebungsamt in München angemessen. Die Budgetkommission der Zweiten Kammer verhandelte in ihrer heutigen Sitzung über die eventuelle Billigung des Mittels für die Gesetzgebung in München. Der Votum war vom letzten Landtag für das Jahr 1913 gestrichen worden, wurde aber von der Regierung in den diesjährigen Etat wieder eingestellt, um, wie es in der Begründung heißt, den Landständen Gelegenheit zu geben, zu der Frage nochmals Stellung zu nehmen. Bei der Abstimmung in der Budgetkommission wurde die Forderung der Regierung mit 13 gegen 4 Stimmen angenommen. Dafür stimmten das Zentrum, die Nationalliberalen und das konservative Kommissionsmitglied; dagegen die Sozialdemokraten und Fortschritts.

* Vom bayerischen Landtag. Aus München wird uns gesagt: Außer der Abgeordnetenkammer, die bei dem König am 4. Februar zur Tafel geladen ist, ist am 21. Januar auch die Reichstagskammer geladen. Es handelt sich hier um einen außerordentlichen Akt, da es in Bayern bisher nicht Gesetzgebend war, daß der Monarch die ganze Kammer zu Tafel lädt. Eine Teilnahme der Sozialdemokraten wird nicht erwartet.

* Rosa Luxemburg vor Gericht. Am 20. Februar wird sich die bekannte Genossin Rosa Luxemburg vor der Strafkammer in Frankfurt a. M. wegen Verüchtigung von Staatsinrichtungen zu verantworten haben.

Ausland.

Oesterreich.

* Die Personaleinkommensteuer im Abgeordnetenhaus. Aus Wien, 21. Januar, wird uns drücklich gemeldet: Das Abgeordnetenhaus hat nach kurzer Debatte den Bericht der gemeinsamen Konferenz beider Kammern über die Personaleinkommensteuer zunächst ohne die Steuerabstimmung einstimmig angenommen und sodann den Abänderungsantrag der Slowenen und der Christlich-Sozialen auf Beibehaltung der bisherigen Steuersätze für Einkommen von 1800 bis 10,000 Kronen mit 268 gegen 77 Stimmen abgelehnt. Darauf wurde der christlich-slowakische Eventualantrag, die Steuererhöhung auf die Einkommen über 4800 Kronen zu befristen, sofern der Ertrag der Personaleinkommensteuer 120 Millionen Kronen erreiche, in namentlicher Abstimmung abgelehnt und die Steueraufgabe kam gemäß dem Antrag der gemeinsamen Konferenz angenommen. Sodann wurden die Schlüsse der gemeinsamen Konferenz in dritter Lesung und damit die Personaleinkommensteuer übereinstimmend mit den Herrenabschlüssen angenommen. (Lebhafte Beifall.) — Darauf wurde über Immunitätsangelegenheiten verhandelt.

Frankreich.

* Die Übersetzung der "Le Figaro" nach Paris. Ein Telegramm aus Paris, 21. Januar, meldet uns: Heute vormittag sind die Trauereier für General Picquart statt, der der Ministerpräsident Doumergue, Kriegsminister Moullens, Clemenceau und andere ehemalige Minister und zahlreiche Senatoren und Deputierte sowie Generale, darunter die Generale Joffre, Aliz, d'Alma und Périn, Angehörige der wissenschaftlichen, künstlerischen und literarischen Kreise bewohnten. Unter den Anwesenden befanden sich auch Alfred und Mathieu Dreyfus sowie der Advoat Labori. Eine zahlreiche Menschenmenge folgte dem Zug, dem militärische Ehrenbegleitung erwiesen wurden. Nach dem Bortezug der Truppen wurde der Sang zum Bahnhof gebracht, um ihn nach Paris überzuführen.

England.

* Benito Mussolini in London. Aus London, 21. Januar, wird uns drücklich gemeldet: Ministerpräsident Benito Mussolini hat in Begleitung des griechischen Gesandten Gennadius heute mittag dem Staatssekretär Grey im Auswärtigen Amt einen Besuch abgestattet.

Wie uns ein weiteres Telegramm aus London meldet, blieb Benito eine Stunde bei Grey und besprach mit ihm einige Fragen betr. die Regelung der Balkanangelegenheiten. Darauf besuchte er die Vertreter einiger fremder Mächte.

Rumänien.

* Nach dem Kabinettwechsel. Der Minister des Innern Voramarca erklärte einem Bulgarer Telegrafen zu folge einem Mitarbeiter des Bulgarer Tagblattes, daß durch den Regierungswechsel die Stellung Rumäniens zum Auslande nicht berührt werde. Die allgemeinen Richtlinien der rumänischen Befreiungsherrschaft würden beibehalten.

Koloniales.

Zur Besiedlungsfrage der Hochländer Deutsch-Ostafrikas.

Nach einer längeren Besichtigungsreise des Nordbezirks Deutsch-Ostafrikas hat der Gouverneur Dr. Schnee Mitte Dezember in Tanga auf einem feierlichen Begrüßungsabend eine bedeutende Rede gehalten, in der es heißt:

Für die Entwicklung Tangas ist von großer Bedeutung auch die Lage und der Fortschritt der Ansiedlung im weiteren Hinterland auf den gefundenen Hochländern des Innen. Ich habe vor längerer Zeit, anlässlich der Veröffentlichung eines Auszuges aus einem Berichte, den ich über meine vorjährige Reise nach dem Kilimandscharo und Meru erhalten habe, in einigen deutschen Zeitungen, und zwar gerade in den kolonialfreundlichen und besiedlungsfreundlichen Blättern gesehen — daß ich ein Siedlungsfeld sei. Ich habe dazu geschwiegen, denn nach meiner Auffassung kommt es mehr auf Taten als auf Worte an. Durch meine

Handlungen glaube ich bewiesen zu haben, daß mit das Wohl der Ansiedlungen auf jenen Hochländern des Innen am Herzen liegt, und daß ich durchaus Siedlungsfreundlich bin. Allerdings wäre ich mein Urteil über die Besiedlungsmöglichkeiten vorzeitig ab, um nicht übertriebene Hoffnungen zu erwecken, die nicht verwirklicht werden können."

Der offensichtlich vorliegende Rückzug der Regierung in der Besiedlungsfrage der gebundenen Hochländer Deutsch-Ostafrikas ist zweifellos in erster Linie auf das manhafteste Eintreten des früheren Kolonialstaatssekretärs v. Hindenburg auf der letzten Tagung der Deutschen Kolonialgesellschaft zu Breslau zurückzuführen.

Lebte Depeschen und Fernsprechmeldungen.

Die Anträge Bassemann-Schäffer in Resolutionen umgewandelt.

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 21. Januar.

Die meisten von den Anträgen Bassemann-Schäffer, sowohl der Antrag der eine Belehrung und Vereinfachung der Reichspflege begeht, als auch der Antrag, der eine Verbesserung einzelner Teile und Bestimmungen des Reichsvertrags verlangt, die von besonderer Dringlichkeit sind, und schließlich auch der Antrag, der die Vorlegung eines Entwurfs zum Schluß des Wahlgeheimnisses gegen amtliche und private Abmachungen fordert, sind jetzt als Resolutionen zum Etat eingearbeitet worden, und zwar die beiden ersten Anträge als Resolution zum Etat der Justizverwaltung, der letzte als Resolution zum Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Herrner ist eine Resolution zum Etat des Reichsamtes des Innern eingegangen, die einen Gelegenheitswurf über den Ausbau des Bundesamts für das Heimatsmeien zu einem Reichsamt für das Heimats- und Finanzwesen fordert. — Außerdem ist eine kurze Anfrage des Sozialdemokraten Dr. Quandt-Frankfurt dem Reichstag zugegangen, die eine internationale Regelung des Handels mit Gift und Bakterien anstrebt, im Anschluß an den Frankfurter Giftmordprozeß.

Die Beratung der Fabrikerinnerpellationen.

(Eigener Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.)

○ Berlin, 21. Januar.

In Reichstagsfraktionen hält man es nun mehr für wahrscheinlich, daß die Beratung der Fabrikerinnerpellationen am Freitag stattfinden wird.

Antrag Delsor und Genossen.

(Eigener Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.)

○ Berlin, 21. Januar.

Zu der Frage der Abgrenzung der Kompetenzen des Militärs und Zivils haben nunmehr auch die Männer mit Unterstützung der Polen folgenden Antrag Delsor und Genossen eingereicht:

„Der Reichstag wolle beschließen in Abetracht 1. des durch das Vorgehen des Obersten von Reuter in Fabriken entstandenen Konflikts zwischen Militärbehörden und der Justizverwaltung, 2. der Meinungsverschiedenheiten zwischen der Militärbehörde und der Militärrichtstutz einerseits und dem Unterstaatssekretär des Innern im Ministerium für Elsass-Lothringen anderseits über die Gültigkeit der preußischen Kabinettsorder von 1820 in Elsass-Lothringen,

3. der Gefahr, die für die öffentliche Sicherheit und Rechtsordnung für die persönliche bürgerliche Freiheit aus dieser Rechtsungsweisheit sich ergibt, die um so größer ist, als für die in Elsass-Lothringen stehenden bayerischen Truppenteile andere Vorschriften gelten, den Reichskanzler zu ersuchen, baldmöglich einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Beigabe des bewaffneten Macht zur Ausübung der staatlichen Zwangsgewalt für das Reich einheitlich regelt und der Rechtsauffassung Gelung verschafft, und daß das Militär nur auf Requisition der Zivilbehörden zu polizeilichen Zwecken verwendet werden darf.“

Noch eine Erklärung des Generalleutnants v. Kracht.

Berlin, 21. Januar. Generalmajor von Kracht sendet der „Kreuzzeitung“ ein Schreiben, in dem er zu seinen bisherigen Erklärungen folgende Ergänzung gibt:

Das Wort "Courage" habe ich von mir gar nicht gebraucht. Es wurde "Kavalier" ausgesprochen und jedesmal angewendet, wenn ein Trappenteil einen anderen unterwarf oder wenn Artillerie in eine Stellung einführte. Dann sagte man, man habe wieder "Kavalier". Das Wort wurde täglich gebraucht, ohne daß man damit jagen wollte, doch man sonst keine Courage hätte. Das als Bekleidung hinzustellen, ist geradezu abgeschmackt, und im vorliegenden Falle hat das Wort auch ein Bayerisch.

Die Hilfsaktion für die Überschwemmten an der Ostsee.

Berlin, 21. Januar. Die „Berliner Korrespondenz“ weiß neuerdings auf die schweren Überschwemmungsbedenken an der Ostsee, auf die der Staatssekretär erwähnende erwartenden Auswendungen für die Wiederherstellung der Dämme, Dämme und Schutzwälle und auf die Verluste der Gemeinden und Privatbesitzer hin. Die seitgestellten Schäden belaufen sich auf über eine Million Mark; weitere Ermittlungen waren durch die ausgedehnten Verkehrsstörungen und durch Schnee und Eis noch verhindert. Neben den staatlichen und öffentlichen Mitteln sind finanzielle Beihilfen in bedeutender Höhe nötig, um die Not der betroffenen Privatpersonen zu lindern. Die Hilfsaktion liegt in den Händen des Händlers Hilfswerkes, Berlin, Allenstraße 10, dessen Präsident der Kronprinz übernommen hat.

Leipziger Tageblatt.

Nr. 38. Morgen-Ausgabe. Seite 3.

Der rumänische Thronfolger in Potsdam eingetroffen.

Berlin, 21. Januar. Der rumänische Thronfolger Prinz Ferdinand und dessen Sohn sind heute abend hier eingetroffen und haben sich bald darauf nach Potsdam begaben.

Reichstagswahl in Böhm.-Rosenberg.

Neumark (Westpreußen), 21. Januar. Vorläufiges amtliches Wahlergebnis.

Bei der durch den Tod des Reichstagsabgeordneten Jürgen (Reichspartei) im Wahlkreis Marienwerder 2 (Böhm.-Rosenberg) notwendig gewordene Reichstagswahl erhielt Landrat v. Brünnow (Reichspartei) 11334, Gutsbesitzer Kalzow (Sozialdemokratie) 8145 Stimmen. Der plattdeutsche Kandidat (Sozialdemokratie) 28 Stimmen. v. Brünnow ist somit gewählt.

Bei der Hauptwahl im Januar 1912 erhielt der Kandidat der Reichspartei 1119, der Pole 8778 und der Sozialdemokrat 309 Stimmen.

Streitbewegungen in Portugal.

Lissabon, 21. Januar. Die Metallarbeiter und einige andere Gewerkschaften haben die Arbeit niedergelegt. Das Personal der Eisenbahnen im Nordosten hat die Arbeit wieder aufgenommen.

Diner zu Ehren der Offiziere der deutschen Mittelmeerdivision.

Rom, 21. Januar. Heute abend gab der König und die Königin zu Ehren der Offiziere der deutschen Mittelmeerdivision ein Diner, an dem teilnahmen der deutsche Botschafter mit Gemahlin, der Minister des Innern Dr. San Giuliano, Marineminister Konteradmiral Millo, der erste Generaladjutant des königlichen Hauses Mattioli Pasqualini und die Mitglieder der Botschaft.

Italien und die Türkei.

Rom, 21. Januar. In Erwidlung eines Artikels des "Tribun" zur Ankündigung schreibt die "Tribuna":

„Dasselbe die ihm begegnen Inseln ist in einer furchtbaren Katastrophe infolge des Erdbebens in der Mittelmeerdivision verändert worden. Das Mittelmeergebäude und das Hospital liegen jetzt 18 Meter unter Wasser, während an einer anderen Stelle, wo früher Meer war, jetzt zwei Meilen südliches Land erschienen sind. Während des vulkanischen Ausbruchs bildete die Insel eine einzige Masse gegenüber der See. Das Wasser des Meeres war siegend hell. Schildkröten und Fische kamen geflohen an die Oberfläche des Sees. Von Dampfer "Macambu" wurde bemerkt, daß von den Inseln Umbria (Neue Heiden) von neuem furchtbare vulkanische Ausbrüche erfolgten. Hunderte von Eingeborenen wurden von den Inseln abgeschnitten, doch gelang es 700 zu entkommen.“

Melbourne, 21. Januar. Der hier eingetroffene Dampfer "Macambu" meldet, daß die Lage der Insel Umbria (Neue Heiden) infolge des furchtbaren vulkanischen Ausbruchs verändert worden ist. Das Mittelmeergebäude und das Hospital liegen jetzt 18 Meter unter Wasser, während an einer anderen Stelle, wo früher Meer war, jetzt zwei Meilen südliches Land erschienen sind. Während des vulkanischen Ausbruchs bildete die Insel eine einzige Masse gegenüber der See. Das Wasser des Meeres war siegend hell. Schildkröten und Fische kamen geflohen an die Oberfläche des Sees. Von Dampfer "Macambu" wurde bemerkt, daß von den Inseln Pauma und Lovely Rauch austieß.

Elisabeth Hanau unter dem dringenden Verdacht, im In- und Auslande falsche 50-Kronenbanknoten in den Verkehr gebracht zu haben.

Die Liegenschaft des „A. 7“ gefunden.

Plymouth, 21. Januar. Nach fünfzigem Suchen ist es heute nachmittag gelungen, die Liegenschaft des gesunkenen Unterseebootes „A. 7“ festzustellen.

Erdbeben in Alaska?

(Eig. Drahtbericht u. i. Mitarbeiter.) Ingelheim, 21. Januar. Von der Erdbebenwarte

Ingelheim wird gemeldet, daß es sich bei dem auch von mehreren anderen Erdbebenwarten gemeldeten Erdbeben um kein japanisches Erdbeben handelt, vielmehr ist anzunehmen, daß der Herd des Bebens in Nordamerika an der Südseite der Insel Alaska liegt.

Neue vulkanische Ausbrüche auf den Neuen Hebriden.

Sydney, 21. Januar. Am 1. Januar haben auf der Insel Ambrym (Neue Hebriden) von neuem furchtbare vulkanische Ausbrüche begonnen.

Hunderte von Eingeborenen wurden von den Inseln abgeschnitten, doch gelang es 700 zu entkommen.

Melbourne, 21. Januar. Der hier eingetroffene Dampfer "Macambu" meldet, daß die Lage der Insel Umbria (Neue Heiden) infolge des Erdbebens verändert worden ist. Das Mittelmeergebäude und das Hospital liegen jetzt 18 Meter unter Wasser, während an einer anderen Stelle, wo früher Meer war, jetzt zwei Meilen südliches Land erschienen sind. Während des vulkanischen Ausbruchs bildete die Insel eine einzige Masse gegenüber der See. Das Wasser des Meeres war siegend hell. Schildkröten und Fische kamen geflohen an die Oberfläche des Sees. Von Dampfer "Macambu" wurde bemerkt, daß von den Inseln Pauma und Lovely Rauch austieß.

Lebte Lokalnachrichten

Maskenfest im Kaiserpalast.

Leipzig, 22. Januar.

Nach dem gestrigen Abend und der heutigen Nacht heißt es unklarer. Wohin wollte man früher ziehen? In das



Kunst und Wissenschaft



Aus den Erinnerungen eines Neunzigjährigen.

Zum Tode von Rudolf Gense.

Einer der Patriarchen deutschen Schriftstums ist Rudolf Gense dahingegangen, Dichter und Redakteur, Dramen- und Poesiedichter, Shakespearischer und Vorleser — all das war er in einem Leben, und so kann es nicht wunder nehmen, daß das Leben des dahingegangenen Neunzigjährigen überaus reich an Erinnerungen an alle möglichen Menschen und Dinge des öffentlichen Lebens fast eines ganzen Jahrhunderts war.

Rudolf Gense hat selbst erzählt, wie es ihm mit seinem ersten dramatischen Werkzeug begann. Es war dies ein Drama, dessen Held der Hulst Jäsa war; in einem Buche, das für billiges Geld beim Antiquar erstanden war, hatte Gense den Stoff dazu gefunden. In den Jahren 1847/48, also als Kind, schrieb er das Drama nieder, und da sein Vater Leiter des Danziger Stadttheaters war, brachte er es bei dieser Bühne an. Der Theaterzettel nannte bei der Uraufführung (Februar 1849) den Verfasser zwar nicht, denn war er in Danzig bekannt, und das an kürzlichen Auftritten reiche, sehr lebhafte Stück hatte trotz seiner Unreife einen theatralischen Erfolg. Fast wäre dieser jedoch durch einen komischen Zwischenfall in Frage gestellt worden, der sich in der letzten Szene ereignete: ein König, der Vertreter des bösen Prinzipis in Städte, soll von den Hulsten von der Höhe der Mauer eines Klosters in die Flammen hinabgestürzt werden. Gense hatte nun dem Darsteller dieser Rolle durchaus nicht zugemutet, daß er der Kunst ein so großes Opfer bringen sollte, um in einer Person, die herab stürzen zu lassen, und was davor für diesen Moment eine als König verkleidete Puppe ihm substituiert werden. Dieser Meudomöd überzeugt sich nun beim Herunterstürzen, wodurch eine begreifliche Heiterkeit unter den Zuschauern entstand. Tatsächlich war der Erfolg groß, der junge Gense hielt sein Werk daher für etwas ganz Hervorragendes, und hatte die Künstler, es an Emil Devrient nach Dresden zu schicken, der es dann mit der Verstärkung zurückholte, er habe es „mit großer Freude“ gelesen und er glaube, daß sich daran „schöne Hoffnungen für die Zukunft knüpfen.“

Die großen Hoffnungen erfüllten sich allerdings noch nicht! Nach einiger Zeit — 1850 — ging ein Stük Genses über die Bühne, das einen willkürlichen, großen, anbauenden Erfolg hatte, ihm aber sehr wenig einbrachte. Gense hatte die Kladderadatschfiguren Müller und Schulze in einem heiteren Kriegsbild auf die Bühne gebracht, am 26. Dezember 1850 stand am Friedrich-Wilhelm-Städtischen Theater in Berlin die Uraufführung statt, der Erfolg war lärmisch, und noch nach diesem ersten Erfolg hatte Gense die Wahl, ob er für das Stück ein fetches Honorar wolle oder Tantieme. Er nahm das letzte Honorar — 3 Friedrichsdör —, denn er glaubte, das Stück würde verboten werden. Es wurde aber nicht verboten, im Gegenteil, auch 50 andere deutsche Bühnen führten es auf.

Umgekehrt ging es Gense mit einem anderen Stück, das unmittelbar darauf folgte: das „Kloster von Camen“, das eine Spülöde aus dem zweiten Weltkrieg behandelte, wurde ebenfalls vom Friedrich-Wilhelm-Städtischen Theater angenommen. Gense glaubte durch die Erfahrung mit „Müller und Schulze“ gewinnt zu sein, entschied sich diesmal für die Tantieme und mußte erleben, daß das Stück nach der ersten Aufführung verboten wurde!

Im Juli des Kriegsjahrs 1870 war Gense in München, wo er durch seine Vorträge recht bekannt geworden war. Er war es, der in München für die preußisch-deutsche Sache eintrat. Er wußte wohl, daß er als Norddeutscher schon wegen seiner Sprache es schwer hatte, sich mit den Münchnern zu verstehen, aber dennoch erzielte er starke Wirkungen,

als er selbst gehofft hatte; am 18. Juli trug er ein auf der Straße gedichtetes Kriegsgedicht „Der Hahn hat geflüchtet“ in einer patriotischen Versammlung vor, wo ihm sein Freund Knorr als einziger anwesender Preuße einflußte, und die Aufnahme der unbedeutenden Dichtung war außerordentlich begeistert.

„Ja, auch die Tage vor den ersten Schlachten und Siegen“ (sagt Gense bei dieser Gelegenheit) waren schön, denn auch sie hatten uns schon einen Sieg gebracht, den ersten: die feiste Vereinigung von Nord und Süß und aller Deutschen“. ... Es ist heute fast vergessen, daß Rudolf Gense es war, durch dessen Bearbeitung Kleists „Hermannsschlacht“ ihre ersten Bühnenfolge davongetragen hat, durch die sie zum festen Bestande der deutschen Bühnenspielpläne geworden ist. Und doch hatte die Intendantin in Berlin zunächst geglaubt, das Stück werde keinen Erfolg haben!

Als Gense im Januar 1875 nach Berlin zu den Proben kam, sah er mit Bewunderung, daß überhaupt nur sehr wenige Proben angelegt waren, und noch am Vormittage der ersten Aufführung lagte Herr von Hüllen ihm: „Was von unserer Seite geschehen könnte, ist geschehen“, als ob er von einer verlorenen Sache rede. Bei der Aufführung wurde das Publikum aber bald warm, in der Szene zwischen Marbold mit den beiden Knaben brach ein wahrer Beifallshurrus los und zum Schlusse gab es tosenden Beifall, fand der Erfolg und die Wirkung waren so, wie sie das Berliner Schauspielhaus kaum je vorher erlebt hatte. Von Hüllen gestand seinem Director freimütig-liebenswürdig ein, das Stück wurde bis zum Beginn der Sommerferien allmählich dreimal oder viermal vor ausverkauftem Hause aufgeführt und im Inlande wie im Auslande, selbst in Amerika, wurde die „Hermannsschlacht“ seitdem in Gentes Bearbeitung gespielt.

Leipzig, 22. Januar.
Neues Theater. Erstaufführung: Die Barbarina. Oper von Otto Rehrl.

In manngültiger Weise betätigte sich Otto Rehrl. Er trat als Pianist und Komponist auf und entwidete als Kritiker eine reiche Tätigkeit. Aber nur die Zeit der Renaissance brachte Menschen her, vor die gleich alles konnten, heute erwirkt jene Mannigfaltigkeit nur zu leicht und oft als Zersetzung an, die nicht unbedeutender, jedenfalls schwanzwerter ist. Die Barbarina, der schon drei andere Opern vorausgingen, ist hierfür ein Beispiel. So manches Anziehende, lieber Empfundene oder auch einfach Reizende lohnt die Komposition im kleinen Stile, z. B. im musikalischen Genrestück für Pianoforte. Aber auf dramatischem Gebiete verlängert er durchaus. Es fehlt der Barbarina-Musik an Innhalt, an persönlichen Weisen und an Fröhlichkeit und Natürlichkeit der Erfindung. Der Hörer wartet und wartet, daß irgend etwas kommt, sich erfreue und findet keine. Statt dessen wird er fast erschlagen von elektrischem Überfluss. So ist das lange Orchesterstück relativ ergebnislos, dehnt sich in jedem Akt alles über. Vor allem steht auch die unbestimmte Verwendung verschiedener, und zwar durchaus heterogener Stimmenarten. Vieles bewegt sich in altem Operngesetz. Vornehmlich bevorzugt der Autor Duette, Terzette usw. Ein Riedertafelmännerchor nimmt sich im ersten Akt schon wunderlich aus. Dann wieder wird dem Sprechgesang gehuldigt, stark deliniert und mit einigen Erinnerungs-motiven gearbeitet. Harmonisch handelt Stellen wechseln mit interessanteren ab — jene finden sich in ersten Linien in den formal geschlossenen Sätzen, die in den freigelassenen Szenen der Oper. Für mich bleibt noch die besondere und überraschend ausfallende Frage offen, ob es überhaupt am Platze war, die elegante Tänzerin und in der Kunst zu lieben vielbewunderte Dame für

als er selbst gehofft hatte; am 18. Juli trug er ein auf der Straße gedichtetes Kriegsgedicht „Der Hahn hat geflüchtet“ in einer patriotischen Versammlung vor, wo ihm sein Freund Knorr als einziger anwesender Preuße einflußte, und die Aufnahme der unbedeutenden Dichtung war außerordentlich begeistert.

„Ja, auch die Tage vor den ersten Schlachten und Siegen“ (sagt Gense bei dieser Gelegenheit) waren schön, denn auch sie hatten uns schon einen Sieg gebracht, den ersten: die feiste Vereinigung von Nord und Süß und aller Deutschen“. ... Es ist heute fast vergessen, daß Rudolf Gense es war, durch dessen Bearbeitung Kleists „Hermannsschlacht“ ihre ersten Bühnenfolge davongetragen hat, durch die sie zum festen Bestande der deutschen Bühnenspielpläne geworden ist. Und doch hatte die Intendantin in Berlin zunächst geglaubt, das Stück werde keinen Erfolg haben!

Als Gense im Januar 1875 nach Berlin zu den Proben kam, sah er mit Bewunderung, daß überhaupt nur sehr wenige Proben angelegt waren, und noch am Vormittage der ersten Aufführung lagte Herr von Hüllen ihm: „Was von unserer Seite geschehen könnte, ist geschehen“, als ob er von einer verlorenen Sache rede. Bei der Aufführung wurde das Publikum aber bald warm, in der Szene zwischen Marbold mit den beiden Knaben brach ein wahrer Beifallshurrus los und zum Schlusse gab es tosenden Beifall, fand der Erfolg und die Wirkung waren so, wie sie das Berliner Schauspielhaus kaum je vorher erlebt hatte. Von Hüllen gestand seinem Director freimütig-liebenswürdig ein, das Stück wurde bis zum Beginn der Sommerferien allmählich dreimal oder viermal vor ausverkauftem Hause aufgeführt und im Inlande wie im Auslande, selbst in Amerika, wurde die „Hermannsschlacht“ seitdem in Gentes Bearbeitung gespielt.

Leipzig, 22. Januar.
Neues Theater. Erstaufführung: Die Barbarina. Oper von Otto Rehrl.

In manngültiger Weise betätigte sich Otto Rehrl. Er trat als Pianist und Komponist auf und entwidete als Kritiker eine reiche Tätigkeit. Aber nur die Zeit der Renaissance brachte Menschen her, vor die gleich alles konnten, heute erwirkt jene Mannigfaltigkeit nur zu leicht und oft als Zersetzung an, die nicht unbedeutender, jedenfalls schwanzwerter ist. Die Barbarina, der schon drei andere Opern vorausgingen, ist hierfür ein Beispiel. So manches Anziehende, lieber Empfundene oder auch einfach Reizende lohnt die Komposition im kleinen Stile, z. B. im musikalischen Genrestück für Pianoforte. Aber auf dramatischem Gebiete verlängert er durchaus. Es fehlt der Barbarina-Musik an Innhalt, an persönlichen Weisen und an Fröhlichkeit und Natürlichkeit der Erfindung. Der Hörer wartet und wartet, daß irgend etwas kommt, sich erfreue und findet keine. Statt dessen wird er fast erschlagen von elektrischem Überfluss. So ist das lange Orchesterstück relativ ergebnislos, dehnt sich in jedem Akt alles über. Vor allem steht auch die unbestimmte Verwendung verschiedener, und zwar durchaus heterogener Stimmenarten. Vieles bewegt sich in altem Operngesetz. Vornehmlich bevorzugt der Autor Duette, Terzette usw. Ein Riedertafelmännerchor nimmt sich im ersten Akt schon wunderlich aus. Dann wieder wird dem Sprechgesang gehuldigt, stark deliniert und mit einigen Erinnerungs-motiven gearbeitet. Harmonisch handelt Stellen wechseln mit interessanteren ab — jene finden sich in ersten Linien in den formal geschlossenen Sätzen, die in den freigelassenen Szenen der Oper. Für mich bleibt noch die besondere und überraschend ausfallende Frage offen, ob es überhaupt am Platze war, die elegante Tänzerin und in

der Kunst zu lieben vielbewunderte Dame für

Opernzweck in eine seriöse Heldin umzuwandeln, wie es der Textverfasser Rehrl tut, ohne die Kraft zu besiegen, alle die hieraus entstehenden großen Töne zu finden und ein reiches Arsenal von Leidenschaften zur Verfügung zu haben. Vielleicht wäre es besser gewesen, auch musikalisch sich an das einmal gegebene Milieu des Rehrls zu halten, alles heiter, sonnig und unbefangen zu gehalten, ja sogar das und jenes mit dem Schimmer des leichten Ironie umzudenken, die Rehrl als geistvollen Kritiker und Essayisten von jeher so gut zu Gesicht stand. Das Rehrl in seiner Oper auch der hohen Theatralität ein Dose bringt, ist vollständig unerträglich für den, der ihn als Künstler kennen und lieben lernte. So ist das Werk ein rein veräußerlicher Abschluß, so auch der gerüht Verzerrung gewohnte König ein bloßer Geldlöscher, endlich das von dem Schwarm der frischen Jugend gesuchte Duell eine Opernzenze.

Die Handlung selbst darf als bekannt vorausgesetzt werden. Barbarina kam 1747 nach Berlin zu Hofoper. Sie findet zwei Liebhaber. Ihr Vermund Lord Stuart sorgt ab, der Freiherr Corcoji findet Barbarina. Daher jenes Duell, das der König nicht pardonierte. Barbarina nimmt dies aber, entsteht noch ihrer Vaterstadt Niedrig, wird hier von Corcoji erreicht, der Königsorder hat, sie auf alle Fälle nach Berlin zu schaffen, während sie glaubt, sie treibe ihn zu ihr. Der Lord erscheint auch wieder und gibt die Auflösung des Schwohrtz-Darob-Tableau, dann noch eine kleine politische Komplikation zwischen Preußen und der Republik Niedrig, schließlich edelmütige Verbrennung des Haftschlosses und Verlöschung. Barbarina folgt Corcoji als Gattin an die Spree. Hier garantiert S. M. allerhöchsten Generalpardon, wenn Frau von Corcoji nach einem vor ihm tanze. Der Hörte findet solches verwerflich, sie aber droht die Sache geschickt darzutun, daß sie dem Anhänger nach vor ihrem Gemahl, in Wahrheit jedoch vor dem König nach einer von diesem komponierten Szene tanzt. Der große Friedrich läßt dazu die Flöte, verleiht dem Chor und das Spiel ist aus. Es fehlt dieser Handlung keineswegs an unnötigen Dingen und Episoden, die gern wegschafft können. Den König als humore Person erscheinen zu lassen, ist ein verbündnisloser Irrtum des Verfassers.

Der einen Abhängigkeitserfolg erlangenden Vorstellung fehlt noch die lezte Freilung. Trotz Kapellmeister Horsts Bemühen fliegen manches zwischen Szene und Orchester nicht, wird von letzterem häufig sehr stark aufgetragen (woran die oft zu diese Instrumentation auch mit Schuh haben möchte), ledet es zuweilen noch recht sehr an Leichtigkeit und Schwung. Meines Erachtens gereicht es nicht zum Vorteil, daß Alte Sarden manche Linie in dem schwermütigen Weisen der häufigen anbel auch in den König ein blödsinn verleiht. Tänzerin noch wesentlich schwieriger bearbeitete. Als Liebhaber bildeten E. Klinghammers eiserläufiger Lord und H. Lissmanns temperamentvoller Lord und S. Lissmanns überflüssig ein selundliches Nebenwerk. Über 2. Städtegänger spielte die Rose mit alter Fröhlichkeit und Phantasie höchst natürlich zu geben. In Dr. Ingenohl sind Friedrich Rex einen würdigen Darsteller. Dr. E. Perls Regal holt die entsprechende Augen Sympathie. Umfang für die Vorhänge der Handlung, die Emma Grondonas geschmackvoll ausgedacht und lebhaft ausgeführte Ballettpantomime vorübergehend mit einigen neuen Farbenlinien ausstattete. Eugen Segnits.

* Subermanns Drama „Die Lobgesänge des Claudius“ hatte bei einer im ganzen guten Darstellung im Hamburger Deutschen Schauspielhaus

spielshaus einen Achtungserfolg. Das Publikum spendete erst nach dem letzten Aufzug dem Autor und den Darstellern Beifall.

* Vorhall in Leipzig. Wie wir bestimmt erfahren, wird die Erstaufführung des Zarifat in Leipzig am Sonntag, den 22. März, stattfinden.

* Die Tragödie Maria Possosscholl sollendet morgen ihr 50. Jubiläum. Am Deutschen Theater in Berlin, an der Wiener Hofburg, am Berliner Theater, lange Zeit am Hamburger Stadttheater war sie tätig.

* Die „Neue Oper“ in Hamburg soll laut einer Meldung der „B. J. am Mittwoch“ sich in einer schweren Krise befinden. Das Unternehmen, das erst im vorigen Herbst eröffnet wurde, wird von Direktor Maximilian Morris lästig und von Hofrat Eduard Erhard geschäftlich geleitet, während Dr. Höhler für die Musik verantwortlich zeichnet. Trotz durchschnittlich sehr guter Aufführungen hat sich das Hamburger Opernpublicum nicht an die neue Oper gewöhnt, und die lezte Spielzeit brachte große Verluste. Nunmehr haben sich einige Kunstreunde zusammengetan, um in Gemeinschaft mit Hamburger Geldleuten die Oper neu zu fundieren. Man hofft einen Garantiefonds aufzubringen und will versuchen, die Sintrittspreise, vor allem die Abonnements, zu verbilligen.

* Von Weingartner. Wiener Blätter berichten über Verhandlungen zwischen Felix Weingartner und Direktor Gregor, die regelmäßiges Gastdirigieren Weingartners an der L. S. Hofoper zum Gegenstand haben.

* Berhard Hauptmanns neuestes Werk: „Der Bogen des Odysseus“ wird in unserer Stadt durch Bruno Tuerichmann am Dienstag, den 27. Januar, wiedergegeben werden. Tuerichmann weiß zuzeitig in Berlin, um sich über die persönlichen Aufführungen des Dichters zu informieren. Nach dem Vortrage des Hauptmanns Werkes wird der Künstler aus dem 21. und 22. Gefange der Homerischen Odyssee. „Die Heimkehr des Odysseus“ wiedergegeben, welchen Stoff der Dichter bekanntlich für sein Drama verwendet hat. Jedemfalls ein höchst interessantes neues künstlerisches Experiment, das Original (wenn auch in der deutschen Übersetzung) dem modernen Werke entgegenstellen.

* Zum Kampf um den Dr. med. dent. Die Endigung des Streites der Studierenden der Zahnheilkunde hatte zur Folge, daß am Montag eine Deputation derselben vom Kultusminister empfangen wurde. Der Sprecher der Studierenden legte klar, daß sich der Streit lediglich gegen die medizinische Fakultät und gegen die im Reihe befindlichen Verhältnisse gerichtet hätte, und daß die Studierenden gerade an Leipzig mit großer Liebe hingen, wie aus der Zahl der Semester, die der einzelne Studierende in Leipzig verbrachte, deutlich hervorgeht. Er betonte, daß unter dem Zwange der Verhältnisse unbedingt eine Promotionsmöglichkeit im eigenen Fach eine dringende Forderung der allerhöchsten Zeit sei, und daß nur der Dr. med. dent. geeignet sei, alle jetzt herrschenden Missstände zu bejettigen. Der Dr. med. dent. werde nicht aus Tadeln gefordert, sondern er werde u. a. dringend notwendig, um die noch jetzt selbst im gebildeten Publikum vorliegenden Verwischungen zwischen akademisch gebildeten Zahnärzten und Technikern, Dentisten und Zahntechnikern, unmöglich zu machen. Der Kultusminister erklärte, daß er den Verhandlungen der modernen Zahnheilkunde mit der größten Sympathie gegenüberstehe, daß er mit der medizinischen Fakultät in Verbindung trete würde und daß er jetzt sei, die Verhandlungen mit den überigen Bundesstaaten zwecks Regelung der Promotionsfrage wieder aufzunehmen. Der Empfang der Deputation berechtigt zu der Hoffnung, daß die bestehenden Discrepanzen im Sinne der Studierenden der Zahnheilkunde beseitdet werden.

Sie mir mal den Stock aus der Ecke da. Ich muß ihr ins Gewissen reden."

Max Hansche berührte sich, ihm zu Willen zu sein, holte den dünnen Eichenstock mit der abgegriffenen Eisenbeintrüke aus der Tasche und legte ihn in die Hand des Alten.

„Kommen Sie!“ rief er und stellte sich auf die rechte Hand auf den Stock, mit der linken auf Max Hansche stützte.

Pangiam und Feuerheinig ging es Schritt für Schritt über den Hof. Seit Jahren zum ersten Male machte der Alte den Gang. An der Haustreppe, die fünf Stufen hatte, machte er halt, Max Hansche fühlte, wie der alte Körper vor Schmerz bebte und zuckte, trocken hielt sich der Alte aufrecht wie ein Baum und wich nicht vom Platz.

Da sprang auch schon die Tür auf, und Minna im modischen Kostüm stand in der Deckung.

„Minna!“ schrie der Alte und hob drohend den Stock. „Doch du mir nicht in die Stadt gehst zu dem Lumpen, dem Alois Wollenberg. Und wenn sich der Lump hier auf dem Hofe sehen läßt, dann heb ich den Hund auf ihn. Keinen Piepen kriegt du von mir, wenn du nicht von ihm läßt. Lieber werfe ich mein Geld in die Oder.“

Wie glühenden Wangen stand sie da, die Hände geballt, die Zähne zusammengebißt. Sie hatte auch den Feuerheinig.

„Ich gehe doch!“ rief sie, sprang die fünf Stufen herunter und war zum Tor hinaus, ehe sich's die beiden versahen.

„Minna!“ schrie der Alte noch einmal und schlug mit dem Stock auf die Stufen. „Hier bleibst du!“

Aber sie lehnte nicht zurück.

(Fortsetzung in der Abendausgabe.)

Hamburg
Berlin
Cöln
Fulda
Gießen
Bad Salzschlirf
Frankfurt
Leipzig

Gieß und Schmelzpfleißer
Eugenius

Recht und Gericht

Richterliche Freiheit im neuen Strafrecht.

Die „Juristischen Tagesfragen“ schreiben: In der modernen Rechtsentwicklung tritt allgemein das Befreiende hervor, die Freiheit des richterlichen Gemessens zu erweitern. Mag man hierbei auch — namentlich auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts — nicht so weit gehen wollen, den Richter die Befugnis einzuräumen, neues Recht, wie dies unter gewissen Voraussetzungen in England und den Vereinigten Staaten möglich ist, durch seinen Spruch zu schaffen, so gehört zweitelles im Rahmen des Strafrechts die Ausdehnung der richterlichen Befugnisse, namentlich in der Strafsumfassung, zu den grundlegenden Voraussetzungen einer gelungenen Strafrechtsreform. Der Kommissionsentwurf für das materielle Strafrecht ist denn auch hierin bis zur äußersten Konsequenz gegangen. Er gibt den Richter in den verschiedenartigsten Fällen strafbarer Handlungen die Möglichkeit, der Verhängung einer Strafe überhaupt abzusehen. Eine ausführliche Aufzählung der im Vertrag kommenden Tatbestände verbietet sich an dieser Stelle von selbst. Im wesentlichen fallen hierunter naturngemäß leichte Verstechen, so alle Übertretungen, die militärische Jugendlicher, aber auch füllige enthalbbarer Rechtscurium. Dieses weitgezogene Recht richterlicher Amkeit — wie man es vielleicht kurz bezeichnen könnte — findet sein Szenario in dem auf bestimmten Gebieten unbedenklichen Strafmilderungsrecht des Entwurfs. Es liegt auf der Hand, daß schon jetzt gegen diese hochbedeutsamen Neuerungen die Artikl der Berufsjuristen eingehen hat und es ist zu erwarten, daß nach der öffentlichen Bekanntmachung des Entwurfs und bei der späteren parlamentarischen Behandlung sich weitere Bedenken geltend machen werden. Im Interesse einer gelungenen Fortbildung der Rechtsprechung muß die Hörjung ausgesprochen werden, daß die Vorschläge des Entwurfs wenigstens grundsätzlich zum Gesetz erhoben werden mögen. Die Strafrechtskommission hat ihrerseits der Erwartung Ausdruck verliehen, daß je mehr in den erhöhten Nachbefugnissen ein dem Strafrecht gegebener hoher Vertrauensbemerk zu erkennen sei, um so intensiver die Rechtsprechung von dem Vertrauen des Volkes getragen sein werde.

Königliches Landgericht.

Leipzig, 21. Januar.

Wegen Beitrags verhandelte die vierte Strafkammer des Landgerichts gegen den Ingenieur Heinrich Riedel Sch. Der Angeklagte war mit einem Fräulein H. schluß zu müssen gekommen, daß er mit der Abfahrt umgehe, so sich zu betreuen. Fräulein H. hat dem Sch dann 125,- in ihrem Gepäck anvertraut, einen Kaufberat und ein Sparfassendbuch mit einer Einlage über 100,-. In der gegen Sch. gehörten Verhandlung konnte nicht festgestellt werden, daß der Angeklagte auf eine Heiratsanzeige ausgegangen sei, um so in den Besitz des Geldes und des Sparfassendbuchs zu bringen. Er behauptete, daß er den Gedanken erworben habe, Fräulein H. zu betreuen, aber er sei mit sich darüber nicht ins reine gekommen. Dagegen hielt es der Gerichtshof für unwahrscheinlich, daß Sch. mit dem Sparfassendbuch einen Betrug verübt habe; er tat nämlich, als er sich von der H. das Buch einkündigen ließ, mit dem Bemerk, er wolle es für sie aufbewahren, gleich von vornherein die Absicht gehabt, den Betrag abzubauen und das Geld in seinem eigenen Koffer zu verwenden, was er auch getan hat. Der Angeklagte Sch. wurde deswegen in sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Königliches Schöffengericht.

Leipzig, 21. Januar.

Auf Antrag des königlichen Kriegsministeriums ist gegen den Königlichen Generalingenieur Ferdinand Löjener, der früher in Görlitz ein Patent- und technisches Bureau hatte und jetzt in Bad Sachsa am Harz wohnt, in die Bekleidungskasseklage im Offiziersverfahren vor dem königlichen Schöffengericht erhoben worden, die heute zur Verhandlung kam. Es waren acht Zeugen dazu geladen, auch wohnte ihr ein Major vom Kriegsministerium bei. Die Angeklagten richteten sich gegen den Oberintendantenregister Riedel hier, dem Löjener in einer Eingabe, die er unter dem 4. März 1913 an den Kriegsminister von Haußen eingelangt hat, geradezu unglaubliche Vorwürfe macht. In dieser Eingabe beschuldigt Löjener den Oberintendanten Riedel des Vertrags militärischer Geheimnisse und landesverrätherischer Handlungen, er nennt ihn einen gewerbsmäßigen Etablisementen mit intendanten Weinen, der ihm gegenüber bestanden habe, die Zustände in der Korpsintendantur blieben noch hinter russischen Zuständen zurück. Riedel habe seine vorgezogenen Kameraden in der dritten Art und Weise in anonymen Schreiben herabgefechtet, um an ihre Stelle zu gelangen und sich vorzuteilen, zu verschaffen. Ganz speziell habe sich dieses Treiben Riedels gegen den Oberintendantenregister Lange gerichtet, den er unter einem Betrügen genannt habe, der Durchschlagreiter mit

den Lieferanten verübte. Weiter beschuldigt der Angeklagte den Oberintendanten Riedel, daß der selbe dem sozialdemokratischen Abgeordneten Kuhnen das Altenmaterial zu dessen am 11. Februar 1911 im Reichstag gehaltenen Rede über angebliche Missstände in der jüdischen Armee geleget habe. Und dann kommt Löjener mit seinen Beweisen. Er und Riedel seien Mitglieder eines religiös-philologischen Vereins gewesen und so miteinander bekannt geworden. Der Verein habe beweist die Hebung der arabischen Kult durch eine neue Körperschaft. Es sei aber weiter nichts gewesen als die Gründung von ein paar amerikanischen Charlatans, die ihren Augen dabei gefangen hätten. Riedel habe ihn zu seinen unfaulsten Zwecken denuzen wollen, habe von bodenlosen Jährlingen in den Leipziger und Dresden Korpsintendantur gesprochen. Die neue Kommandantur in Leipzig soll dem Staate eine Million an Miete seien 50.000 Mark ausgedehnt, der Oberintendant Lange habe mit dem Lieferanten A. unter einer Feste und werde von ihm geschmiert und noch vieles andere mehr. Riedel habe ihm auch verraten, daß das königliche Kriegsministerium unrechtmäßigweise aus Reichsmitteln, die für andere Zwecke bestimmt seien, einen logenartigen „Schwarzen Fonds“ im Betrage von 14 Millionen Mark angehäuft habe, aus dem Offiziere unterstützt würden, Unteroffiziere befähigt dagegen aus dem Kriegsbeutel nichts. Gerner existierte ein „Schwarzer Fonds“ für Drusereize und auch noch andere Einrichtungen, die das Volk zu scheuen hätten. Der Oberintendantenrat Stegmann habe diese Dinge einmal aufgedeckt, will, da habe er aber springen müssen. Riedel habe ihn, Löjener, dazu bestimmt verdeckt, ein Schreiben, das alle diese Zustände zur Kenntnis bringe, an das Kriegsministerium zu richten; das Schreiben sollte anonym eingestellt werden, den Entwurf dazu habe Riedel gemacht und ihm übergeben. Nach acht Tagen habe Riedel das Konzept neu aber wieder geholt, um angedeutet keine Frau davon erfahren habe. Ganz erstaunt sei er, Löjener, gewesen, als ihm Riedel eines Tages die Fäden des Abgeordneten Kuhnen gezeigt habe, die Rede sei vollständig aus dem Kopfe Riedels entsprungen gewesen.

Der Zeuge Riedel legte aus, daß er und Löjener in der Alzeygasse gegen den Ingenieur Heinrich Riedel habe sich aber mühelos gemacht und sei bald wieder ausgetreten. Er selbst habe nie über russische Zustände in der Militärverwaltung gesprochen, die Wendung müsse Löjener aus der Rede des Abgeordneten Kuhnen haben. Alle die Angiffe, die Löjener ihm in den Mund gelegt habe, seien nicht von ihm, die stünden aber in Kuhnen's Rede. Dagegen habe er sich aus dienstlichen Gründen veranlaßt gehalten, gegen die Übertragung der Lieferungen an R. einzutreten. — Der Reichstagsabgeordnete Kuhnen hat in seiner kriminellen Vernehmung ausgelöst, daß er das Material für seine Rede schon 1910 aus den verschiedenen Teilen des Reichs zugekauft bekommen habe. Riedel habe damit nichts zu tun. Der Kaufmann A. hat wiederholte mit Löjener über die Ungelegenheit sich unterhalten und Löjener hat ihm auch den Entwurf der Eingabe an das Kriegsministerium vorgelegt. Der Zeuge ist der Ansicht, daß Löjener in gutem Glauben gehandelt habe; mit der Abblendung der Eingabe habe A. nichts zu tun gehabt, auch nicht drauf hingewiekt. Riedel hat dem Zeugen A. gegenüber vor Jahren sich einmal in einer verlebendigen Form über den Rechnungsträger A. D. Müller, der damals sein Vorgesetzter war, ausgeschrieben. Ein als Zeuge vernommenen Bankbeamter befandete, daß Löjener einen leicht erregbaren, sehr nerösen Mann sei, dem die Folgen seines Handelns nicht immer klar seien. Der Oberintendant Lange bestätigte ganz entschieden, daß er sich von A. habe lämmern lassen, er habe auf die Verdächtigungen keinerlei bestimmenden Einfluß gehabt. Auch A. stellte in Abrede, in solcher Weise an Lange heran getreten zu sein. Auf Wunsch des Vertreters des Kriegsministeriums teilte der Vorsitzende des Gerichts mit, daß die von Löjener in seiner Eingabe genannten Ziffern über die Aufwendungen für die Kommandantur sehr stark übertrieben seien. Der Antrag der Verteidigung, die Verhandlung zu vertagen, um nach den Rechnungsträger Müller als Zeugen zu laden und den Angeklagten Löjener auf den Grad seiner Körnerität ärztlich untersuchen zu lassen, wurde abgelehnt. Ein Urteil gegen den Angeklagten Löjener hat das Schöffengericht nicht gefällt, es ist zu der Überzeugung gekommen, daß Löjener sich nicht nur der Beleidigung nach den §§ 185 und 187 des Strafgesetzbuchs schuldig gemacht habe, sondern daß auch der § 184, Erstattung einer wissenschaftlich falschen Anschuldigung bei einer Behörde in Frage komme. Da das Schöffengericht aber hier nicht zuständig ist, so wurde die Sache zur Verhandlung an das Landgericht überwiesen.

Nachrichten vom Cage.

Erstellt. Im Diaconissenhaus zu Augsburg erklärte der 43 Jahre alte Maurerpolier Georg Heuberger dadurch, daß ihm ein Stück seines künstlichen Gehäuses abtrat und im Schlund hängt blieb. Heuberger starb unter grausigen Schmerzen.

Ein sechsjähriger Brudermüder. In einem

Flecken bei der französischen Stadt Angoulême

wurden am Sonntag, so wird aus Paris berichtet, einige Jungen. Der sechsjährige Delavie wollte

mitspielen, sein zehnjähriger Bruder verhinderte ihn daran. Darauf ließ der Sechsjährige in das Haus seiner Eltern, bewaffnete sich mit einem großen Messer, stürzte sich auf seinen älteren Bruder und verletzte ihm mehrere heftige Messerstiche, die den zehnjährigen Jungen tödlich verwundeten.

Schadensersatzklage eines Tangolehers gegen den Bischof von Paris. Die katholischen Biwoche in Frankreich haben, wie berichtet, einen Sammelstrahl gegen den Tango erlassen. Auch die protestantischen Bischöfe und Pastoren sowie die Rabbiner in Frankreich haben sich diesem Feldzuge gegen den Tango angeschlossen und ihren Gläubigen den Tango verboten. Nunmehr hat einer Meldeung der „S.“ ein französisches Langmeister und Tangoprofessor Stéphane gegen den Bischof von Paris eine Schadensersatzklage von 100.000 Francs eingereicht. Der Tanzlehrer erachtet sich durch das Verbot des Tango in seinem Erwerbe empfindlich geschädigt. Die Zahl der Paare, die sich bei dem Tango zu den verschiedenen Familienjubiläen vorbereiten, werde immer geringer, und dadurch gedehe ein großer Gewinn verloren. Wenn das so weiter gehe, müsse er bald seine Tanzschule schließen.

Leipziger Vereinoleden.

* Am Sonntag nachmittag liest der Alz. Turnverein 2. Schießclub für seine Freuden- und Weihnachtsfeier eine in allen Teilen wohlgelegene Weihnachtsfeierrede an. Allgemeiner Sang des „Stille Nacht, heilige Nacht“ erinnerte die Freunde. Rostock unter der Leitung des 2. Turnvereins G. Schramm ein Weihnachtsspiel von ca. 50 Minuten begeisterte beide Turnen. Die verfeindeten Preisrichterlegionen in nicht eisiger Weise. Es folgten dann ca. 50 Minuten unter Zwischenrufe, welche ebenfalls recht geschickte Freilieder vorführten. Eine Abteilung älterer Frauen sangen das Lied „Viele Freude“, und eine für die frische Seele anreisende Blechbläsergruppe unter Leitung eines jungen Mannes brachte die „Liederkranz“ von Schubert auf den Platz. Eine Gruppe älterer Schönheiten präsentierte mit Reigen, welche über jeden Besucher gut aussah. Im Akteure bestand, doch die Abteilungen erfreuten sich ihrerseits. Am Ende der Feier wurde eine Weihnachtsfeierrede von dem Vorsitzenden des 1. Turnvereins St. Marien ausgesprochen, welche die 120 Kinder sehr gut, welche große Freude entlockte. Ein großes Weihnachtsfest im Schlesischen Park beschloß die weihnachtliche Feier.

* Wanderversammlung, e. B. Wanderrungen am 24. und 25. Januar 1914. 24. Jan., abends 9 Uhr, Borsig'scher Bahnhof, nach Schkeuditz. Jüher Platz und Gasse. 25. Jan., 10 Uhr ab Schkeuditz nach Borsig. Jüher Platz. 25. Jan., 10 Uhr ab Görlitz Bahnhof, Abfahrt 8.15, nach Görlitz. Jüher Platz und Gasse. 25. Jan., 10 Uhr ab Kreisbahnhof, Görlitz „A“, nach Schkeuditz. Jüher Platz.

Aus Leipziger Innungen.

* Barber und Friseur: St. Georgs-Zimmer. Die Innung steht am 16. d. M. ihrer ersten dreijährigen Dienstmeisterzeit in Geschäftsräumen „Reinagle“. Geschäftsführer ist der 1. Vorsitzende der Innung, Dr. Kuhnen. Der 2. Vorsitzende G. Schramm ist seit 1910 bestellt. Der 3. Vorsitzende ist der 1. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 4. Vorsitzende ist der 2. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Die Innung besteht aus 120 Mitgliedern, davon sind 100 Männer und 20 Frauen. Der 1. Vorsitzende ist der 1. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 2. Vorsitzende ist der 2. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 3. Vorsitzende ist der 3. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 4. Vorsitzende ist der 4. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 5. Vorsitzende ist der 5. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 6. Vorsitzende ist der 6. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 7. Vorsitzende ist der 7. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 8. Vorsitzende ist der 8. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 9. Vorsitzende ist der 9. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 10. Vorsitzende ist der 10. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 11. Vorsitzende ist der 11. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 12. Vorsitzende ist der 12. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 13. Vorsitzende ist der 13. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 14. Vorsitzende ist der 14. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 15. Vorsitzende ist der 15. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 16. Vorsitzende ist der 16. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 17. Vorsitzende ist der 17. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 18. Vorsitzende ist der 18. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 19. Vorsitzende ist der 19. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 20. Vorsitzende ist der 20. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 21. Vorsitzende ist der 21. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 22. Vorsitzende ist der 22. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 23. Vorsitzende ist der 23. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 24. Vorsitzende ist der 24. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 25. Vorsitzende ist der 25. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 26. Vorsitzende ist der 26. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 27. Vorsitzende ist der 27. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 28. Vorsitzende ist der 28. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 29. Vorsitzende ist der 29. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 30. Vorsitzende ist der 30. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 31. Vorsitzende ist der 31. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 32. Vorsitzende ist der 32. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 33. Vorsitzende ist der 33. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 34. Vorsitzende ist der 34. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 35. Vorsitzende ist der 35. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 36. Vorsitzende ist der 36. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 37. Vorsitzende ist der 37. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 38. Vorsitzende ist der 38. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 39. Vorsitzende ist der 39. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 40. Vorsitzende ist der 40. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 41. Vorsitzende ist der 41. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 42. Vorsitzende ist der 42. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 43. Vorsitzende ist der 43. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 44. Vorsitzende ist der 44. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 45. Vorsitzende ist der 45. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 46. Vorsitzende ist der 46. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 47. Vorsitzende ist der 47. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 48. Vorsitzende ist der 48. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 49. Vorsitzende ist der 49. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 50. Vorsitzende ist der 50. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 51. Vorsitzende ist der 51. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 52. Vorsitzende ist der 52. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 53. Vorsitzende ist der 53. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 54. Vorsitzende ist der 54. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 55. Vorsitzende ist der 55. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 56. Vorsitzende ist der 56. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 57. Vorsitzende ist der 57. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 58. Vorsitzende ist der 58. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 59. Vorsitzende ist der 59. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 60. Vorsitzende ist der 60. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 61. Vorsitzende ist der 61. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 62. Vorsitzende ist der 62. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 63. Vorsitzende ist der 63. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 64. Vorsitzende ist der 64. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 65. Vorsitzende ist der 65. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 66. Vorsitzende ist der 66. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 67. Vorsitzende ist der 67. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 68. Vorsitzende ist der 68. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 69. Vorsitzende ist der 69. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 70. Vorsitzende ist der 70. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 71. Vorsitzende ist der 71. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 72. Vorsitzende ist der 72. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 73. Vorsitzende ist der 73. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 74. Vorsitzende ist der 74. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 75. Vorsitzende ist der 75. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 76. Vorsitzende ist der 76. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 77. Vorsitzende ist der 77. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 78. Vorsitzende ist der 78. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 79. Vorsitzende ist der 79. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 80. Vorsitzende ist der 80. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 81. Vorsitzende ist der 81. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 82. Vorsitzende ist der 82. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 83. Vorsitzende ist der 83. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 84. Vorsitzende ist der 84. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 85. Vorsitzende ist der 85. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 86. Vorsitzende ist der 86. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 87. Vorsitzende ist der 87. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 88. Vorsitzende ist der 88. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 89. Vorsitzende ist der 89. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 90. Vorsitzende ist der 90. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 91. Vorsitzende ist der 91. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 92. Vorsitzende ist der 92. Vorsitzende des 2. Turnvereins G. Schramm. Der 93. Vorsitzende ist der 93. Vorsitzende des 1. Turnvereins St. Marien. Der 94. Vorsitzende ist der 94. Vorsitzende des 2

Deutscher Reichstag.**Stimmungsbild.**

○ Berlin, 21. Januar.

Im Reichstage beginnt allmählich jener Zustand, den man nach einem Wort Eugen Richters „injektio[n] Gleichgewichtszustand“ zu nennen pflegt. Man ist angeblich noch immer beim Kapitel „Gehalt des Staatssekretärs des Innern“. Tatsächlich aber kämpft man den, doch wie oft schon gelömpften Kampf um Schuhzoll und Freihandel, in dem es bislang keine Einigung gegeben hat und nie geben wird, weil es sich ja um Zweckmäßigkeitssachen handelt, die man nach Zeit und Ort verschieden zu werten haben wird. Ganz abgesehen davon, daß die Meinungen der Interessenten sich hier immer scheiden werden. Die heutige Unterhandlung wurde in der Hauptstadt von zweien bestreitet. Von dem bayerischen Kommissario Weißböck, der zum mindesten den bündigen Beweis erbracht, daß man jenseits des Main genau so handelsmäßig sein kann, wie in Ostbayern, und von Herrn Gotheim, der, im einzelnen sehr gründlich, aber darum nicht gerade kurzweilig, sein bestäniges Programm entwickelte. Vom Regierungskomitee, an dem man heute zeitweilig auch den von schwerer Krankheit geneigten Reichsbankpräsidenten haveneisen teilnahm, griff Ministerialdirektor Müller zweimal in die Erörterung ein. Einmal, indem er die agramatischen Aegte, daß eine Mindestratung des Seuchenschutzes eintreten könnte, zu zerstreuen suchte, das andere Mal mit dem gegen Herrn Gotheim gerichteten statlichen Nachweis, daß unter der Herrschaft des gegenwärtigen Zollsystems auch die verarbeitende Industrie sich fröhlig entwickelt hätte. Gegen Schluss des, wie man sieht, nicht sehr gewinnreichen Nachmittags, sprach Herr Dr. Otto Arendt, der bald der einzige Vertreter seiner Partei im Reichstage sein wird.

Sitzungsbericht.

Am Bundesratssitz: Dr. Deiblück, Richter, Dr. Caspar. Präsident Dr. Raempf eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr und stellt mit, daß der Abg. v. Liebert (Rpt.) sein Mandat nicht gelegt hat.

Hierauf wird die zweite Beratung des

Reichsrats des Innern

fortgesetzt. (Wiederer Tag.)

Beider liegen hierzu neue Resolutionen vor.

Abg. Weilnöök (Rpt.): Wir erkennen gern an, daß der Staatssekretär sich gestern zu unserer Wirtschaftspolitik und dem damit un trennbar verbundenen Einflussreichthum befannt hat. Wenn er namens der Reichsleitung gelegt hat, an dem Schutz der nationalen Arbeit gründlich und unabdinglich mindestens in dem bisherigen Umfang festzuhalten, so findet die Reichsleitung unsere volle Unterstützung. Wir hoffen, daß die Regierung an dem bisherigen Seuchenschutz festhalten wird. Mit dem Staatssekretär halten wir eine Verbindung des Zolltarifs, wie sie sich aus unserer wirtschaftlichen Entwicklung ergibt, für notwendig. Gleichwohl erheben wir keinen Einspruch gegen die Abschaffung von der Vorlegung einer Zolltarifsonder- und von der Rundung der Handelsverträge abzusehen. Sollten aber besondere Umstände eintreten, so müßten wir eine detaillierte Abstimmung ins Auge fassen. Die niedrigen Betriebspreise erfüllen wendes Bauernhabs mit großer Sorge. Die fortwährend gestiegenen Kosten, die er-

höhten Löhne, die Mehrausgaben auf allen Gebieten belasten den kleinen und mittleren Betrieb ganz besonders. In Südw. und Mitteldeutschland beeinträchtigt ganz besonders der Sturz der Braugewerbe preise. Am besten wäre es, wenn überhaupt kein Unterschied in der Vergütung bei Getreide eintrüte, sondern, wie es die bayerische Kammer verlangt, vielmehr eine Vergütung stattfindet für die nicht zu Braugewerbe verwendete Getreide. Besonders Schuh verlangt der Hopfenbau, da dieser ungünstigen Witterungsverhältnissen besonders ausgesetzt ist. Obst und Gemüse müssen durch erhöhte Zoll geschützt werden, nicht um die Produkte zu verteuern, sondern um unsere heimischen Erzeugnisse nicht zu entwerteten. Unsere ganze Wirtschaftspolitik hat, das muß jeder anerkennen, niemals einen größeren Aufschwung genommen als zur Zeit des Schwunges, von dem nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch besonders die Arbeiterschaft Nutzen gehabt hat. Wie werden erhalten an unserer Wirtschaftspolitik zur Größe unseres Vaterlandes. (Deiblücke Beifall.)

Ministerialdirektor Müller: Ich kann namens der Regierung erklären, daß wir an dem Seuchen- schutz wie bisher festhalten werden. (Brau! rechts.) Ein Gesetz zum Schutz des Blumen- handels ist in Vorbereitung. Bei dem Getreidezoll ist zu Ausland autonom. Auf rechtlichen Wege ist da zugunsten unseres jetzt Abschluß der Verträge erheblich gewachsene Getreideexport nichts zu erreichen. Die Erhöhung der russischen Eisenbahnzölle hat unseren Holzhandel schwer geschädigt. Die Tarife bestehen aber auch für den innerstaatlichen Verkehr, und so ist nichts zu machen. Es wird vielleicht gelingen über rigorose Handhabung den französischen Zolltarifs. Die französische Regierung hat aber zuviel, bis zu einer bevorstehenden endgültigen Regelung die französischen Bestimmungen anzusehen.

Abg. Gotheim (Richter, Rpt.): Es ist nicht notwendig, daß der Staatssekretär meinte, eine Pause in unserer Sozialpolitik einzuleiten. Wenn wir warten wollen, bis untere Bureaucratie es leidet, es verhindert, daß dann wird noch lange Zeit verstreichen. Es ist eine Unbilligkeit, daß bei der Verhinderung die Selbstverwaltung durch die Bureaucratie erleidet werden ist. Bei der Umwandlung von Oststaaten in Landeskonsortien tritt häufig eine große Militärzuteile. Der sozialdemokratische Resolution betreffend die Sonntagsruhe in der Binnenschiffahrt stimmen wir zu. Die Zahlen, die der Staatssekretär gestern hier vorgebracht hat, um den Aufschwung unseres Handels zu beweisen, belogen nichts. Unter großer wirtschaftlicher Aufschwung ist nicht auf die Schuhzolltarif zurückzuführen, sondern vielmehr auf die unangestrebten Fortschritte der Technik und Missionsarbeit, insbesondere der angewandten Naturwissenschaften. Auf die freihändlerischen Länder haben den gleichen Einfluß genommen. Der heilige Antonius Kant würde sich bei dieser Logik der Regierung im Grabe umdrehen, wenn er noch gelebt. (Schallende Heiterkeit.) Die Junktme unserer Exports entfällt zum überwiegenden Teil auch landwirtschaftliche Produkte. Je feiner die Produktion, desto geringer der Export. Das sind die Wirkungen der Schuhzolle und der Kartelle, die Kreislinie unserer bewährten Zolltarifpolitik. Die Ausfuhr der Rohstoffe, der Halbfabrikate und der Produktionsmittel (Maschinen) ist gefordert worden, die der Zolltarif ist aber in jeder Hinsicht unterbunden worden. Damit werden die Geschäfte des Auslands belastet, wenn wir die Halbfabrikate ins Ausland verschleppen, die Industriezeugnisse aber nicht absetzen können. Wenn gesagt wird, die deutsche Landwirtschaft werde alsbald Deutschland selber ernähren können, so ist das unverständlich angelehnzt der Tatsache, daß seit Beenden des Einjahreheinkriegs des Import von Nahrungsmitteln erheblich zugenommen hat. Tatsache ist, daß infolge des Einjahreheinkriegs nur in den östlichen Provinzen eine Vermehrung der Anbausfläche eingetreten ist, die zum Teil durch Umwandlung guter Weizen in Getreidefelder erfolgt ist. Schon als die Einjahreheinkriegs eingeführt werden sollten, wurden Bedenken laut, daß viel mehr ausgeführt als ausgeführt werden könnte. (Hört! hört! links.) Durch das jetzige System wird die Reichsregierung schwer geschädigt. Da sollte doch der Reichssekretär ein ernstes Wort mitreden. Das jetzt geltende Einjahreheinkriegs ist nichts weiter als eine Ausquartierung. Wir wollen das System an und für sich nicht aufgeben, da es notwendig ist unsere östlichen Provinzen ist. Aber man sollte ja dem Junktme von 1894 zurückkehren. Im Osten wird der Roggen, der mag für den menschlichen Körper verbraucht wird, als Viehfutter benötigt. Eine Verbilligung der Futtermittel sollte auch war, aber eine Rückvergütung für Futterpreise, wie sie der Abg. Höhne wollte, ist aus praktischen Gründen undurchführbar. Durch das Abkommen der großen Güter, wie es besonders die Fideliforme antreibt, wird das platten Land entwölft und die Verteidigungskraft in den Grenzbezirken gelähmt. Was von Seiten Preußens für die innere Kolonisation geschieht, ist minimal. So sehr ich für die Selbstständigkeit der Bundesstaaten eintrate, würde ich angelehnzt des sogenannten Vertrages Preußens die innere Kolonisation durch das Reich befürworten. Wir sind für eine schrittweise Herabsetzung der Zölle. Will man den Landarbeiter helfen, so muß man die veraltete rottende Gelehrteordnung befreien und ihnen das Koalitionsrecht geben. Nicht so, wie Dr. Höhne es verlangt, als er gleich einer Springprojektion einen Schritt vorwärts und zwei Schritte zurück macht. (Sehr gut!) Die Annahme, daß die Antworten des Bundesrats auf die Resolutionen des Reichstags an die Budgetkommission verwiesen werden, kann uns recht sein. Über nach den Erklärungen des Reichstagsleiters im Herrenhaus haben wir nur wenig Hoffnung und Erwartung. Wir werden ja angelehnzt eine sehr gemäßigte Gesellschaft. Wir sind aber auch eine sehr gemäßigte Gesellschaft. (Heiterkeit.) Wir vertreten, was das Volk verlangt, und das ist eine Politik im Innern, wie sie dem Volk entspricht. (Beifall.)

Ministerialdirektor Müller: Der Abg. Gotheim bemängelt, daß bei der Beurteilung des Aufschwungs unserer Wirtschaftspolitik natürliche Faktoren übersehen werden seien. Er meinte, daß die derzeitige Zoll- und Handelspolitik es uns erschwert hätte, unsere Industriezeugnisse im Auslande unterzubringen. Das trifft nicht zu; im Gegenteil, unsere Fertigindustrie hat unter den logenmannen Böhmischen Vertragsabschlüssen einen sehr wesentlichen Aufschwung genommen. Die Statistik beweist, daß beide Zweige der Fertigindustrie eine erhebliche Exportzunahme erzielt haben, wenn diese auch naturgemäß hinter dem Rekordjahr 1907 zurückbleibt. Dabei ist festzustellen, daß die von der Industrie angegebenen Zahlen durchaus das Richtige treffen.

Abg. Dr. Wendt (Reichsp.): Was dem Zolltarif und dem Schuhzoll überhaupt vorausgelegt werden ist, der Ruin der deutschen Industrie, ist nicht einzusehen. Im Gegenteil, ein solcher Zolltarif schwächt die Industrie nicht zu verschaffen, sondern nicht nur der Stoßgrundbesitz, sondern das Volk profitiert hat. Die Gewerkschaften haben eine rechte Tarif-nation, die der Abg. Gotheim eine rechte Tarif-nation, haben die Interessen der Landwirtschaft nicht genügend gewahrt. Was die Erklärung des Staatssekretärs anlangt darüber, daß eine Kündigung der Handelsverträge nicht erfolgen solle, so weiß ich nicht, ob es diplomatisch war, das Ausland jetzt schon in die Karten legen zu lassen. (Sehr gut! rechts.) Nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Industrie hat manche Wünsche hinsichtlich des Zolltarifs. Unsere Wirtschaftspolitik muß immer bedenken, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf Gedächtnis und Verderb miteinander verbunden sind. Die Arbeiter sollten einsehen, daß Kampforganisationen keinen Wert mehr haben, da ihre Organisationen die Organisierung der Arbeitgeber hervorgerufen haben. Wir hoffen, daß hinsichtlich der Versicherung die Altersgrenze bald auf 65 Jahre herabgesetzt wird. (Brau! rechts.) Wir hätten auch gewünscht, daß die Dienstboten nicht in die Krankenversicherung einbezogen würden, und nur mit schwerem Herzen sind wir dem Kompromiß beigegetreten. Die große Möglichkeit der Errichtung von Landkrankenanstalten war nötig, um die Bureaukratie der Ortskrankenanstalten einzuschränken. Der städtische Grundbesitz befindet sich zurzeit in einer großen Krise, besonders durch die Steigerung des Zinses. Wir begrüßen heute hier den Präsidenten der Reichsbank, dessen erfolgreiche Tätigkeit wir anerkennen. (Brau!) Eine Änderung des Zinses ist durchaus notwendig im Interesse unserer Wirtschaftslebens. Ein so hoher Zinssatz, wie wir ihn im letzten Jahre hatten, war nur zu ertragen im Hinblick auf drohende kriegerische Ereignisse. Zu begrüßen ist jedoch, daß die Reichsbank nicht mehr so abhängig vom ausländischen Geldmarkt ist wie in früheren Jahren. Dankens- und nachahmenswert ist das



Étwas Besonderes

bieten wir heute, morgen u. Sonnabend
in den Abteilungen **Damen-Konfektion, Seidenstoffe,
Kleiderstoffe, Kinderwäsche, Teppiche, Schuhwaren.**

LEBENSMITTEL

zu billigen
Preisen

Seefische lebend-frisch!!

Bratschelfisch	Pfd. 0.20
Seewillisch, Portions	Pfd. 0.23
Scheiwillisch, mittel	Pfd. 0.26 0.30
Scheiwillisch, ohne Kopf	Pfd. 0.38 0.42
Kabilla, ohne Kopf	Pfd. 0.24 0.28
Seelachs, ohne Kopf	Pfd. 0.22 0.25
Seaaal, ohne Kopf	Pfd. 0.20 0.23
Goldbarsch, ohne Kopf	Pfd. 0.28
Schollen	Pfd. 0.30 0.42
Rotspringen	Pfd. 0.20

Fisch-Konserven

Russ. Sardinen	Glas 0.28
Anekoris	Glas 0.28
Delikatesseheringe	Dose 0.55 0.90
Filetheringe	Idee 0.68
Ostseeheringe	Dose 0.58
Ostseebratheringe	Dose 0.80
Räucherheringe, in Stücken	Pfd. 0.75
sprottbüchlinge	Kiste 0.55 0.95

Backobst

Mischobst	Pfd. 0.35
Serbische Pflaumen	Pfd. 0.25 0.30
Californ. Pflaumen	Pfd. 0.45 0.58
Pflaumen ohne Stein	Pfd. 0.48
Böhmis. Birnen	Pfd. 0.25
Californ. Birnen	Pfd. 0.60 0.75
Californ. Aprikosen	Pfd. 0.60 0.75
Californ. Pfirsiche	Pfd. 0.48 0.55
Kirschen	Pfd. 0.35 0.55
Ringspel	Pfd. 0.55 0.70

Südfrüchte

Valencia-Apfelsinen	10 Stck. 0.35 0.45 0.55 0.65
Murecia-Blut-Apfelsinen	10 Stck. 0.55 0.75
Paterno-Bla-Bla-Apfelsinen	10 Stck. 0.45 0.60 0.75 1.00
Mandarinen	Pfd. 0.25 0.30
Zitronen	10 Stck. 0.35 0.45 0.55

Kolonialwaren

Tafelkreis	Pfd. 0.18 0.22
Neue Linsen	Pfd. 0.18 0.24
Weiß-Bohnen	Pfd. 0.17
Grüne Erbsen	Pfd. 0.17
Gelbe Erbsen	Pfd. 0.18 0.22
Granaten	Pfd. 0.18
Gebr. Kaffee	Pfd. 1.18 1.30
Malz-Kaffee	Pfd. 0.17
Gebr. Gerste	Pfd. 0.13
Gemahl. Zucker	Pfd. 0.19

Weine

Malhamerer Langwedel	Fl. 0.70
Samon Inselwein	Fl. 0.78
Blutroter Süsswein	Fl. 0.78
1911 Bischofsteiner	Fl. 0.50
1911 Elektr. Steiner	Fl. 0.90
Montagne</td	

Vorgetragen Preußen bei der Ausgabe der neuen Sachsenreiche. Wollen wir vorauskommen in unserer Wirtschaftspolitik, so müssen wir festhalten an dem Schuh der nationalen Arbeit im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. (Beifall.) Daraus wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr erfolgen. Schluss nach 1/2 Uhr.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Stimmungsbild.

Die Mittwochssitzung der Ersten Kammer erhielt durch die feierliche Verpflichtung des Kronprinzen Georg ihren besonderen Charakter. Die zu beratenden Themen standen ohne Debatte einstimmig Annahme. — Weniger rasch fanden die Beratungen der Zweiten Kammer ein Ende. Die Anträge der bürgerlichen Parteien auf Reform des Beamtenrechts, die auf der Tagesordnung standen, hatten eine große Zahl von Abstimmungen auf die Galerien gebracht. Ein Beweis für das Interesse, das die Oberschicht an dieser Angelegenheit nimmt. Abg. Dr. Schanz begründete den Antrag der konservativen Fraktion damit, daß das heutige Staatsdienstrechte zerplattet und veraltet sei; er wies das an einer Reihe von Einzelheiten nach. Den Höhepunkt der Unsprüche bildeten die von großer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bedeutung getragenen Ausführungen des Abg. Dr. Seifert zur Begründung des national-liberalen Antrags. Bekanntlich hat gerade die nationalliberale Fraktion auf diesem Gebiete außerordentlich rege gearbeitet und einen besonderen Ausschluß zu erstrebenden Verbesserungen in einer Anzahl ihrer umstrittenen Verteilung zum Ausdruck gebracht.

Der jortschriftliche Abgeordnete Günther konnte zwar für seine Partei den Anspruch machen, daß sie diese Frage ausgerollt habe, mußte sich aber doch in seiner Rede auf Einzelheiten befrüchten. Die Regierung, für die nicht weniger als drei Minister das Wort ergriffen, sprachen vergeblich viel, um zu verhindern, man hörte aus allem nur das "Nein", wenn es auch in die Formel gebracht wurde, daß die Regierung zuerst ein dringendes Bedürfnis zu einer Reform des Beamtenrechts nicht anzuerkennen vermöge.

Abg. Dr. Seifert traf ins Schwarze, als er in seinem Schlusshilfe stellte, daß der einzige Punkt, wo die Regierung wirklich Entgegenkommen gegen die Anträge gezeigt hat, die Einführung einer neuen Strafe betreffe. Die Rede des Sozialdemokraten Richter dauerte eine Stunde.

Sitzungsbericht.

29. öffentliche Sitzung.

P. Dresden, 21. Januar.

Präsident Dr. Vogel eröffnete die Sitzung des nicht statt befindenden Hauses um 2 Uhr 30 Min. Am Anfang standen die Abgeordneten gegen die Anträge der zweiten Kammer.

Am Regierungssitz: Die Minister Graf Bischum u. Schäfer, Dr. Beck und Dr. Nagel mit Kommissaren, später auch Minister v. Seidenwitz.

Auf der Tagesordnung stehen die drei

Anträge betr. Reform des Beamtenrechts,

drei Beratungen gemeinsam stattfinden.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, noch in der gegenwärtigen Session den Ständen einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach eine einheitliche, den veränderten Verhältnissen entsprechende Neuordnung des gesamten Beamtenrechts für Staat und Gemeinden herbeigeführt wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Minister Graf Bischum u. Schäfer eine Erklärung ab, des Inhalts, daß er gegenüber den Behauptungen des Abg. Dr. Böhme in der Sitzung vom 18. Dezember den Amtshauptmann von Böhmen durchaus in Schlag nehmen müsse. Im übrigen berichte er sich auf die gestern von ihm in der Ersten Kammer abgelegten Erklärungen.

Zur Begründung des konservativen Antrags erläutert das Wort.

Abg. Dr. Schanz (Kons.), der darauf hinzuweist, daß der gleiche Antrag bereits in der vorigen Session gestellt worden sei, so daß er sich in der Hauptrede damals auf die von ihm genannten Ausführungen beziehen könne. Das heutige Beamtenrecht beruhe auf dem Staatsdienstgesetz von 1826, wogegen allein seit 1872 dazu 15 Einzelgesetze mit Änderungen ergangen seien, so daß eine Zusammenfassung und Modernisierung des Rechts scham im Interesse der Beamten geboten sei. Mit einem Bundesstaaten und dem Kaiser möglicherweise nicht mehr zusammen. Das zu schaffende Gesetz dürfe nicht zu eng sein, sondern müsse einer weiteren Entwicklung möglichst freies Spektrum bieten. Auf Einzelheiten eingehend, bittet er, das neue Gesetz nicht "Staatsdienstgesetz", sondern "Staatsbeamtenrecht" zu nennen, und darin auch auf die Gliederung der Beamten in Ober-, Mittel- und Unterbeamte Rücksicht nehmen. Die Würdigung der Beamten könne und müsse darum durchaus gleichmäßig sein. Die Stellung der Beamten müsse im neuen Gesetz eine klare und verständliche Darstellung erhalten. Wünschenswert sei auch, daß die Beamten möglichst bald einander angestellt und dem Vorberichtigungsdienst besondere Interesse im Gesetz entgegengebracht würde. Die Akademiker müßten ebenfalls ausgebildet werden, und die Praktiker müßten auch eine theoretische Ausbildung erhalten. Der Historiker sei kein Ideal, aber schwer aus der Welt zu schaffen, müsse jedoch möglichst beinhaltet werden. Die Praktiker dürften nicht in ein so spätes Lebensalter gelegt werden, wie jetzt, sondern müßten während der Ausbildungsjahr abgelegt werden können. Redner schließt mit dem Antrag, sämtliche Anträge an die Berichts- und Petitionsdeputation zu überweisen.

Abg. Dr. Seifert (Ratl.): In kaum einer Frage habe eine solche Einigkeit in der Kammer geheerrscht, wie in der Frage der Neugestaltung des Beamtenrechts. Die Nationalliberalen wünschen keine vom Vorredner aufgestellte Forderung, die sie nicht unterstützen könnten. Wir sitzen unter einer sozialrevolutionären Beamtung ungeliebt ge-

stanten Staatslebens, immer mehr menge sich der Staat in die freie Konkurrenz ein. Auch in der sozialen Gesellschaft habe sich ein ungeheure Beamtenapparat zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeschlagen, so daß endlich einmal erwogen werden müsse, wie man diesen Apparat einschränken könne. Es sei unvermeidlich, daß die Beamten unter einem gewissen Schema ständen und so etwas einfestigt werden, es werde aber auch immer schärfer, die berechtigten Wünsche der Beamten bei der Überfülle an Personal durchzusetzen. Trotzdem wolle seine Fraktion gern einer Vereinigung der Erfolgsordnung, der Schaffung besserer Aufzugsordnungen und weiterer Ausbildungsmöglichkeiten zustimmen. Man müsse dem Beamten die Mitarbeit am Ganzen ermöglichen. Mit besonderer Freude habe er, Redner, deshalb gelesen, daß im Stadtmuseum technischen Beamten breiter Raum gegeben sei. Man dürfe den Beamten nicht an der Entwicklung seiner Kräfte hindern und müsse ihm Gelegenheit geben, die Früchte seiner Tätigkeit zu genießen. Man müsse den Beamten selbstständiger machen. Wenn vom Regierungssitz gezeigt worden sei, in manchen Beamtenstellungen stelle sich die Konkurrenz der Gewissensbisse gewissermaßen von selbst ein, dann brauche doch wenigstens nicht unzulänglich nachgeholfen werden. Auch dürfe den Beamten die politische Beteiligung und die Annahme öffentlicher Amtser nicht verwehrt oder auch nur erschwert werden. Sozialistische Beteiligung sei natürlich ausgeschlossen. (Widerspruch bei den Soz.) Die Regierung möge sich den Wünschen der Beamten nicht verschließen und den heute gestellten Anträgen eine freundliche entgegenkommende Aufnahme bereiten.

Abg. Günther (Ratl.): Die Neuregelung des Beamtenrechts sei durch einen Antrag seiner Fraktion vom 8. Dezember 1913 in Gang gebracht worden und habe allgemein freundliche Aufnahme gefunden.

Er möchte nur wünschen, daß auch andere Anträge

der Fraktion, wie z. B. der auf Reform der Ersten Kammer, gleichermaßen eingegangen kommen. Einmal schon habe sich die Kammer mit der Beamtenfrage beschäftigt und der Regierung Wege und Ziele gezeigt. Redner geht deshalb auf die Verhandlungen der zweiten Kammer von vorheriger Sesson ein. Die Dreiteilung der Beamten sei damals teils gebilligt, teils beanholt worden. Redner sieht eine Verordnung des Justizministers vom 8. Dezember 1913 bestreitend Beurteilung der Expedienten und erklärt dies mit dieser Tendenz einanderstand. Er bedauert aber, daß immer wieder das Einjährigen-Zeugnis als Voraussetzung für die Erlangung höherer Stellen gelten solle.

Das sei eine nicht zu billige Herabsetzung der Volksbildung. Das aus China kommende Bezeichnungswesen habe sich in unserem Lande so ausgebreitet, wie nirgends anderswo.

Seine Freunde wünschen seine Rosette zum Beamtenzeuge, sondern eine organische, grundsätzliche Neuregelung, und sie bitten um klare Antwort, wie sich die Regierung dazu stellt. Die öffentliche Beteiligung der Beamten sei schon aus dem Grunde nötig, damit der Beamte in die nötigen Wechselseitigkeiten zur Bevölkerung trete und vor Einigkeitlichkeit bewahrt bleibe. Das Amtswort des Ministers im letzten Landtage habe nicht befriedigen können. Damals seien die Anträge in der Kammer einstimmig angenommen worden. Wenn es zu einer Neuordnung des Beamtenrechts kommen sollte, dann müßten unbedingt auch die Vorrichtungen über Disziplinarstrafen geändert werden. Im gewissen Sinne könnte das preußische Gesetz zum Muster dienen. Auch in Bayern seien die Bestimmungen förmlichlicher als in Sachsen, wie ein Vergleich der Immanenzsätze zeige. Auch in dem Gesetz über die richterlichen Beamten von 1890 jähren sich Bestimmungen, die mit dem modernen Geiste in Widerspruch ständen. So sei z. B. die Bestimmung nach allen Himmelsrichtungen dehnbar, wonach ein Richter ohne seine Zustimmung nur dann verfehlt werden könne, wenn er durch sein Verhalten gegen die Würde und das Ansehen seines Amtes verfehlt habe. Er, Günther, traue zwar dem jetzigen Justizminister nicht zu, daß er diese Bestimmungen illegal auslegen werde, aber ein Geist solle Garantien geben gegen alle Fälle. Im Disziplinarverfahren müsse die Wiederaufnahme zulässig sein. Auch der pünktlichere Beamte sollte einmal mit Dienstvorschriften konfrontiert kommen. Schon aus diesem Grunde sei es notwendig, umfassende Rechtsgarantien zu schaffen, ebenso wie allen Beamten eine ausreichende Bezahlung.

Nur so könne ein Fundament gelegt werden, auf das der Beamte vertrauen könne.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Berichtigung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der nationalliberale Antrag lautet:

Die Regierung zu erlauben, durch Verlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundlegenden Neuordnung zu unterziehen.

Der konservative Antrag lautet:

Sitzung der Stadtverordneten.

* Leipzig, 22. Januar.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten war nicht sehr lang, aber recht interessant. Der erste Punkt, bei dem es zu einer kleinen Debatte kam, betraf die Beschaffung von Mitteln für Schulbauten. Wir haben in der gestrigen Abendmutter über die Haushaltungsabschöpfung ausführlich berichtet. Wie der Berichterstatter des Finanzausschusses Büroratsleiter Tobias am mittleren, sollte die Vorlage erst nachdrücklich behandelt werden, aber im Ausdruck war man der Ansicht, daß die Bürgerschaft ein Recht habe, über solche wichtige Finanzangelegenheiten sich zu unterrichten, und so erfolgte die öffentliche Beratung. Unseren Standpunkt zur Sache selbst haben wir schon gestern dargelegt. Dann gab es eine Aussprache zu den beiden Eingaben, die da bezeichneten, ein Verbot des Verkaufs des "Berliner Tageblatts" in den südlichen Zeitungsverkaufsständen und auf den Straßen herabzuführen. Wie das letztere angefangen ist in der Gewerbeordnung gehäufteten Gewerbebetrieb herbeigeführt werden soll, wissen wir nicht. Die Petitionen dachten wahrscheinlich: wenn schon, dann schon. Aber davon und von manchem andern völlig abgesehen — man meinte doch nicht den vorliegenden Antrag, die in einigen Artikeln des "Berliner Tageblatts" zu finnen waren, eine zu hohe Bedeutung bei. Und höchstwahrscheinlich wäre die gewünschte Maßnahme ein recht zweckmäßiges Schritt. Was denn einen reicht ist, ist dem andern billig, und was für das nationale Empfinden gilt, muß auch für das religiöse gelten. Von hohem Interesse war übrigens die Auffassung, daß die Sächsische Staatsdienstverwaltung dem "Berliner Tageblatt" eine Verwarnung hat aufzumachen lassen. Wegen welchen Artikels, wurde nicht gesagt. Man geht wohl nicht sehr in der Annahme, daß der Turnierbericht nicht in Frage kommt. Als letzter Punkt standen die Eingaben der Leipziger Künstlervereinigung wegen Beihilfen für Ausstellungen auf der Tagesordnung. Man ließ sie alleamt auf sich berufen. In Stadtverordnetentreffen und, wie den Ausführungen des Bürgermeisters zu entnehmen war, auch im Rathauskollegium, hat man die Zwischenfälle in der Leipziger Künstlerschaft herzig kritisiert. Nur dann, wenn die Herren das ganze Wort Altmarken zur Wahrheit machen, dürfen ihnen harte Beihilfen dienen.

* Den Vorsitz führt der Vorsiecher, Justizrat Dr. Roth.

Am Rätselhaften Bürgermeister Roth, Bürgermeister Dr. Weber, Stadträtin Eiche, Hollmann, Dr. Köhler, Krause, Peters, Reinhardt, Joachim, Rössel, Lampé, Dr. Altermann, Dr. Bartholomäus, Dr. Döhler.

Der Vorsiecher teilte mit, daß an Stelle des verbotenen Städte-Beyer der Erzählmann Hoyer in das Kollegium als Mitglied einzutreten worden sei. Der Vorsiecher heißt den Gemünnsten zur Mitarbeit willkommen.

Hinsichtlich der Raum- und Ruhzeitfrage durch das Kraftwerk der elektrischen Straßenbahnen an der Brüderstraße teilte der Rat mit, daß er in dieser Angelegenheit eine Verjährung an die Gesellschaft erlassen habe. Letztere habe hiergegen keinen Rechtsanspruch, der abgewiesen worden sei, und darauf die Anfechtungsfrage beim Oberverwaltungsgericht angestrengt. Das Urteil steht noch aus. Bezeichnend über Raum- und Ruhzeitfrage ist, daß das betreffende Kraftwerk seit übergegangen in letzter Zeit nicht mehr eingesetzt wird.

Eine Eingabe der Vereinigung elektro-spezialfabrikat war von den Stadtverordneten dem Rat in dem Sinne zur Besichtigung überreichen worten, daß in geeigneten Fällen dem Grünen der Vereinigung wegen Vergebung von Arbeiten an solche Spezialfabrikaten gezeigt werden möge. Der Rat teilte hierzu mit, daß die von ihm befragten Betriebsräte mitgeteilt hätten, eine Verfestigung der Spezialfabrikaten erfolge bereits in allen geeigneten Fällen, und das werde auch in Zukunft gelingen. Der Vorsiecher bestätigte hierzu, daß es nunlich gewesen wäre, auch das Hochbaum in dieser Sache zu fragen.

Die Eingabe wegen Verlegung der Tierärztlichen Hochschule von Dresden nach Leipzig ist vom Vorsiecher vollzogen und den Ständen übermittelt worden.

Der Einleitung des Schiedsverfahrens gegen die Leipziger Elektrische Straßenbahn wegen Entzündung der Herstellungsfäden auf einer Strecke der Kirchbergstraße wurde zugestimmt.

Die Regelung der geistlichen Verhältnisse an den Krankenhäusern St. Jakob und St. Georg sowie an der Arbeitsklinik wurde in Gemäßigkeit der Haushaltungsabschöpfung genehmigt.

Zur Anfertigung von Mobiliar für die Nikolaischule wurden 2550,- K nachbewilligt.

Der Verkauf von Bauland an der Treitschkestraße mit etwa 2100 Quadratmeter Flächengehalt zum Preise von 24,- K für 1 Quadratmeter an den Spar- und Bauverein Leipzig-Nord wurde genehmigt.

Das Gutachten über die baupolizeiliche Aenderung der Flucht der Luisenstraße am Kunstgebäude Nr. 289 wurde in abliebendem Sinne abgegeben.

Zur Vornahme baupolizeilicher Aenderungen und Reparaturen an der Poliklinik im Krankenhaus St. Jakob wurden 2550,- K bewilligt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Beschaffung der Mittel für Schulbauten.

Die Ausschüsse beantragten: I. Dem Grundstück unter 1. Beschaffung der Schulbauten aus Ansicht, auszustimmen; II. den Grundstück unter 3. abzuwehnen und folgendes zu befürworten: „Die Kosten der Um- und Erweiterungsbauten von Schulen sind auf das Konto zu bemessigen, auf dem die betreffende Schule zu Buch steht“; III. die Vor-

lage in ihrem ersten Teil im übrigen abzulehnen; IV. die im Beschluss vom 2. Juli 1913 über Gründung des Schulbaufonds genannte Summe von 350 000,- K unter drei Bedingungen, wie sie dort ausgedrückt sind, nämlich auf 300 000,- K zu erhöhen; V. aus dem Schulbaufonds mindestens keine Mittel zu nehmen, solange dieser nicht die Höhe von zwei Millionen Mark erreicht hat, dementsprechend die bisher aus dem Schulbaufonds bewilligten Kosten für Erweiterungsbauten von Schulen, deren Hauptbauten auf dem Stammbaum gebaut sind, auf das Stammbaumgebinde umzubauen und die Beträge dem Schulbaufonds wieder gutzubringen, die zu nächsten zu bauenden Schulen aber zu Kosten der 1908er Anleihe zu nehmen, soweit diesbezüglich für Schulbauten nicht ausgespart worden ist; VI. den Rat zu erläutern, bei Annahme einer neuen Stadtansicht die Vororge zu treffen, daß von der Regierung einige Millionen Platz für Schulbauten mit bewilligt werden; B. zum zweiten Tell der Vorlage: I. von der Antwort unter 1 Kenntnis zu nehmen; II. dem Beschluß unter 2 gegenüber bei dem Antrage vom 23. April 1913 stehen zu bleiben.

In der gestrigen Abendnummer (siehe looser Artikel) haben wir bereits ausführlich über das berichtet, was im wesentlichen bei der ganzen Frage in Berücksicht kommt. Der Berichterstatter der Ausschüsse, Büroratsleiter Tobias, wies im Einzelpunkt auf die Bedeutung des Angelegenheit hinsichtlich für die städtischen Finanzen, als auch für die Steuerabfuhr hin. Zur Ministerialvorlage vom Jahre 1908 bemerkte er, daß diese wohl mehr als ein Leidetrag zu erachten sei. Dem Vorhaben des Rates, seine Grundlage für die Einnahme von Mitteln zu Schulbauten aufzuhellen sei nur zuzustimmen. Die Ausschüsse leinen in einigen Punkten abweichender Meinung und haben diese in den gestellten Anträgen niedergelegt. Keineswegs begründete die Anträge und empfahl deren Annahme.

Bürgermeister Roth bemerkte zu den Anträgen, die wohl als ein Ganzes zu betrachten seien, daß er über die Stellung des Rates hierzu noch nichts bestimmt haben könne. Hinsichtlich der Ministerialverordnung vom Jahre 1908 möchte er hervorheben, daß wenn die Stadt Leipzig eine neue Ansicht aufstellen würde, dann wohl das Ministerium an der Durchführung des in der Verordnung aufgestellten Grundrisses, daß Schulen nicht aus Ansicht gebaut werden, festhalten dürfte.

Nachdem der Berichterstatter die von den Ausschüssen vertretenen Ansichten nochmals kurz erläutert hatte, wurden die Ausschuhantreäge einstimmig angenommen.

Die nächsten beiden Punkte der Tagesordnung betrafen Straßenbahnangelegenheiten. Zunächst handelte es sich um die Rückführung des Rates wegen Belästigung der Schleifengleisanlagen der Straßenbahnen vor dem Turm Platz und auf dem GutsMuths-Markt. Der Berichterstatter betraugte hierzu, die in der Sitzung vom 20. November 1913 beschlossene Bedingung dahin abzuändern, daß die Schleifengleisanlagen der Straßenbahnen nur ausnahmsweise unter Vorbehalt des Widerstreits benutzt werden. Weiter stand zur Beratung die Eingabe des Döllner Häuslesbesitzervereins wegen Fortführung der geplanten Linie bis zum Endpunkt in Lützschena. Vom Ausschluß wurde beantragt, die Eingabe dem Rat zur Kenntnahme zu überweisen.

Der Berichterstatter Stadt. Sander sprach sich im Sinne der letzten Eingabe, wie auch für einige andere Verkehrswiederstellungen aus. Die gestrichene Linie möge man um die Promenade herum bis Gotha führen, den Endpunkt der Linie auf dem Augustusplatz aber befestigen und nach dem Hauptbahnhof verlegen.

Die Ausschuhantreäge fanden einstimmige Annahme.

Die unentgeltliche Absetzung des Flurstücks Nr. 762a in Naundorf an die Stadtgemeinde Naundorf zu Straßenzwecken wurde genehmigt.

Dem Verlauf des Baustellen Nr. 30 an der Leipziger Straße in Modau mit 420 Quadratmetern Fläche zum Preis von 25,- K für 1 Quadratmeter wurde zugestimmt.

Für den Umbau der Kreuzung der Thiele- mit der Kohlstraße in Lützschena wurden 7740,- K bewilligt.

Der Nachbewilligung von 16 000,- K auf Pol. 54 (Boden- und Unterhaltungskosten), 28 000,- K auf Pol. 53 (Rückmittel) des Kontos 8 II "Aufführung der Schulen wölf (Rücklage)" für 1913 und von 31 000,- K auf Pol. 47 (Rückmittel) des Kontos 8 II für 1914 wurde zugestimmt.

Für die Verbreiterung des Grimmaischen Steinwegs vor dem Erweiterungsgebiet des Hauptpostgebäudes wurden die auf die Stadt entfallenden Kosten von 443,- K bewilligt.

Als einmalige Beihilfe zur Erweiterung des Naturkundlichen Heimatmuseums wurden 1000,- K und als Miete für einen Raum in der ehemaligen Dauerenden Gewerbeausstellung 600,- K nachbewilligt.

Eingaben wegen des Berliner Tageblatts.

So folgte die Beratung über die Eingaben, in denen darum erlaubt wird, den Verkauf des "Berliner Tageblatts" in den südlichen Zeitungsverkaufsständen und auf den Straßen zu verbreiten.

Der Liebh.- und Verfassungsausschuß beantragte, die Eingaben auf sich beruhen zu lassen.

Der Berichterstatter der Ausschüsse, Stadt. Friedrich, bemerkte, daß die Eingaben von dem Deutschnationalen Verein und von der Arbeitsvereinigung rechtsstaatlicher Wähler ausgehen. Die Petitionen führen sich bestens durch die Haltung des "Berliner Tageblatts" bei der Eröffnung der Internationalen Bauausstellung und beim 12. Deutschen Turnfest. Wie die Verhandlungen in den Ausschüssen anbelangen, so wurde zunächst auf eine Mitteilung des Rates aus dem Jahre 1908, betreffend die Julafest der Zeitungen oder politischen Richtungen in den Zeitungsverkaufsständen, zurückgegriffen. Tom. Berichterstatter des Liebh.- und Verfassungsausschusses wurde bemerkt, daß der Sozialvertrag dem Rate keine Handhabe zu einem Einschrein im Sinne der Eingaben hätte. Man dürfe gegen Neuerungen der Presse, auch wenn sie, wie im vorliegenden Falle, über die Schule hauen, nicht gleich in der Weise vorgehen. Der Berichterstatter des Verfassungsausschusses beantragte: Die Eingaben auf sich beruhen zu lassen.

Der Berichterstatter der Ausschüsse, Stadt. Friedrich, bemerkte, daß die Eingaben von dem Deutschnationalen Verein und von der Arbeitsvereinigung rechtsstaatlicher Wähler ausgehen. Die Petitionen führen sich bestens durch die Haltung des "Berliner Tageblatts" bei der Eröffnung der Internationalen Bauausstellung und beim 12. Deutschen Turnfest. Wie die Verhandlungen in den Ausschüssen anbelangen, so wurde zunächst auf eine Mitteilung des Rates aus dem Jahre 1908, betreffend die Julafest der Zeitungen oder politischen Richtungen in den Zeitungsverkaufsständen, zurückgegriffen. Tom. Berichterstatter des Liebh.- und Verfassungsausschusses wurde bemerkt, daß der Sozialvertrag dem Rate keine Handhabe zu einem Einschrein im Sinne der Eingaben hätte. Man dürfe gegen Neuerungen der Presse, auch wenn sie, wie im vorliegenden Falle, über die Schule hauen, nicht gleich in der Weise vorgehen. Der Berichterstatter des Verfassungsausschusses beantragte: Die Eingaben auf sich beruhen zu lassen.

Der Berichterstatter Dr. Anschütz teilte mit, daß der Verein Leipziger Jahresausstellung 80 000,- K haben wollte, nämlich nachträglich 40 000,- K für 1913 und dann 40 000,- K für 1914. Die Leipziger Segeleit wollte Räume im Handelshof und 1500,- K oder, wenn keine Räume zur Verfügung stehen, 2500,- K. Der Leipziger Künstlerverein möchte 10 000,- K haben. Die Eingabe des Ortsvereins Leipzig der Allgemeinen Deutschen Künstlergenossenschaft, unterzeichnet von Herzer, behördlich ist in durchaus sachlicher Weise mit den Verhältnissen in Leipziger Künstlervereinen und macht Vorhabe zur Bekämpfung. Die dreizehnte Eingabe des Porträtmalers Urban dürfte kaum geeignet sein, die Eintritte zu erhöhen. Angesichts der ganzen Sachlage sei der Finanzausschuss zu dem einstimmigen Besluß gelangt, alle Beihilfen abzulehnen. Es sei gleich die Hoffnung ausgesprochen worden, daß der Rat auch nicht aus Stiftungsmitteln den Vereinen etwas zuwende. (Schärfste Zustimmung.) Die Einmütigkeit des Ausschusses möge vorbildlich für unsere Künstlervereinigungen sein.

Stadt. Rössel: Er bemerkte, daß die Segeleit keine Beihilfe erhalten sollte, aber er unterwarf sie den Gründen des Ausschlusses. An den Vermögenswerten in Leipziger Künstlervereinen trage übrigens der Rat einen großen Teil der Schuld, weil er gewisse Richtungen begünstigt und bevorzugt habe. Hiergegen vertheidigte Bürgermeister Roth den Rat entschieden. Was bewilligt worden sei, wurde mit Genehmigung der Stadtverordneten genehmigt. Gegenwärtig steht der Rat auch auf dem Standpunkt, abzuwarten, ob es zu einer Einigung in der Leipziger Künstlerschaft komme.

Für den legeren Fall glaubte Stadt. Heinze I., daß man dann Beihilfen bewilligen dürfe.

Nach weiterer Debatte wurde der Ausschuhantrag einstimmig angenommen.

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Denn liegen auch die Bestimmungen der Gewerbeordnung entgegen. Ebenso besteht die Stadt ein Privatkomitee. Hinsichtlich des Zeitungsverkaufs sei die Staatsbahnoerwaltung Herr im eigenen Hause. Sie habe dem "Berliner Tageblatt" aber nur ein Verbot erwiesen. Von dritter Seite wurde ein Vorgehen, wie es in den Eingaben verlangt werde, als ein Eingriff in die Pressefreiheit bezeichnet. Die Mehrheit der Einwohnerchaft sei übrigens, wie die öffentlichen Wahlen zeigten, demokratisch gesinnt. Von den Ausschüssen wurde darauf beschlossen, den Antrag zu lassen, die Eingaben auf sich beruhen zu lassen.

Stadt. Dr. Bennewitz bemerkte, daß nach der Grundlage, wie sie durch den Sozialvertrag über die südlichen Zeitungsverkaufsstände gegeben sei, ein Verkaufsverbot nicht erlassen werden könnte. Aber er wolle hier Gelegenheit nehmen, die Ansprüche zu rückzuholen, die vom "Berliner Tageblatt" gegen die Stadt Leipzig, die Turner und sogar gegen das Königshaus gemacht werden. Die antinationale Haltung des "Berliner Tageblatts" (zur: Bildung!) sei von verderblichem Einfluß. Es handle sich in den vorliegenden Fällen nicht nur um Entgleisungen, sondern um eine bewußte, gegen alles Deutsche gerichtete Tonart eines fremdländischen Schmälerinnes. Da sich auf dem Wege der Eingaben nichts erreichen lasse, so möge man zu taftiger Selbsthilfe greifen und das Wort befolgen, das von einer hohen Stelle kam: Das "Berliner Tageblatt" kommt nicht in mein Haus!

Der Vorsiecher rügt den Zwischenfall "Bildung" als unparlamentarisch.

Stadt. Segeleit: Den Ausführungen des Stadts. Dr. Bennewitz gegenüber möchte er darauf hinweisen, daß der Verfasser der Artikel im "Berliner Tageblatt" die dahlen Mitarbeiter der "Leipziger Künstlergenossenschaft" und des Amtsblattes des Rates war. Ebenfalls die Artikel auch nicht, aber man sollte der Wohlbefinden die Ehre geben und zugestehen, daß es sich bei der ganzen Sache um eine eingetretene Freiheit handele, die sich gegen die demokratische Richtung, insoweit sie im "Berliner Tageblatt" zu finden sei, in nicht in mein Haus!

Der Vorsiecher rügt den Zwischenfall "Bildung" als unparlamentarisch.

Stadt. Segeleit: Den Ausführungen des Stadts. Dr. Bennewitz gegenüber möchte er darauf hinweisen, daß der Verfasser der Artikel im "Berliner Tageblatt" die dahlen Mitarbeiter der "Leipziger Künstlergenossenschaft" und des Amtsblattes des Rates war. Ebenfalls die Artikel auch nicht, aber man sollte der Wohlbefinden die Ehre geben und zugestehen, daß es sich bei der ganzen Sache um eine eingetretene Freiheit handele, die sich gegen die demokratische Richtung, insoweit sie im "Berliner Tageblatt" zu finden sei, in nicht in mein Haus!

Der Vorsiecher rügt den Zwischenfall "Bildung" als unparlamentarisch.

Stadt. Segeleit: Den Ausführungen des Stadts. Dr. Bennewitz gegenüber möchte er darauf hinweisen, daß der Verfasser der Artikel im "Berliner Tageblatt" die dahlen Mitarbeiter der "Leipziger Künstlergenossenschaft" und des Amtsblattes des Rates war. Ebenfalls die Artikel auch nicht, aber man sollte der Wohlbefinden die Ehre geben und zugestehen, daß es sich bei der ganzen Sache um eine eingetretene Freiheit handele, die sich gegen die demokratische Richtung, insoweit sie im "Berliner Tageblatt" zu finden sei, in nicht in mein Haus!

Der Vorsiecher rügt den Zwischenfall "Bildung" als unparlamentarisch.

Stadt. Segeleit: Den Ausführungen des Stadts. Dr. Bennewitz gegenüber möchte er darauf hinweisen, daß der Verfasser der Artikel im "Berliner Tageblatt" die dahlen Mitarbeiter der "Leipziger Künstlergenossenschaft" und des Amtsblattes des Rates war. Ebenfalls die Artikel auch nicht, aber man sollte der Wohlbefinden die Ehre geben und zugestehen, daß es sich bei der ganzen Sache um eine eingetretene Freiheit handele, die sich gegen die demokratische Richtung, insoweit sie im "Berliner Tageblatt" zu finden sei, in nicht in mein Haus!

Der Vorsiecher rügt den Zwischenfall "Bildung" als unparlamentarisch.

Stadt. Segeleit: Den Ausführungen des Stadts. Dr. Bennewitz gegenüber möchte er darauf hinweisen, daß der Verfasser der Artikel im "Berliner Tageblatt" die dahlen Mitarbeiter der "Leipziger Künstlergenossenschaft" und des Amtsblattes des Rates war. Ebenfalls die Artikel auch nicht, aber man sollte der Wohlbefinden die Ehre geben und zugestehen, daß es sich bei der ganzen Sache um eine eingetretene Freiheit handele, die sich gegen die demokratische Richtung, insoweit sie im "Berliner Tageblatt" zu finden sei, in nicht in mein Haus!

Der Vorsiecher rügt den Zwischenfall "Bildung" als unparlamentarisch.

Stadt. Segeleit: Den Ausführungen des Stadts. Dr. Bennewitz gegenüber möchte er darauf hinweisen, daß der Verfasser der Artikel im "Berliner Tageblatt" die dahlen Mitarbeiter der "Leipziger Künstlergenossenschaft" und des Amtsblattes des Rates war. Ebenfalls die Artikel auch nicht, aber man sollte der Wohlbefinden die Ehre geben und zugestehen, daß es sich bei der ganzen Sache um eine eingetretene Freiheit handele, die sich gegen die demokratische Richtung, insoweit sie im "Berliner Tageblatt" zu finden sei, in nicht in mein Haus!

Der Vorsiecher rügt den Zwischenfall "Bildung" als unparlamentarisch.

Stadt. Segeleit: Den Ausführungen des Stadts. Dr. Bennewitz gegenüber möchte er darauf hinweisen, daß der Verfasser der Artikel im "Berliner Tageblatt" die dahlen Mitarbeiter der "Leipziger Künstlergenossenschaft" und des Amtsblattes des Rates war. Ebenfalls die Artikel auch nicht, aber man sollte der Wohlbefinden

Sport und Spiel.

Die Bestimmungen für die militärische Teilnahme an der Olympiade.

Das „Militär-Wochenblatt“ veröffentlicht nun mehr in einer besonderen Beilage genauere Bestimmungen über die militärische Beteiligung an der VI. Olympiade und die zu diesem Zweck zu treffenden Vorbereitungen. Es wird hervorgehoben, daß für die heeresangehörigen — soweit sie nicht infolge ihrer besonderen Veranlagung an den allgemeinen Konkurrenzen teilnehmen dürften — in erster Linie die Teilnahme am modernen Fünfkampf, Schießen mit Armeegewehren und Fischen in Betracht kommt. Die endgültigen Wettkampfbedingungen werden zwar auch für diese Konkurrenzen erst im Juni bekanntgegeben werden, doch stehen sie in ihren Grundzügen jetzt bereits fest. Der moderne Fünfkampf wird Schießen mit Armeepistole auf 25 Meter, Schwimmen über 300 Meter in freiem Stil, Degenfechten, Einzelrennen auf einer fest dezierten Bahn von höchstens 3000 Meter Länge und Geländelaufen über etwa 4000 Meter mit Einzelstart umfassen. Die Schießwettbewerbe sowohl mit Armeegewehren als auch mit Armeepistolen werden in Gruppen- und Einzelkonkurrenzen zum Austrag gelangen; jede Nation hat in den Gruppenwettbewerben 12 bzw. 6, in den Einzelwettbewerben die Reihenkonzurrenzen in zwei Abteilungen, für Einzelfechter und Mannschaften, die aus 7 Leichtathleten und dem Leiter bestehen sollen; beide Abteilungen werden Säbel- und Degenfechten aufweisen, während Einzelwettbewerbe außerdem noch im Jägerfechten entschieden werden. Für die Beschafftheit der Waffen werden genaue Bestimmungen erlassen. — Für all diese Wettbewerbe sollen nunmehr offizielle Vorbereitungen getroffen werden, die von den höheren Kreisen der Armee Gelegenheit zur Beteiligung auf allen sportlichen Gebieten geben sollen. Ihren Höhepunkt werden diese Vorbereitungen zunächst in den Offizierswettbewerben finden.

Pferdesport.

* Belebung des türkischen Rennsports. Major Kristen (21. Ul.) geht, wie die „Sport-Welt“ berichtet, nach Konstantinopel, aber nicht als Direktor der Militärsportschule, die vielmehr erst im Herbst 1914 fertiggestellt sei wird, sondern als Kommandeur des 1. türkischen Kavallerie-Regiments, an dessen Spitze er als Oberstleutnant tritt. Dieses Regiment, das seine Räder unmittelbar am Palast des Sultans hat, trägt eine Uniform, die fast ganz genau derjenigen unserer 2. Garde-Ulanen gleicht. Major Kristen wird auch als Wali der internationale Meute in Konstantinopel unter sich haben, mit der einmal in der Woche Jagden geritten werden. Da er alle seine Hunde, fünf Vollblüter, mit nach dem natürlich sehr verlustreichen, in Konstantinopel auch den Rennsport wieder etwas in Schwung zu bringen, um die türkischen Offiziere zu ihrer eigenen Schulung und Übung Rennen reiten zu lassen. Aus den deutschen Sportkreisen werden den ausgezeichneten Kavalleristen und hervorragenden Reiter die besten Wünsche in jenen neuen Wirkungskreis begleiten.

Unsere Voraussagen.

Cannes, am 22. Januar.
Course spéciale: Pechendante—Antoline.
Prize de la Ville: Grand Matin—La tout.
Prize du Monte-Carlo: Uncle Tom—Mon Gaucho.
Prize Prince: Serge: Good hope II—Red Blood.

Luftsport.

* Das Militärluftschiff „Z. 6“ stieg am Mittwoch mittag 12 Uhr zu einer militärischen Abnahmefahrt auf. Diese führte über das Innere der Stadt, dann die Berliner Bahnlinie entlang, nach Delitzsch und zurück. Das Schiff landete 2.30 Uhr glatt auf dem Platz und war um 3 Uhr sicher in der Halle geborgen.

* Totbestattung eines deutschen Militärfliegers. Auf dem Flugplatz der Fliegerstation Schlesheim fand gestern ein Fliegerunteroffizier den Tod. Er starb als zweites Opfer des Militärluftwunsches des neuen Jahres. Eine Drachtmeldung befindet über den bedauerlichen Unglücksfall folgendes: Der Flieger-

unteroffizier Schweizer aus Nürnberg stieg am Mittwoch vormittag zu einem Übungslauf auf. Beim Rehmen einer Kurve bewerte er zu früh und stürzte aus 30 Höhe ab. Der Bedauernswerte war sofort tot. Das Flugzeug wurde völlig zertrümmt.

* Das Gordon-Bennett der Freiballons 1914 soll nach der Bekanntgabe des amerikanischen Aeroflubs am 6. Oktober von Kanada aus veranstaltet werden. Am Preisen seien 140 000 Mark zur Verfügung.

Kraftfahrtsport.

Die Internationale Union der Automobil-Konstrukteure

holt in Brüssel anlässlich der dortigen Automobil-ausstellung eine Konferenz ab, bei der Graf de Viede-

se leste den Vorstande des Weltverbandes der Automobil-

konstrukteure

und Blaha bestreiten, eine absäßige Beuerung

über die Tätigkeit des Unparteiischen gemacht zu haben, ebenso wie Dittrich ein rohes Spiel im Ab-

rede stellt. — Es ist das erste mal, daß ein Schieds-

richter wegen einer Aussage, die er gewissermaßen

im Dienste gemacht hat, bei Gericht zur Verant-

wortung gezwungen wird. Man sieht dem Aussange

des Projektes in Sportkreisen naturgemäß mit grohem

Interesse entgegen.

* Kreidung des Platzes bei eröffnenden Spielen.

Gegen das Spiel Olympia-Eintracht (14. Dez.) hatte Olympia wegen unterbleibener Kreidung der Tor-

linien Protest erhoben. Diesen lehnte in der Be-

zugsungsinstanz der Spiel-Ausschuß des V. M. B. B.

ab; nach Regel 1 unschuldig Kreidung er-

fordert, sowie von uns vor längerer Zeit veröf-

fentlicht eine Kreidung nach den örtlichen Ver-

hältnissen sowie Witterungseinwirkungen nicht not-

wendig ist.“

* Das Behnken des Weltmeisters Arend, der sich

am Sonnabend einer Operation unterziehen mußte,

und den Umständen noch gut. Welche außergewöhnlich

hohe Veranlagung Arend als Kämpfer besitzt, geht

daraus hervor, daß es ärztliche Schwierigkeiten un-

begreiflich finden, wie ein Fahrer mit einem so

schwachen Brustleiden im Kampf mit gesunden jungen

Jahren überhaupt noch in Betracht kommen

könnten.

Olympische Spiele.

* Sportherrnkupe in Süddeutschland.

Ein reges Interesse, das in Hinblick auf die schweren Kämpfe

auf der Berliner Olympiade im Jahre 1912 nur zu

durchsetzen ist, macht sich augenblicklich in süddeutschen

Sportkreisen für die Leichtathletik und verwandte

Sportarten geltend. Aus diesem Grunde unter-

nimmt der bekannte Olympiatrainer, der Münchener

Walter Weiß, eine Turnreise nach einer Reihe von Süddeutschen Großstädten, um in verschiedenen Kurorten

gewisse Kräfte zu Sportlern heranzubringen. Es

ist bis jetzt der folgende Rennplan festgelegt

worden: 21. bis 22. Januar in Karlsruhe und

23. Januar bis 5. Februar in Straßburg. In Stuttgart und Mannheim hat Weißer bereits eine Reihe von Sportstrecken ausgebildet und sollte im Februar

noch weitere Kurze in anderen Süddeutschen

Städten vornehmen.

Lawn-Tennis.

* Doubt schlägt Norman Brookes. Bei dem fürz-

lich ausgetragenen Wettkampf der Staaten Victoria und Neuseelandes erlitt der bekannte australische

Champion Norman Brookes durch seinen Landsmann S. A. Doubt eine empfindliche Niederlage von 2:6,

6:2, 6:4. — Interessant ist, daß in einer förmlichen

Auflistung der 10 besten Tennisspieler der Welt,

die von den führenden amerikanischen Tennisorganen

dieser Tage veröffentlicht wurde, Norman Brookes

bei beiden Listen, der „American Lawn-Tennis“ und

„The Field“ an zweiter Stelle rangiert, während

die erstere Zeitschrift Deut. an achter Stelle nennt

und die andere ihn überhaupt nicht aufführt.

* Das Turnier in Monte Carlo, das am 22. Fe-

bruar beginnt, wurde mit Preisen in der Höhe von

18 500 Franken dotiert. Die Meisterschaften haben

zu verteilen: A. C. Wilding, Mrs. O'Reilly und

F. W. Ashe-h. Kleinschroth.

Athletik.

* Eine Überprüfung über die leichtathletischen Wan-

derpreise in Mitteleuropa will der Wettbewerbs-

Ausschuß des Verbandes Mitteldeutscher Ballspiel-

Vereine aussüllen.

Radsport.

* Freiwilliges Radfahrer-Korps.

Plan des Deutschen Rennfahrer-Verbandes.

Dem Freiwilligen Automobil- und dem Frei-

willigen Fliegerkorps, die dem preußischen

Kriegsministerium bereits zur Verfügung stehen, soll

in nächster Zeit ein freiwilliges Rad-

fahrer-Korps eingesetzt. Die Gründung einer

solchen Abteilung, die im Interesse der Landesverteidigung zu begründen ist und gleichzeitig die oster-

ländliche Gestaltung unserer Radsportleute bestätigt,

ist der demnächst stattfindenden Generalversammlung

des Deutschen Rennfahrer-Verbands als Antrag

unterbreitet. Er lautet: Der Deutsche Rennfahrer-

Verband beantragt, dem preußischen Kriegsministe-

riu

re

Ausländische Börsen.

* Paris, 21. Januar. (W.T.B.) Bei Eröffnung der Börse erfuhrn die Kurse überwiegend Abschwächungen, namentlich wurden Rio Tinto realisiert im Zusammenhang mit dem Arbeitstreik. Die schwächeren Grundstimmungen prägten sich dann in der Kursbildung deutlicher aus. Später jedoch herrschte auf bisselkante Kabel und enttäuschende Nachfrage nach Lokoware eine schwache Stimmung vor. Die Preise stellten sich gegen gestern um $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ % niedriger.

Letzte Nachrichten.

(Nach Schluß der Redaktion eingegangen.)

b Frankfurt a. M., 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Eintracht-Braunkohlenwerke schlagen wieder eine Dividende von 27 Proz. (wie L. V.) vor.

Die "Ulc" Bergbau-Gesellschaft hat ihre Preise für erste Salontrikette 5 Proz. per 1. April erhöht, also nicht in so starkem Maße, als erwartet war. Der Syndikatspreis per April wird in der neulich angegebenen Weise festgesetzt werden.

h Zürich, 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Börse konnte auch in den Nachmittagstunden ihre feste Tendenz beibehalten. Konzesse waren zeitweise im Kurse nachgebend, wurden später aber wieder stramm. Für ausländische Rentenwerke herrschte Nachfrage, besonders in Mexikanern und Brasilianern. Amerikanische Papiere waren weiter anziehend im Einklang mit New York. Für Canadians war die Tendenz unsicher. Mexikanische und brasilianische Bahnhörde wiesen heute höhere Kurse auf, so notierten Brasil Railway 32% Proz. Rio Tinto zeigte schwankende Haltung und stellten sich zwischen 68% und 69%. Diamantaktien waren stramm gehalten infolge der besessenen Verfaßung des Edelsteinmarktes. In Kaffirs war das Geschäft träge, sie schlossen jedoch in fester Haltung. Marconis waren im Kurse anziehend und notierten schließlich 3%, in der Erwartung eines günstigen Jahresabschlusses.

Im Goldverkehr mit dem Ausland wurden in der vergangenen Woche 495 000 Pfld. St. mehr eingeführt. In die Bank von England flossen durch Barrenkauf 95 000 Pfld. St. Der indische Rat kaufte die am 30. Januar aus Aegypten eintreffenden 290 000 Pfld. St.

Der Geldmarkt ist flüssig. Der Privatdiskont zeigt zeitigste Tendenz infolge der Schwäche des Devisenkurses. Schließlich wurde der Privatdiskont wieder schwach, da das Gericht ging, daß die Bankrate morgen auf 8% Proz. reduziert werden würde.

New York, 21. Januar. Fondsbörsen. (Schluß.)

	vorher	heute		vorher	heute
Geld auf M. B.	—	—	New York Oil	92,25	94,12
d. d. d. d. d.	—	—	North. Star	28—	28,50
Wechsel. Berlin	64,94	64,94	North. West	103,50	104,12
Wechsel. Paris	5,1612	5,1612	Northern Pacif.	112,50	114,25
Wechsel. Lond.	—	—	Pennsylvania	112,50	114,25
50 Tage	4,2552	4,2552	Reading	140,75	142,75
London Cable	—	—	Rock Island	14,47	14,67
Transfers	4,2552	4,2552	South Pacific	84,37	85,25
Silber. Italien	57,80	57,80	Southern Railw.	25,87	26—
St. Louis. S. P.	—	—	Union Pacific	158,87	159,87
Bef. 4% Bonds	74,82	74,75	Wabash pref.	8,67	10,67
Southern Pacific	—	—	Amalgamated	78,37	78,37
4% M. B. Ind.	66,12	66,25	Amer. Locom.	84,27	85,12
Athens Top.	67,78	68,62	Amer. Smalt.	84,27	85,12
Baltimore	81,78	81,78	Canadian Pac.	112,50	114,25
Canad. Pac.	212,98	212,12	Acanaona	38,37	38,87
Chicago. Mill.	101,76	101,87	Math. Steel	86,12	87,15
Chicago. Min.	101,76	101,87	Cana. Gas.	102,50	104—
Denver. Com.	11,72	11,87	Gas. Com.	102,50	104—
N. North. prof.	124,43	125,37	National Lead	61,25	64,48
Illinois Central	112,50	112,50	U.S. Steel com.	61,52	64,25
Louis. Valley	153—	154,26	d. prof.	188,67	189,85
Louis. N. Nash.	128,87	128,12	Utah Copper	62,67	63,87
Missouri. Kan.	22,87	22,82	Virg. Chemical	32—	32,48
Missouri. Pac.	22,88	22,82	Barbados	181—	182—

* New York, 21. Januar. (Privatkabelgramm.) Der Verkehr an der heutigen Börse eröffnete infolge von größeren Deckungen und Meinungsakufen bei lebhaftem Geschäft.

in fester Haltung.

Im weiteren Verlaufe machte die Befestigung noch weitere Fortschritte und verschiedene Spezialwerke konnten ihren Kursstand aus mancherlei Gründen bedeutend verbessern. So profitierten Stahlwerke und Papiere von Auslustrungsgegenständen hauptsächlich infolge von Meldungen über die günstige Gestaltung der Geschäftslage. Bahnwerke stellten sich höher, da immer mehr die Annahme durchdringt, Präsident Wilsons die Gewährung der von den Ostbahnen geforderten Raten erhöhung freundlich gegenüber. In den Nachmittagstunden stimulierten besonders Anzeichen, aus denen man die Überzeugung gewann, daß die neue Bondsemission des Staates New York stark überzeichnet sei. Viel bemerkter wurde das Steigen von Readings. Es wurde behauptet, daß trotz einer eventuellen Herabsetzung der Anthrazitratzen die Einnahmen der Bahnen wenig in Mitleidenschaft gezogen werden würden. In der Schlussminute wirkte die Meldung, daß der zwecks Trennung der Central Pacific von der Southern Pacific Railway eingeleitete Probeß demnächst beginnen werde, lämmend auf die Unternehmungslust ein. Wenn vorübergehend auch Realisationen auf die Kursgestaltung drückten, so wurde die Tendenz zum Schluß auf Deckungen doch wieder sehr fest. Mit der Eröffnung der Angebote auf die neue 4% proz. Bondsausgabe des Staates New York in Höhe von 50 Millionen Dollar wurde heute mittag begonnen. Es waren über 350 Offerten eingelaufen und man erwartet einen großen Erfolg. Es wird erklärt, daß aus den Angeboten eine erhebliche Besserung des Anlagemarktes und der Lage am Geldmarkt zu erkennen ist. Die Anleihe wurde, wie schließlich gemeldet wurde, sechsmal überzeichnet.

Der Aktienumsatz betrug heute 628 000 Stück.

New York, 21. Januar. Produktionsbörse. (Schluß.)

	vorher	heute		vorher	heute
Weizen rotar.	W.M. Bloke	W.M. Bloke	Kupfer, Stand.	vorher	heute
W.M. Bloke	101,40	101,40	dark loka.	112,50	112,50
Mai	88—	88,12	Minn.	27,75	28,50
Juli	88,11	88,30	h. 10—	112,75	112,75
Mais No. 1	—	—	h. 20—	5,20	5,20
Hauer No. 2	—	—	h. 20—	5,20	5,20
clipped loka	41,80	41,75	h. 20—	5,20	5,20
Baumwolle	—	—	h. 20—	5,20	5,20
loko	18—	18—	h. 20—	5,20	5,20
Februar	12,44	12,50	h. 20—	5,20	5,20
Alzir.	12,44	12,52	h. 20—	5,20	5,20
Alzir.	12,45	12,52	do. uncoated	2,65	2,65
Alzir.	12,45	12,52	rain. in Case	11,25	11,25
Alzir.	12,45	12,52	do. White	8,75	8,75
Alzir.	12,45	12,52	do. Balanc.	2,65	2,65
Alzir.	12,45	12,52	Talg	2,65	2,65
August	12,39	12,39	Terpentin	2,65	2,65
September	12,39	12,39	New York	48,75	48,75
Oktober	12,39	12,39	do. Savannah	48,12	48,12
Nov. 1st. loko.	12—	12—	do. W. Minn.	—	—
November N.J.	12—	12—	do. W. Minn.	—	—
North. Feuer.	12—	12—	do. Leopold.	2—	2—
Southern No. 1	12—	12—	do. do. do.	2—	2—
do. do. do. Soit.	12—	12—	do. do. do.	2—	2—
Bessemerstat.	—	—	do. do. do.	2—	2—
Pittsburgh	28—	28—	do. do. do.	2—	2—
Stahlsehnen	1,25	1,25	Januar	5,14	5,14
Mais	43,40-43,45-43,49	43,40-43,45-43,49	do. do. do.	5,14	5,14

* New York, 21. Januar. (Privatkabelgramm.) Trotz enttäuschender Kabelberichte verkehrte der Baumwollmarkt vorwiegend in fester Haltung auf Käufe der Lokohäuser, Stützungskäufe der Spekulanten und Deckungen der Baissiers. Die Preisnotierungen waren gegen gestern um 8 bis 3 Punkte gesunken.

Chicago, 21. Januar. Produktionsbörse. (Schluß.)

	vorher	heute		vorher	heute
Weizen rotar.	W.M. Bloke	W.M. Bloke	Kupfer, Stand.	vorher	heute
W.M. Bloke	101,40	101,40	dark loka.	112,50	112,50
Mai	88—	88,12	Minn.	27,75	28,50
Juli	88,11	88,30	h. 10—	112,75	112,75
Mais No. 1	—	—	h. 20—	5,20	5,20
Hauer No. 2	—	—	h. 20—	5,20	5,20
clipped loka	41,80	41,75	h. 20—	5,20	5,20
Baumwolle	—	—	h. 20—	5,20	5,20
loko	18—	18—	h. 20—	5,20	5,20
Februar	12,44	12,50	h. 20—	5,20	5,20
Alzir.	12,44	12,52	do. uncoated	2,65	2,65
Alzir.	12,45	12,52	rain. in Case	11,25	11,25
Alzir.	12,45	12,52	do. White	8,75	8,75
Alzir.	12,45	12,52	do. Balanc.	2,65	2,65
Alzir.	12,45	12,52	Talg	2,65	2,65
August	12,39	12,39	Terpenzin	2,65	2,65
September	12,39	12,39	New York	48,75	48,75
Oktober	12,39	12,39	do. Savannah	48,12	48,12
Nov. 1st. loko.	12—	12—	do. W. Minn.	—	—
November N.J.	12—	12—	do. Leopold.	2—	2—
North. Feuer.	12—	12—	do. do. do.	2—	2—
Southern No. 1	12—	12—	do. do. do.	2—	2—
do. do. do. Soit.	12—	12—	do. do. do.	2—	2—
Bessemerstat.	—	—	do. do. do.	2—	2—
Pittsburgh	28—	28—	do. do. do.	2—	2—
Stahlsehnen	1,25	1,25	Januar	5,14	5,14
Mais	43,40-43,45-43,49	43,40-43,45-43,49	do. do. do.	5,14	5,14

* New York, 21. Januar. (Privatkabelgramm.) Der Weizemarkt verkehrte auf konsolidierende

Geld- u. Hypotheken-Verkehr.

16—18 000 Mark
suche auf prima Siedlung am 11. Stell. Anh. o. C. M. 15
an die Dr. h. Rudolf Kasten.

600—800 M.
von Geldgeber zu Geldgeber
zu leihen geachtet. Offerten unter
H. W. 2741 an Rudolf Kasten.

Vertreter
und Reisende für Hauptgüter
aller Art gefragt. Leichter Beruf.
bitte an d. Schrift. H. W. 2741
an 300. A. Zinsen u. Rendite.
Wert. ab. M. 1467 p. d. 1. Tagbl.

L. und H. Hypotheken verm.
Verein Handels-Beratung v. P. M.
Rudolf. Gienkohm. 53. Vors.

Bankgelder
für I. Hypotheken

habt ih. in größeren Beträgen für den
Gewinn zu erzielen. Geist. An-
gebote mit Unterlagen erbitte
Albert Hofmann, Dürk. 28. 1914.

Sofort Geld
geg. Lombard

b. d. Betriebmann. Dürk. angel.
Off. L. F. 2457 Rud. Kasten, Leipzig

Kaufgesuche

Zeitungsdrukerei
zu kaufen geachtet. Anzeigen
40 000 A. off. und L. P. 2229
an Rudolf Kasten, Leipzig. 1914.

Lexikon, gute Bücher
kaufst gern.

Ebel, Hanstadt. Stein. 15,
zählt für getrennte Herren- u.
Zamengesetzte, Uniformen
u. Art. Verkaufscheine. Gold.
Silber. Brillanten. Juw. etc.
Betteln, alte Zahngesetze. sowie
neue Nachfrage die höchsten
Preise. Bezeichnung per Postkarte
an. Telefon. Komme sofort. 1914.

Leibbauscheine,
alte Gebisse
Keller, Markt 2. II. Kasse

Kontrollkasse

mit Totalabteilung zu kaufen ge-
achtet. Offerten erbeten u. Z. 826
an die Gesellschaft des Leipziger
Tageblattes. 1914.

Heiratsgesuche.

Fräulein,
23 Jahre alt, blonde, Vermögen
300 000 A. sofort. Söder mehr
möcht. Heirat in Landwirtschaft
oder höheren Beamten. Einfluss-
nung durch Jura.

Brau. Gohl, Magdeburg.
Krummelleben 6. 1.

Frau v. Coburg

arrangiert vornehme Frau
durchaus reell u. direkt
Berlin, Grunewaldstr. 19 (Müller)

Ein offenes Wort!!

Mein Freund, langjähr. Direktor eines gro. Betrieb., beteiligt
sich an el. vornehmen. Fürstentheit Leipzig, deshalb bittet er seine
mit seit Jahr. geliebt. 20 000 A. Da ich nur das Geld haben in m.
Betrieb, entbehr. kann, suchte ich für denkenbar, ohne mein Wissen,
eine Frau, welche in der Lage ist, höchstens einfluss. zu überzeugen.

Derzeit ist ein durchaus ehrwürdiger Charakter, gro. Kauf-
geschäft, von angesehen. Kenntnissen, Witte 30. sehr verträgl., gewandt,
u. einwandfrei. Ehrenwert, aus gutem Hause und hat sich
seinen Geld sehr erarbeit. Wer deshalb mir Egoist. Vertrauen ent-
gegen bringt, einen Haft., berentsch. kann. Ich will, bitte zu überzeugen,
dass. M. 10 an die Dr. h. Rudolf Kasten. Verhandl. m. ältern ob.
Bew. erwünscht. Vermittel. ausgeleucht.

Agenturen.

General-Berretung.

Für den hierigen Platz en. auch andere Städte vergeben wir die
alleinige Berretung für ein

bedeutendes Unternehmen,

welches einem klug empfundenen tatsächlichen Bedürfnis in äußerster
Vollkommenheit entspricht.

Jährlicher Reingewinn ca. 15—20 000 Mark.

Erforderliches Kapital 3—5000 Mark.

Da keineswile Vorstellungen nicht in Frage kommen, so ist
einem tüchtigen Herrn eine höchst seltsame Gelegenheit geboten, sich eine
wirklich brillante Tätigkeit zu schaffen.

Sehr lieben Herren, welche leicht über das gewöhnliche Kapital ver-
fügen, werden Angebote mit Erbteilung an Rudolf Kasten,
Berlin SW., unter „Sch. 2 C. 8537“ richten.

Unsere

Generalagentur Leipzig,

das Königreich Sachsen umfassend, ist neu zu besetzen.
Ausführliche — vorläufig nur schriftliche — Offerten branchen-
kundiger und fachverständiger Beamter erwarten.

Brandenburger Gener.-Berichtungs-Gesellschaft

zu gegenseitigkeit in Brandenburg a. H.

Wer sucht Agenten?

Meistens Agentenkataloge 1914
soeben erschienen, auch. 21.00
in. ausländische vertretungen.
Handelsagenten, die sofort Ver-
treitung suchen. Geordn. nach
Branchen, Reisen, etc., gleich.
Auskunftsverteilungsvereinshaus
er meist 50. d. p. Auskunft, Rechts-
anwalt- und Spediteursvereinschaf-
t. 4. 500 fr. Handelskontor.
A. Hauer, München, Hopfenstr. 1

Vertreter

und Reisende für Hauptgüter
aller Art gefragt. Leichter Beruf.
bitte an d. Schrift. H. W. 2741
an 300. A. Zinsen u. Rendite.
Wert. ab. M. 1467 p. d. 1. Tagbl.

L. und H. Hypotheken verm.
Verein Handels-Beratung v. P. M.
Rudolf. Gienkohm. 53. Vors.

Bankgelder
für I. Hypotheken

habt ih. in größeren Beträgen für den
Gewinn zu erzielen. Geist. An-
gebote mit Unterlagen erbitte
Albert Hofmann, Dürk. 28. 1914.

Sofort Geld
geg. Lombard

b. d. Betriebmann. Dürk. angel.
Off. L. F. 2457 Rud. Kasten, Leipzig

Kaufgesuche

Zeitungsdrukerei
zu kaufen geachtet. Anzeigen
40 000 A. off. und L. P. 2229
an Rudolf Kasten, Leipzig. 1914.

Lexikon, gute Bücher
kaufst gern.

Ebel, Hanstadt. Stein. 15,
zählt für getrennte Herren- u.
Zamengesetzte, Uniformen
u. Art. Verkaufscheine. Gold.
Silber. Brillanten. Juw. etc.
Betteln, alte Zahngesetze. sowie
neue Nachfrage die höchsten
Preise. Bezeichnung per Postkarte
an. Telefon. Komme sofort. 1914.

Leibbauscheine,
alte Gebisse
Keller, Markt 2. II. Kasse

Kontrollkasse

mit Totalabteilung zu kaufen ge-
achtet. Offerten erbeten u. Z. 826
an die Gesellschaft des Leipziger
Tageblattes. 1914.

Heiratsgesuche.

Fräulein,
23 Jahre alt, blonde, Vermögen
300 000 A. sofort. Söder mehr
möcht. Heirat in Landwirtschaft
oder höheren Beamten. Einfluss-
nung durch Jura.

Brau. Gohl, Magdeburg.
Krummelleben 6. 1.

Frau v. Coburg

arrangiert vornehme Frau
durchaus reell u. direkt
Berlin, Grunewaldstr. 19 (Müller)

Ein offenes Wort!!

Mein Freund, langjähr. Direktor eines gro. Betrieb., beteiligt
sich an el. vornehmen. Fürstentheit Leipzig, deshalb bittet er seine
mit seit Jahr. geliebt. 20 000 A. Da ich nur das Geld haben in m.
Betrieb, entbehr. kann, suchte ich für denkenbar, ohne mein Wissen,
eine Frau, welche in der Lage ist, höchstens einfluss. zu überzeugen.

Derzeit ist ein durchaus ehrwürdiger Charakter, gro. Kauf-
geschäft, von angesehen. Kenntnissen, Witte 30. sehr verträgl., gewandt,
u. einwandfrei. Ehrenwert, aus gutem Hause und hat sich
seinen Geld sehr erarbeit. Wer deshalb mir Egoist. Vertrauen ent-
gegen bringt, einen Haft., berentsch. kann. Ich will, bitte zu überzeugen,
dass. M. 10 an die Dr. h. Rudolf Kasten. Verhandl. m. ältern ob.
Bew. erwünscht. Vermittel. ausgeleucht.

Agenturen.

General-Berretung.

Für den hierigen Platz en. auch andere Städte vergeben wir die
alleinige Berretung für ein

bedeutendes Unternehmen,

welches einem klug empfundenen tatsächlichen Bedürfnis in äußerster
Vollkommenheit entspricht.

Jährlicher Reingewinn ca. 15—20 000 Mark.

Erforderliches Kapital 3—5000 Mark.

Da keineswile Vorstellungen nicht in Frage kommen, so ist
einem tüchtigen Herrn eine höchst seltsame Gelegenheit geboten, sich eine
wirklich brillante Tätigkeit zu schaffen.

Sehr lieben Herren, welche leicht über das gewöhnliche Kapital ver-
fügen, werden Angebote mit Erbteilung an Rudolf Kasten,
Berlin SW., unter „Sch. 2 C. 8537“ richten.

Unsere

Generalagentur Leipzig,

das Königreich Sachsen umfassend, ist neu zu besetzen.
Ausführliche — vorläufig nur schriftliche — Offerten branchen-
kundiger und fachverständiger Beamter erwarten.

Brandenburger Gener.-Berichtungs-Gesellschaft

zu gegenseitigkeit in Brandenburg a. H.

Burgkeller

Sternburg - Ausschank

Bockbier

Restaurant: Täglich Konzerte

M. Härtel.

Stross

Neues Operetten-Cheater.

Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr:

Rebello! Die idealen Gastin.

Operette in 3 Akten von Rudolf Schmid.

Schmid von Oberstaatsrat Rudolf Schmid.

Wiederholung: Sonntagabend.

Georgie und Odilia von Rudolf Schmid.

</

Neues Theater.

Tonnerstag, den 22. Januar, abends 7 Uhr:
 18. Abonnement-Konzert, 2. Serie rot:
Knecht. Gendrin. Reubelt.
 Trauerspiel in 6 Akten von Carl Hart.
 Szenen: 1. Kasten, 2. Grab, 3. Hölle.
 Künzli Hölle. 4. Hölle, 5. Hölle, 6. Hölle.
 Kurz. 7. Hölle, 8. Hölle, 9. Hölle.
 Der alte Wohl. 10. Hölle, 11. Hölle.
 Die Witwe. 12. Hölle, 13. Hölle.
 Rötschke, der. 14. Hölle, 15. Hölle.
 Tante. 16. Hölle, 17. Hölle.
 King Lear. 18. Hölle, 19. Hölle.
 Berlin. 20. Hölle, 21. Hölle.
 Kreuz. 22. Hölle, 23. Hölle.
 Frau. 24. Hölle, 25. Hölle.
 Ruck. 26. Hölle, 27. Hölle.
 Gott. 28. Hölle, 29. Hölle.
 Frau. 30. Hölle, 31. Hölle.
 Frau. 32. Hölle, 33. Hölle.
 Ruck. 34. Hölle, 35. Hölle.
 Gott. 36. Hölle, 37. Hölle.
 Frau. 38. Hölle, 39. Hölle.
 Ruck. 40. Hölle, 41. Hölle.
 Frau. 42. Hölle, 43. Hölle.
 Ruck. 44. Hölle, 45. Hölle.
 Gott. 46. Hölle, 47. Hölle.
 Frau. 48. Hölle, 49. Hölle.
 Ruck. 50. Hölle, 51. Hölle.
 Frau. 52. Hölle, 53. Hölle.
 Ruck. 54. Hölle, 55. Hölle.
 Gott. 56. Hölle, 57. Hölle.
 Frau. 58. Hölle, 59. Hölle.
 Ruck. 60. Hölle, 61. Hölle.
 Gott. 62. Hölle, 63. Hölle.
 Frau. 64. Hölle, 65. Hölle.
 Ruck. 66. Hölle, 67. Hölle.
 Gott. 68. Hölle, 69. Hölle.
 Frau. 70. Hölle, 71. Hölle.
 Ruck. 72. Hölle, 73. Hölle.
 Gott. 74. Hölle, 75. Hölle.
 Frau. 76. Hölle, 77. Hölle.
 Ruck. 78. Hölle, 79. Hölle.
 Gott. 80. Hölle, 81. Hölle.
 Frau. 82. Hölle, 83. Hölle.
 Ruck. 84. Hölle, 85. Hölle.
 Gott. 86. Hölle, 87. Hölle.
 Frau. 88. Hölle, 89. Hölle.
 Ruck. 90. Hölle, 91. Hölle.
 Gott. 92. Hölle, 93. Hölle.
 Frau. 94. Hölle, 95. Hölle.
 Ruck. 96. Hölle, 97. Hölle.
 Gott. 98. Hölle, 99. Hölle.
 Frau. 100. Hölle, 101. Hölle.
 Ruck. 102. Hölle, 103. Hölle.
 Gott. 104. Hölle, 105. Hölle.
 Frau. 106. Hölle, 107. Hölle.
 Ruck. 108. Hölle, 109. Hölle.
 Gott. 110. Hölle, 111. Hölle.
 Frau. 112. Hölle, 113. Hölle.
 Ruck. 114. Hölle, 115. Hölle.
 Gott. 116. Hölle, 117. Hölle.
 Frau. 118. Hölle, 119. Hölle.
 Ruck. 120. Hölle, 121. Hölle.
 Gott. 122. Hölle, 123. Hölle.
 Frau. 124. Hölle, 125. Hölle.
 Ruck. 126. Hölle, 127. Hölle.
 Gott. 128. Hölle, 129. Hölle.
 Frau. 130. Hölle, 131. Hölle.
 Ruck. 132. Hölle, 133. Hölle.
 Gott. 134. Hölle, 135. Hölle.
 Frau. 136. Hölle, 137. Hölle.
 Ruck. 138. Hölle, 139. Hölle.
 Gott. 140. Hölle, 141. Hölle.
 Frau. 142. Hölle, 143. Hölle.
 Ruck. 144. Hölle, 145. Hölle.
 Gott. 146. Hölle, 147. Hölle.
 Frau. 148. Hölle, 149. Hölle.
 Ruck. 150. Hölle, 151. Hölle.
 Gott. 152. Hölle, 153. Hölle.
 Frau. 154. Hölle, 155. Hölle.
 Ruck. 156. Hölle, 157. Hölle.
 Gott. 158. Hölle, 159. Hölle.
 Frau. 160. Hölle, 161. Hölle.
 Ruck. 162. Hölle, 163. Hölle.
 Gott. 164. Hölle, 165. Hölle.
 Frau. 166. Hölle, 167. Hölle.
 Ruck. 168. Hölle, 169. Hölle.
 Gott. 170. Hölle, 171. Hölle.
 Frau. 172. Hölle, 173. Hölle.
 Ruck. 174. Hölle, 175. Hölle.
 Gott. 176. Hölle, 177. Hölle.
 Frau. 178. Hölle, 179. Hölle.
 Ruck. 180. Hölle, 181. Hölle.
 Gott. 182. Hölle, 183. Hölle.
 Frau. 184. Hölle, 185. Hölle.
 Ruck. 186. Hölle, 187. Hölle.
 Gott. 188. Hölle, 189. Hölle.
 Frau. 190. Hölle, 191. Hölle.
 Ruck. 192. Hölle, 193. Hölle.
 Gott. 194. Hölle, 195. Hölle.
 Frau. 196. Hölle, 197. Hölle.
 Ruck. 198. Hölle, 199. Hölle.
 Gott. 200. Hölle, 201. Hölle.
 Frau. 202. Hölle, 203. Hölle.
 Ruck. 204. Hölle, 205. Hölle.
 Gott. 206. Hölle, 207. Hölle.
 Frau. 208. Hölle, 209. Hölle.
 Ruck. 210. Hölle, 211. Hölle.
 Gott. 212. Hölle, 213. Hölle.
 Frau. 214. Hölle, 215. Hölle.
 Ruck. 216. Hölle, 217. Hölle.
 Gott. 218. Hölle, 219. Hölle.
 Frau. 220. Hölle, 221. Hölle.
 Ruck. 222. Hölle, 223. Hölle.
 Gott. 224. Hölle, 225. Hölle.
 Frau. 226. Hölle, 227. Hölle.
 Ruck. 228. Hölle, 229. Hölle.
 Gott. 230. Hölle, 231. Hölle.
 Frau. 232. Hölle, 233. Hölle.
 Ruck. 234. Hölle, 235. Hölle.
 Gott. 236. Hölle, 237. Hölle.
 Frau. 238. Hölle, 239. Hölle.
 Ruck. 240. Hölle, 241. Hölle.
 Gott. 242. Hölle, 243. Hölle.
 Frau. 244. Hölle, 245. Hölle.
 Ruck. 246. Hölle, 247. Hölle.
 Gott. 248. Hölle, 249. Hölle.
 Frau. 250. Hölle, 251. Hölle.
 Ruck. 252. Hölle, 253. Hölle.
 Gott. 254. Hölle, 255. Hölle.
 Frau. 256. Hölle, 257. Hölle.
 Ruck. 258. Hölle, 259. Hölle.
 Gott. 260. Hölle, 261. Hölle.
 Frau. 262. Hölle, 263. Hölle.
 Ruck. 264. Hölle, 265. Hölle.
 Gott. 266. Hölle, 267. Hölle.
 Frau. 268. Hölle, 269. Hölle.
 Ruck. 270. Hölle, 271. Hölle.
 Gott. 272. Hölle, 273. Hölle.
 Frau. 274. Hölle, 275. Hölle.
 Ruck. 276. Hölle, 277. Hölle.
 Gott. 278. Hölle, 279. Hölle.
 Frau. 280. Hölle, 281. Hölle.
 Ruck. 282. Hölle, 283. Hölle.
 Gott. 284. Hölle, 285. Hölle.
 Frau. 286. Hölle, 287. Hölle.
 Ruck. 288. Hölle, 289. Hölle.
 Gott. 290. Hölle, 291. Hölle.
 Frau. 292. Hölle, 293. Hölle.
 Ruck. 294. Hölle, 295. Hölle.
 Gott. 296. Hölle, 297. Hölle.
 Frau. 298. Hölle, 299. Hölle.
 Ruck. 300. Hölle, 301. Hölle.
 Gott. 302. Hölle, 303. Hölle.
 Frau. 304. Hölle, 305. Hölle.
 Ruck. 306. Hölle, 307. Hölle.
 Gott. 308. Hölle, 309. Hölle.
 Frau. 310. Hölle, 311. Hölle.
 Ruck. 312. Hölle, 313. Hölle.
 Gott. 314. Hölle, 315. Hölle.
 Frau. 316. Hölle, 317. Hölle.
 Ruck. 318. Hölle, 319. Hölle.
 Gott. 320. Hölle, 321. Hölle.
 Frau. 322. Hölle, 323. Hölle.
 Ruck. 324. Hölle, 325. Hölle.
 Gott. 326. Hölle, 327. Hölle.
 Frau. 328. Hölle, 329. Hölle.
 Ruck. 330. Hölle, 331. Hölle.
 Gott. 332. Hölle, 333. Hölle.
 Frau. 334. Hölle, 335. Hölle.
 Ruck. 336. Hölle, 337. Hölle.
 Gott. 338. Hölle, 339. Hölle.
 Frau. 340. Hölle, 341. Hölle.
 Ruck. 342. Hölle, 343. Hölle.
 Gott. 344. Hölle, 345. Hölle.
 Frau. 346. Hölle, 347. Hölle.
 Ruck. 348. Hölle, 349. Hölle.
 Gott. 350. Hölle, 351. Hölle.
 Frau. 352. Hölle, 353. Hölle.
 Ruck. 354. Hölle, 355. Hölle.
 Gott. 356. Hölle, 357. Hölle.
 Frau. 358. Hölle, 359. Hölle.
 Ruck. 360. Hölle, 361. Hölle.
 Gott. 362. Hölle, 363. Hölle.
 Frau. 364. Hölle, 365. Hölle.
 Ruck. 366. Hölle, 367. Hölle.
 Gott. 368. Hölle, 369. Hölle.
 Frau. 370. Hölle, 371. Hölle.
 Ruck. 372. Hölle, 373. Hölle.
 Gott. 374. Hölle, 375. Hölle.
 Frau. 376. Hölle, 377. Hölle.
 Ruck. 378. Hölle, 379. Hölle.
 Gott. 380. Hölle, 381. Hölle.
 Frau. 382. Hölle, 383. Hölle.
 Ruck. 384. Hölle, 385. Hölle.
 Gott. 386. Hölle, 387. Hölle.
 Frau. 388. Hölle, 389. Hölle.
 Ruck. 390. Hölle, 391. Hölle.
 Gott. 392. Hölle, 393. Hölle.
 Frau. 394. Hölle, 395. Hölle.
 Ruck. 396. Hölle, 397. Hölle.
 Gott. 398. Hölle, 399. Hölle.
 Frau. 400. Hölle, 401. Hölle.
 Ruck. 402. Hölle, 403. Hölle.
 Gott. 404. Hölle, 405. Hölle.
 Frau. 406. Hölle, 407. Hölle.
 Ruck. 408. Hölle, 409. Hölle.
 Gott. 410. Hölle, 411. Hölle.
 Frau. 412. Hölle, 413. Hölle.
 Ruck. 414. Hölle, 415. Hölle.
 Gott. 416. Hölle, 417. Hölle.
 Frau. 418. Hölle, 419. Hölle.
 Ruck. 420. Hölle, 421. Hölle.
 Gott. 422. Hölle, 423. Hölle.
 Frau. 424. Hölle, 425. Hölle.
 Ruck. 426. Hölle, 427. Hölle.
 Gott. 428. Hölle, 429. Hölle.
 Frau. 430. Hölle, 431. Hölle.
 Ruck. 432. Hölle, 433. Hölle.
 Gott. 434. Hölle, 435. Hölle.
 Frau. 436. Hölle, 437. Hölle.
 Ruck. 438. Hölle, 439. Hölle.
 Gott. 440. Hölle, 441. Hölle.
 Frau. 442. Hölle, 443. Hölle.
 Ruck. 444. Hölle, 445. Hölle.
 Gott. 446. Hölle, 447. Hölle.
 Frau. 448. Hölle, 449. Hölle.
 Ruck. 450. Hölle, 451. Hölle.
 Gott. 452. Hölle, 453. Hölle.
 Frau. 454. Hölle, 455. Hölle.
 Ruck. 456. Hölle, 457. Hölle.
 Gott. 458. Hölle, 459. Hölle.
 Frau. 460. Hölle, 461. Hölle.
 Ruck. 462. Hölle, 463. Hölle.
 Gott. 464. Hölle, 465. Hölle.
 Frau. 466. Hölle, 467. Hölle.
 Ruck. 468. Hölle, 469. Hölle.
 Gott. 470. Hölle, 471. Hölle.
 Frau. 472. Hölle, 473. Hölle.
 Ruck. 474. Hölle, 475. Hölle.
 Gott. 476. Hölle, 477. Hölle.
 Frau. 478. Hölle, 479. Hölle.
 Ruck. 480. Hölle, 481. Hölle.
 Gott. 482. Hölle, 483. Hölle.
 Frau. 484. Hölle, 485. Hölle.
 Ruck. 486. Hölle, 487. Hölle.
 Gott. 488. Hölle, 489. Hölle.
 Frau. 490. Hölle, 491. Hölle.
 Ruck. 492. Hölle, 493. Hölle.
 Gott. 494. Hölle, 495. Hölle.
 Frau. 496. Hölle, 497. Hölle.
 Ruck. 498. Hölle, 499. Hölle.
 Gott. 500. Hölle, 501. Hölle.
 Frau. 502. Hölle, 503. Hölle.
 Ruck. 504. Hölle, 505. Hölle.
 Gott. 506. Hölle, 507. Hölle.
 Frau. 508. Hölle, 509. Hölle.
 Ruck. 510. Hölle, 511. Hölle.
 Gott. 512. Hölle, 513. Hölle.
 Frau. 514. Hölle, 515. Hölle.
 Ruck. 516. Hölle, 517. Hölle.
 Gott. 518. Hölle, 519. Hölle.
 Frau. 520. Hölle, 521. Hölle.
 Ruck. 522. Hölle, 523. Hölle.
 Gott. 524. Hölle, 525. Hölle.
 Frau. 526. Hölle, 527. Hölle.
 Ruck. 528. Hölle, 529. Hölle.
 Gott. 530. Hölle, 531. Hölle.
 Frau. 532. Hölle, 533. Hölle.
 Ruck. 534. Hölle, 535. Hölle.
 Gott. 536. Hölle, 537. Hölle.
 Frau. 538. Hölle, 539. Hölle.
 Ruck. 540. Hölle, 541. Hölle.
 Gott. 542. Hölle, 543. Hölle.
 Frau. 544. Hölle, 545. Hölle.
 Ruck. 546. Hölle, 547. Hölle.
 Gott. 548. Hölle, 549. Hölle.
 Frau. 550. Hölle, 551. Hölle.
 Ruck. 552. Hölle, 553. Hölle.
 Gott. 554. Hölle, 555. Hölle.
 Frau. 556. Hölle, 557. Hölle.
 Ruck. 558. Hölle, 559. Hölle.
 Gott. 560. Hölle, 561. Hölle.
 Frau. 562. Hölle, 563. Hölle.
 Ruck. 564. Hölle, 565. Hölle.
 Gott. 566. Hölle, 567. Hölle.
 Frau. 568. Hölle, 569. Hölle.
 Ruck. 570. Hölle, 571. Hölle.
 Gott. 572. Hölle, 573. Hölle.
 Frau. 574. Hölle, 575. Hölle.
 Ruck. 576. Hölle, 577. Hölle.
 Gott. 578. Hölle, 579. Hölle.
 Frau. 580. Hölle, 581. Hölle.
 Ruck. 582. Hölle, 583. Hölle.
 Gott. 584. Hölle, 585. Hölle.
 Frau. 586. Hölle, 587. Hölle.
 Ruck. 588. Hölle, 589. Hölle.
 Gott. 590. Hölle, 591. Hölle.
 Frau. 592. Hölle, 593. Hölle.
 Ruck. 594. Hölle, 595. Hölle.
 Gott. 596. Hölle, 597. Hölle.
 Frau. 598. Hölle, 599. Hölle.
 Ruck. 600. Hölle, 601. Hölle.
 Gott. 602. Hölle, 603. Hölle.
 Frau. 604. Hölle, 605. Hölle.
 Ruck. 606. Hölle, 607. Hölle.
 Gott. 608. Hölle, 609. Hölle.
 Frau. 610. Hölle, 611. Hölle.
 Ruck. 612. Hölle, 613. Hölle.
 Gott. 614. Hölle, 615. Hölle.
 Frau. 616. Hölle, 617. Hölle.
 Ruck. 618. Hölle, 619. Hölle.
 Gott. 620. Hölle, 621. Hölle.
 Frau. 622. Hölle, 623. Hölle.
 Ruck. 624. Hölle, 625. Hölle.
 Gott. 626. Hölle, 627. Hölle.
 Frau. 628. Hölle, 629. Hölle.
 Ruck. 630. Hölle, 631. Hölle.
 Gott. 632. Hölle, 633. Hölle.
 Frau. 634. Hölle, 635. Hölle.
 Ruck. 636. Hölle, 637. Hölle.
 Gott. 638. Hölle, 639. Hölle.
 Frau. 640. Hölle, 641. Hölle.
 Ruck. 642. Hölle, 643. Hölle.
 Gott. 644. Hölle, 645. Hölle.
 Frau. 646. Hölle, 647. Hölle.
 Ruck. 648. Hölle, 649. Hölle.
 Gott. 650. Hölle, 651.